PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621 / 75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 7. September 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

9. September 1976 Jg. 4 Nr. 36 50 Pfennig

Programm aus Mainz:

Lohndrückerei und Auslieferung an den imperialistischen Staat

Wenn notorische Schwindler zusammenstoßen, springt schon mal ein Funken von Wahrheit. Heiner Geissler, CDU-Landesminister für Soziales in Rheinland-Pfalz, hat für seinen Wahlkampf gegen die SPD von seinen Beamten ausrechnen lassen, daß 5,8 Millionen Einwohner der Bundesrepublik als „arm" bezeichnet werden müssen, weil sie „unterversorgt" sind. Die Zahlen sind für das Jahr 1974 ausgerechnet, als die Kapitalistenklasse mit dem Angriff auf den Reallohn erst so richtig angefangen hat. Für heute mögen sie um mindestens 50 Prozent höher liegen. Die „Unterversorgung" lastet nach der Geissler-Studie meistens auf Haushalten von Rentnern wie auf solchen Haushalten, in denen mehrere Kinder großgezogen werden. Allerdings:

„Kein Bürger in Deutschland ist heute arm, weil er Arbeiter ist. Dieser eindrucksvolle Erfolg der Sozialpolitik täuscht aber nur zu leicht darüber hinweg, daß Not in anderer Form und bei anderen Gruppen entstanden ist."

Den Grund für diese „Entstehung von Not in anderer Form und bei anderen Gruppen" erkennt Geissler in einer fehlerhaften Sozialpolitik, die aus dem vorigen Jahrhundert entlehnt sei und einen „in der Wurzel marxistischen Ansatz" habe.

„Der Mensch wird im Marxismus als ein produzierendes Wesen definiert, und Marx brauchte diese Definition, um die sogenannten Produktionsverhältnisse als die entscheidenden Determinanten für die Gesamtgesellschaft zu definieren. Es ist ganz klar, daß bei einem solchen Ansatz alle diejenigen, die nicht produzieren, vernachlässigt werden mußten."

Mit wenigen Worten werden hier der Rentner, die Rentnerin, die dreißig,

samtgesellschaft zu definieren. Es ist ganz klar, daß bei einem solchen Ansatz alle diejenigen, die nicht produzieren, vernachlässigt werden mußten."

Mit wenigen Worten werden hier der Rentner, die Rentnerin, die dreißig,

vierzig oder gar fünfzig Jahre für die Kapitalisten gearbeitet haben, als „diejenigen, die nicht produzieren" verspottet, und auf diese Bourgeoisunverschämtheit setzen die CDU-ler noch gleich eine zweite. Denn auch die Kinder, die in Arbeiterfamilien aufgezogen werden und deren vorausgeplantes Schicksal dreißig, vierzig oder auch fünfzig Jahre Fabrikarbeit sein soll, werden als „diejenigen, die nicht produzieren" erkannt.

„Diejenigen, die nicht produzieren" kann man in der kapitalistischen Gesellschaft in jedem Villenvorort ausmachen und innerhalb der Fabrik bekanntlich in den Chefetagen. Sie sind nicht „arm" und „unterversorgt", sondern reich und Ausbeuter.

Im geschichtlichen Gang der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft wird die große Masse der Bevölkerung vom Eigentum an den Produktionsmitteln getrennt. Das viele Millionen starke Heer der kleinen Handwerker, Bauern wie auch Kaufleute wird durch die kapitalistische Konkurrenz aufgerieben und enteignet. Die Lohnarbeit wird allgemein, denn diese besitzlosen Massen müssen ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen, anders kommen sie nicht zu den notwendigen Lebensmitteln. Besitzlos, eigentumslos zu sein und „ein solcher, der nicht arbeitet", ist nach Auffassung der Marxisten-Leninisten tatsächlich nicht möglich. In der BRD sind fast 90

Fortsetzung Seite 2



Aus der Serie der Wahlplakate des KBW

Exorzismus

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus, hatte Karl Marx 1847 im Kommunistischen Manifest gespottet. Für die Heidelberger Bourgeoisie hat dieses Gespenst die Gestalt der Stadträtin Rosenbaum angenommen. Jetzt will sie es bannen.

Einstimmig hat der Heidelberger Stadtrat ein Verfahren eingeleitet, um Helga Rosenbaum, Betriebsrätin und Mitglied des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, von über 2000 Arbeitern und Angestellten in den Stadtrat gewählt, die Bürgerrechte abzuerkennen und aus der ehrenwerten Gesellschaft auszuschließen. Vor diesem einstimmigen Beschluß haben sie Helga Rosenbaum wegen Befangenheit der Sitzung verwiesen. „Befangen sei sie im Sinne des Gesetzes; denn es gehe darum, ein Verfahren einzuleiten, bei dem ihr unmittelbar ein rechtlicher Nachteil drohe", gibt die „Rhein-Neckar-Zeitung" die Begründung des Oberbürgermeisters Zundel wieder. Danach hat er als Sachwalter der Bourgeoisie ein Hausverbot ausgesprochen, Anzeige wegen Hausfriedensbruch angekündigt und Helga Rosenbaum aus der Sitzung heraus festnehmen, durch einen Hintereingang auf das Polizeipräsidium schleppen und dort erkennungsdienstlich behandeln lassen. Polizei hatte er ausreichend zur Hand. Das Rathaus war damit gefüllt. Zur Stadtratssitzung hatte Zundel außerdem Eintrittskarten drucken lassen und an Kriminaler ausgegeben.

„Wer zu ehrenamtlicher Tätigkeit bestellt wird, muß die ihm übertrage-

Zur Stadtratssitzung hatte Zundel außerdem Eintrittskarten drucken lassen und an Kriminaler ausgegeben.

„Wer zu ehrenamtlicher Tätigkeit bestellt wird, muß die ihm übertrage-

nen Geschäfte uneigennützig und verantwortungsbewußt führen", heißt es in der baden-württembergischen Gemeindeordnung. Offensichtlich „bestellt" die Bourgeoisie. Offensichtlich überträgt sie die „Geschäfte" und wacht darüber, daß sie „uneigennützig und verantwortungsbewußt" erfüllt werden. Korruption und persönliche Bereicherung darf da schon dabei sein. Nicht sein darf aber, daß eine Vertreterin der Arbeiter und der Interessen der Volksmassen diese Geschäfte entlarvt und den Stadtrat nutzt, um die Verbrechen der Bourgeoisie zu enthüllen. In große Aufregung sind die Bourgeois geraten, seitdem Helga Rosenbaum in den Stadtrat gewählt worden ist. Jetzt spielen sie einen neuen Akt in der Schmierenkomödie bürgerlicher Demokratie. Natürlich rechtsstaatlich gespreizt und freiheitlich-demokratisch: „Hauptausschuß und Gemeinderat werden die Tatbestände noch einmal formell und gewissenhaft prüfen. Wahrscheinlich in der nächsten Sitzung wird dann beraten und entschieden werden, in welcher Weise gegen Frau Rosenbaum vorgegangen werden soll." Von seiten der Arbeiterklasse ist ebenfalls eine Prüfung nötig. Ihr Ergebnis kann nur sein: Die örtlichen Parlamente sind Bestandteile des bürgerlichen Unterdrükkungsapparates. Zusammen mit dem gesamten Unterdrückungsapparat werden sie durch die proletarische Revolution zerschlagen werden.

Der Kommunismus läßt sich nicht bannen. Jede Tat der Bourgeoisie erweist seine Berechtigung und Richtigkeit.

Seite 15
Kein Ausschluß von Helga Rosenbaum aus dem Gemeinderat!

Erneut Kämpfe des palästinensischen Volkes gegen die israelischen Besatzer

Erneut Kämpfe des palästinensischen Volkes gegen die israelischen Besatzer

Die Besatzermacht Israel geht erneut zur direkten Aggression gegen die libanesischen Volksmassen, gegen den Staat Libanon über: „Militärkreise in Tel Aviv haben gegenüber der WELT bestätigt, daß israelische Patrouillen am Dienstag auf der Suche nach palästinensischen Guerillas Gebiete im südlichen Libanon durchkämmten. Dabei eröffneten die Patrouillen schweres Artilleriefeuer auf das nur wenige Kilometer von der Grenze entfernte libanesische Dorf Mis Dschebejl, in dem Truppen der Palästinensischen Befreiungsorganisation vermutet wurden. Das Feuer wurde von libanesischer Seite erwidert." (Welt, 2.9.) Israel ist eine aggressive Kolonialmacht, auf Landraub und Unterdrükkung des palästinensischen Volkes gegründet und weiter darauf aus.

Der israelische Minister Peres hat die Öffnung der israelischen Grenze zum Südlibanon hin als „Politik des freundlichen Zauns" bezeichnet. Begeistert berichtet die imperialistische Presse von „Familienzusammenführung" und „Verwandtschaftsbesuchen". Worum es sich handelt, berichtet der israelische Rundfunk selber: „Heute morgen kommen etwa 25 christliche Familien aus dem südlichen Libanon, etwa 70 Personen insgesamt, über die Grenze. Sie kamen in ihren eigenen Wagen mit libanesischen Kennzeichen." Wer von den armen Volksmassen im Libanon fährt schon zuhauf im eigenen Auto zu den israelischen Besatzern? Die reichen Reaktionäre arbeiten mit der Besatzermacht zusammen.

So laut die imperialistische Bourgeoisie diese „Politik des freundlichen Zauns" propagiert, so verbissen unterdrückt sie jede Information über den Kampf der palästinensischen Volksmassen in Palästina, von der zionistischen Kolonialmacht besatzt und „Israel" genannt. Das palästinensische Volk führt jedoch seinen Befreiungskampf hartnäckig. Allein Ende August hat es folgende Kämpfe und Aktionen durchgeführt: In der Nähe von Tel Aviv, Regierungsstadt des Zionistenstaates, haben palästinensische Befreiungskämpfer ein Gebäude der Besatzerarmee in die Luft gesprengt, außerdem einen Polizeiposten. Weiter haben palästinensische Kämpfer ein israelisches Militärfahrzeug zerstört, einen Soldaten getötet und drei weitere verwundet. Auf der Straße Tiberia-Safad hat eine Guerillaeinheit einen Munitionslastwagen angegriffen, er explodierte, alle Besatzer flogen mit in die Luft. In Halil, einem Ort auf dem Westufer des Jordan, haben die Massen eine Demonstration durchgeführt, um gegen die Vertreibung von arabischen Bewohnern und die Errichtung weiterer zionistischer Siedlerdörfer zu protestieren und zu kämpfen. Sofort griff die Armee mit Raupenfahrzeugen ein, hat auf die demonstrierenden Massen geschossen und 46 davon verletzt. Die Massen haben sich heldenhaft mit Steinen und Stöcken zur Wehr gesetzt. Die Zionisten sahen keine andere Möglichkeit, der Lage wieder Herr zu werden, als das Kriegsrecht über diese Stadt zu verhängen und Massenverhaftungen durchzuführen. Die Föderation der Lehrergewerkschaften des Westjordan hat am selben Tag Flugblätter verteilt, mit denen sie die Schüler und Lehrer aufruft, am Tag des Schulbeginns aus Solidarität mit den kämpfenden Massen in Streik zu treten. (nach Hsinhua, 29./30.8.) Die Kolonialmacht reagiert jetzt darauf, indem sie 600 arabische Lehrer zwangsversetzt, „um neue Unruhen unter den arabischen und palästinensischen Jugendlichen zu Beginn des neuen Schuljahres zu vermeiden". (Neue Zürcher Zeitung, 2.9.)

Die israelische Kolonialmacht verschärft die Unterdrückung der palästinensischen Volksmassen, gleichzeitig bereitet sie den Angriff auf den Libanon vor. Sonntag, den 4. September, berichtet die „Neue Zürcher Zeitung", daß „Israel in Grenznähe Truppen und Panzer für eine unmittelbar bevorstehende militärische Intervention im Südlibanon" zusammenzieht. Der israelische Außenminister Allon hat erklärt: „Israel wird sich entschlossen jeder Rückkehr der Fedayin (in den Südlibanon) widersetzen." „Wir werden nicht gestatten, daß eine Wiederversöhnung im Libanon zwischen den gegnerischen Parteien, den Maroniten, Moslems, Palästinensern und Syrien oder jedem anderen Element, auf unserem Rücken ausgetragen wird." (Le Monde, 2.9.) Deshalb setzen die Zionisten die Waffenlieferungen an die christlichen Reaktionäre fort. Das hat jetzt der US-amerikanische Diplomat Brown im amerikanischen Fernsehen zugegeben.

Erneut halten sich die beiden amerikanischen Sonderbeauftragten Houghton und Mack bei den christlichen Reaktionären in Jounieh (Libanon) auf. Wie im amerikanischen Fernsehen offen erklärt, sollen sie die Teilung des Libanon und die Gründung einer neuen Palästinenserbewegung betreiben. Die PLO, die einzig legitime Befreiungsorganisation des palästinensischen Volkes, soll geschwächt und gespalten werden. Der US-Imperialismus befindet sich nicht nur im Wettlauf mit dem erstarkenden Befreiungskampf des palästinensischen Volkes, sondern auch mit seinem sozialimperialistischen Rivalen, der Supermacht Sowjetunion.

Beide Supermächte sind es, die sich mit allen Mitteln, ökonomischer Erpressung, politischem Druck und Intrigen in der arabischen Region einmischen. Sie streben nach Herrschaft über die arabischen Völker, die Früchte ihrer Arbeit und ihres Fleißes, ihres Reichtums. Beide Supermächte müssen den Zusammenschluß der arabischen Staaten, die alle der Dritten Welt angehören, unbedingt verhindern. Sie verursachen die Schwierigkeiten im Zusammenschluß zum

Fortsetzung Seite 2

Lohndrückerei und Auslieferung an den imperialistischen Staat

Fortsetzung

Prozent der Bevölkerung frei von Besitz. Ihre Lebenslage ist bestimmt durch den Grad der Ausbeutung in der Fabrik und die Höhe des Lohnes. Der CDU-Mann aus der Pfalz behauptet indessen, zu „klaren Zahlen, Daten, Fakten" gelangt zu sein, die beweisen, daß „niemand arm ist, weil er Arbeiter ist". Also:

Warum sind die Rentner „arm" und „unterversorgt"? Weil die Rente zu niedrig ist! Warum sind Familien mit mehreren Kindern „arm" und „unterversorgt"? Weil das Familieneinkommen zu niedrig ist! Warum wird man naß, wenn man bei Regen spazieren geht? Weil man sich im Freien befindet, während Wasser vom Himmel fällt!

In der Studie wird als Gradmesser der „Armut" und „Unterversorgung" der Sozialhilfesatz verwendet. Bald werden wir die „Armut" los sein! Immerhin brauchen bloß die Sozialhilfesätze gesenkt werden, dann besteht wieder Ordnung und die Armut ist weg.

Wir Marxisten-Leninisten sagen, selbst um einen Lohn, der bloß ausreicht, die Reproduktion der Arbeiterklasse zu gewährleisten, muß die Arbeiterklasse schwer kämpfen. Der Sozialdemokratischen Partei und ihrem Wirken in den Gewerkschaften ist es zu verdanken, daß es der Arbeiterklasse nicht gelungen ist, die Tendenz der kapitalistischen Produktion aufzuhalten, den Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken. Infolgedessen kommt es freilich zu „Unterversorgung". Weil der Lohn nicht mehr deckt als die Wiederherstellung der Arbeits- und damit der Lebenskraft, muß sich diese „Unterversorgung" in objektiven Tatsachen ausdrücken.

In der Tat steigt die Sterblichkeit bei den besitzlosen Klassen. In der Tat sinkt die Geburtenrate. Die „Unterversorgung" führt zum Scheitern der Wiederherstellung der Lebenskraft, sowohl des einzelnen Proletariers, der früher sterben muß, als auch seiner ganzen Klasse, deren Nachwuchs schrumpft. In diesem Jahre 1976 ist es erstmals dahin gekommen, daß die Zahl der Verluste der Arbeiterbevölkerung durch Verstorbene größer ist als die Zahl der Geborenen. Die arbeitende Klasse ist unter die Bedingungen ihrer eigenen Reproduktion gedrückt worden.

„Kein Bürger in Deutschland ist heute arm, weil er Arbeiter ist"?

Ja freilich, sofern er darauf verzichtet, „alt" zu werden, und sofern er darauf verzichtet, Kinder großzuziehen, sofern er also freiwilligen Verzicht auf sehr ursprüngliche Eigenarten des Menschengeschlechtes leistet, braucht er nicht zu – hungern. Nicht im Jahre 1974, versteht sich.

Wird er alt, so ist der als „derjenige, der nicht produziert" ausgemacht, und setzt der Unverfrorene Nachwuchs in die Welt, so hat er „solche, die nicht produzieren" in die Welt gesetzt.

Die Quelle dieses Geisslerschen Versuchs, die verschiedenen Altersgruppen der Arbeiterbevölkerung gegeneinander aufzubringen, ist der Pfälzer Wein. Wer kann denn schon übersehen, daß die Rente nicht der Fürsorge des imperialistischen Staatsapparates entspringt, sondern den Einzahlungen der Arbeiter in die Rentenversicherung. Das gleiche gilt für die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung. Diese Versicherungskassen haben ihren wirtschaftlichen Quell im Arbeitslohn und sind selbstverständlich von dessen Höhe abhängig. Die politischen Dämme jedoch, in die dieser Quell gefaßt wird, leiten das Geld in die Tasche der Kapitalistenklasse ab. Diese Versicherungen befinden sich unter gemeinschaftlicher Kontrolle des imperialistischen Staatsapparates und der Kapitalisten. Infolgedessen werden die eingezahlten Gelder den Kapitalisten zu Verfügung gestellt, als Kredite benutzt. Wenn dann, wie jetzt durch die Arbeitslosigkeit, die Einzahlungen ins Stocken kommen und durch die Verschärfung der Ausbeutung die Gesundheit und Lebenskraft der Arbeiterbevölkerung dahinschwindet, kommen steigende Ausgaben auf diese Kassen zu. Das Geld ist aber „angelegt", das heißt, die Reservekasse der Arbeiter wurde von den Kapitalisten ausgenommen. Die Rentenversicherung ist „illiquide", das bedeutet, die Kasse hat Forderungen an die Kapitalisten, aber kein Geld.

Die Idee der Christlichen Demokraten oder Sozialen ist nun, die Ansprüche der Arbeiter auf Zahlungen aus diesen Versicherungen zu verknappsen.

„Auch in der Gesundheitspolitik stellen sich solche Grundfragen immer stärker: Die Ablösung des handauflegenden Quacksalbers durch den naturwissenschaftlich ausgebildeten Mediziner war sicher ein bedeutender gesundheitspolitischer Fortschritt. Heute müssen wir uns jedoch angesichts einer zunehmend technisierten und übermedikamentösen Medizin bei rapider Zunahme psychosomatischer Krankheiten fragen, was mehr nottut: mehr Apparate und Maschinen oder die sachliche persönliche Zuwendung, der persönliche Rat und die direkte Hilfe."

Nicht grundlos trägt diese Partei das „Christlich" im Namen. Hatte nicht jenes Mädchen, das jüngst in einem Dorf bei Würzburg in die Hände des Pater Sowieso gefallen ist, reichlich „sachliche und persönliche Zuwendung"? Und den Staat hat es auch keinen Pfennig gekostet. Nein, Geissler, damit ist kein Durchkommen.

Obwohl es für die Bourgeoisie schon günstig wäre, den Zusammenhang von Lohnarbeit, Lohnzahlung und Versicherungsfällen vollständig auseinanderzureißen. Gelungen ist das bereits beim Kindergeld. Das Kindergeld wird direkt aus dem Staatshaushalt gezahlt. Es scheint so, als sei das Kindergeld eine Leistung der „Öffentlichkeit" an jene, die Kinder großziehen. Die „Leistung" wird „gezielt" vergeben.

Das Kindergeld stammt aus dem Lohn. Es ist aber ein Mittel, um den Lohn zu drücken. Als solches Mittel wirkt es per Spaltung des Kampfes der Arbeiter. Erhält der Arbeiter Kindergeld, so wird der Kapitalist dies bei dem Lohnkampf in Anschlag bringen. Normallohn wird dann, was ein lediger Arbeiter bei guter Körperkonstitution benötigt, um nicht zu verhungern. Das ist natürlich bedeutend weniger, als für die Reproduktion der Arbeiterklasse erforderlich ist. Weil aber das Geld für die Kinderaufzucht aufgebracht werden muß und der ganze Dreh für die Kapitalisten witzlos ist, wenn es von ihnen aufgebracht werden müßte, wird der solcherart gesenkte Lohn durch steigende Steuern belastet. Für die Steigerung der Lohnsteuer genügt die Inflation, welche die inflationierten Löhne in immer höhere Steuersätze hineintreibt. Die Steigerung der indirekten Steuern muß per Gesetz extra beschlossen werden. Auch das ist schon geplant.

Die „neue soziale Frage", von der die christlich-demokratische Partei redet, läuft darauf hinaus, der Arbeiterklasse das Recht abzuerkennen, das Alter zu erreichen und Kinder großzuziehen. Dies soll künftig nur per Gnadenakt des bürgerlichen Staatsapparates möglich gemacht werden. Das wäre sicher billiger.

Wer glaubt, daß sich die Arbeiterklasse solches gefallen ließe? Die Pfälzer Riege glaubt es nicht. Deswegen hat der pfälzische Innenminister auch schon kund und zu wissen getan, daß man sich gegen bewaffnete Revolutionen rüsten müsse. Es gibt Leute, die halten Strauß für schlimmer als die Pfälzer Banditen.

Erneut Kämpfe

Fortsetzung

Kampf für die Vernichtung der zionistischen Kolonialmacht. Am vergangenen Wochenende haben sich die Außenminister der Arabischen Liga, der alle arabischen Staaten angehören, nicht über die sofortige Einberufung einer Gipfelkonferenz einigen können, um auf ihr über die Fortsetzung des Kampfes gegen die zionistische Besatzermacht zu beraten sowie über die Lage im Libanon. Dort setzen die reaktionären christlichen Truppen ihre Angriffe auf die libanesischen und palästinensischen Volksmassen fort. Syrien hat seine Truppen verstärkt und greift weiter die Massen an. Beschlossen wurde, daß die Gipfelkonferenz Ende Oktober zusammentreten soll; die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) ist ab sofort stimmberechtigtes Vollmitglied der Arabischen Liga.

Es ist die Einmischung der beiden Supermächte, die gegen die Völker zusammenarbeiten und um die Herrschaft über sie rivalisieren, die den Zusammenschluß der arabischen Völker gegen Zionismus und Imperialismus kompliziert macht. Die Völker aber sind die Triebkraft, die Geschichte macht. Unter schwierigen Bedingungen setzt das palästinensische Volk seinen nationalen Befreiungskampf für die Zerschlagung der Kolonialmacht Israel und die Errichtung eines demokratischen Palästina fort.



Eine Aktion der Ortsgruppe Freiburg im Wahlkampf

Am letzten Samstag führte die Ortsgruppe Freiburg in der Fußgängerzone in der Innenstadt einen Sandwich-Umzug durch. An der Spitze des Zuges trugen wir die Losungen: „Das Programm der bürgerlichen Parteien: Reaktion auf der ganzen Linie! Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Vorwärts im Aufbau der Kommunistischen Partei!". Das ist auch der Titel der Propagandaveranstaltungen im Wahlkampf, die die Ortsgruppen und Bezirksverbände des KBW in der letzten und in dieser Woche einheitlich durchführen. Nach diesen Losungen führten wir alle Losungen aus dem Bundestagswahlaufruf des ZK des KBW mit. Schon während des Aufstellens des Zuges blieben viele Menschen stehen und lasen die Forderungen. Dann zogen wir zu den Ständen der bürgerlichen Parteien. Mehrere Tausend Menschen verfolgten aufmerksam die Aktion. Auf der Höhe der bürgerlichen Stände wendeten sich die Menschen von den Ständen der bürgerlichen Parteien ab und kamen auf die Straße, um die Losungen zu studieren. Am SPD-Stand führten wir die erste Kundgebung durch. Die SPD ist keine Partei der Arbeiter, sondern eine Partei des Finanzkapitals. Sie betreibt eine Politik der imperialistischen Expansion. Aus den Knochen der Arbeiter kommt das Kapital, das die Kapitalisten in andere Länder exportieren. Die Firma Okal in Neustadt hat einen Millionenauftrag mit Kenia abgeschlossen, die Arbeiter müssen dort 15 Stunden am Tag schuften. Die Rhodia in Freiburg hat die Belegschaft in den letzten Jahren von 5 196 auf 2 980 abgebaut, der Umsatz ist ständig gestiegen. Erneute Kurzarbeit und Entlassung stehen an. Dann sagten wir, daß wir uns an den Bundestagswahlen beteiligen, um die Partei der Arbeiterklasse weiter aufzubauen und Kräfte für die Revolution zu gewinnen. Dann zogen wir weiter zum CDU-Stand. Am CDU-Stand stand schon die Polizei, der Polizeichef von Freiburg leitet persönlich den Einsatz. Die Polizei wollte das Megaphon holen. Den Zug insgesamt haben sie nicht überfallen. Es ist ihnen nicht gelungen, das Megaphon zu erobern. Die Polizisten wurden von den Passanten beschimpft. Die Kaiser-Joseph-Straße war voll mit einigen Tausend Menschen. Dann wiederholten wir das gleiche nochmal und führten noch einmal Kurzkundgebungen durch am SPD-Stand, am CDU-Stand und am DKP-Stand. Die Polizei wagte nicht mehr einzugreifen. An unserem Stand in der Schiffstraße beendeten wir den Umzug mit dem Absingen der Internationale. – (r., Freiburg / Red.)



Kandidatur des KBW in acht Bundesländern und 87 Wahlkreisen

Am 3.9. sind in den Sitzungen der Landes- bzw. Kreiswahlausschüsse die Listen des KBW in 8 Bundesländern und in 87 von den insgesamt 248 Wahlkreisen zur Bundestagswahl zugelassen worden. Zusätzlich zu den in der KVZ Nr. 35 genannten Wahlkreisen steht der KBW in Nordrhein-Westfalen in den Wahlkreisen Leverkusen/Opladen und Herne/Castrop-Rauxel zur Wahl. In Hamburg kandidiert der KBW in den Wahlkreisen Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord I, Hamburg-Nord II, Harburg. Im Wahlkreis Northeim hat der Kreiswahlausschuß den Kreiswahlvorschlag des KBW mit 200 vom Einwohnermeldeamt bestätigten Unterschriften abgelehnt. 11 Unterschriften erkannte der Kreiswahlleiter nicht an, weil bei 5 Unterschriften der Vorname fehlte und einige auch bei einer anderen Partei unterschrieben hatten.

Die Kandidatur zum bürgerlichen Parlament will die Bourgeoisie immer mehr an Besitz binden. Für die Wahlsendungen im Fernsehen und Rundfunk, die in den bisherigen Wahlen kostenlos in den Fernseh- und Rundfunkanstalten hergestellt werden konnten, verlangen die Anstalten jetzt sendefertige Filme und Bänder. Ein Zweieinhalb-Minuten-Film im Fernsehen kostet mindestens 1000 DM. In Köln wurden von der Ortsgruppe für eine Propagandaveranstaltung in der Stadthalle 40000 DM als Kaution verlangt. Der Südwestfunk stellt für die Wahlsendung des KBW im Rundfunk die Bedingung, daß zwei Sätze, die die Wahlen zum bürgerlichen Parlament als Betrugsmanöver kennzeichnen, in der Rede gestrichen werden. Sie werden nicht gestrichen.

Pohle-Auslieferungsbegehren: Gesetz der Imperialisten soll gelten

Nach einer – wie der „Spiegel" berichtet – „Kette von Verbalnoten" der Bundesregierung an die griechische Regierung und die griechische Justiz hat der Oberste Gerichtshof Griechenlands Areopag die Entscheidung über die Auslieferung des RAF-Mitgliedes Rolf Pohle an die Bundesrepublik vertagt. In der ersten Instanz war die Auslieferung abgelehnt worden. Sie wird von der westdeutschen Staatsmacht verlangt. Die Bundesregierung hatte den Staatssekretär Bölling, einen Ministerialrat und Gefolge nach Athen geschickt, Bundeskanzler Schmidt selber hatte einen Brief an den griechischen Ministerpräsidenten geschrieben. Die Bundesregierung will durchsetzen, daß überall, auch von griechischen Gerichten, die Gesetze und Rechtsbegriffe angewandt werden, die von der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie zur Unterdrückung ihrer politischen Feinde geschaffen wurden.

Autoversicherung teurer

Die Autoversicherungsbeiträge sollen ab 1. Januar erhöht werden. Das teilte der Vorsitzende des KFZ-Fachausschusses im Verband der Haftpflicht-, Unfall-, Kraftverkehrs- und Rechtsschutzversichererer mit. Die Erhöhung soll, wie es heißt, „deutlich" ausfallen. Die Presse spricht von über 10 Prozent Erhöhung der Sätze. Während der Versicherungsgeneraldirektor den Eindruck zu erwecken versuchte, daß sie gegenwärtig fast schon dazuzahlen müßten bei der KFZ-Versicherung, teilt die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht 8/1976 mit: „... konnten die Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen in den letzten Jahren ihren Anteil an der Vermögensbildung (aller Versicherungen) von 13 auf 20 Prozent verstärken. Ihre Vermögensanlagen erhöhten sich von 1971 bis 1975 um 14,5 Milliarden auf 26,5 Milliarden DM und damit dreimal so stark wie in den fünf vorangegangenen Jahren. Diese Entwicklung war nur auf der Basis überproportional steigender Einnahmen möglich, zu denen insbesondere mehrfache Tariferhöhungen in verschiedenen Versicherungszweigen (Kraftverkehrsversicherung ...) ... beigetragen haben." Die Versicherungskapitalisten können sich über extrem hohe Gebühren bereichern, weil sie nicht nur untereinander die Tarife absprechen, die die Volksmassen zahlen müssen. Darüberhinaus sorgt ein Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, das die Tarife genehmigen muß, für gleichmäßig hohe Tarife.

Vermögensbildung: Lohngelder angeeignet vom Finanzkapital

IG Metall und Kapitalistenverband Gesamtmetall verhandeln gegenwärtig einen neuen „Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen". Welchen Zweck der Kapitalistenverband dabei verfolgt, schreibt die bürgerliche Presse ziemlich unverblümt: „Die notwendige Korrektur der Lohnquote ist in diesem Jahr mit einem Tempo angegangen worden, das nicht durchzuhalten sein wird, wenn es nicht gelingt, die Arbeitnehmer am Zuwachs des Produktivvermögens zu beteiligen, das sie im Interesse des Wachstums und ihrer eigenen Beschäftigung mitfinanzieren sollen. Eile ist geboten, denn die nächste Lohnrunde wird entscheiden, ob der eingeschlagene Investitionspfad eingehalten werden kann oder nicht." (Süddeutsche Zeitung, 21. August)

Damit der Lohnabbau in diesem Tempo fortgehen kann, hat der Minister Friderichs gleich den Vorschlag gemacht, künftig sollten jährlich 936 DM vom Lohn statt bisher 624 DM den Arbeitern nicht ausgezahlt und den Banken und Bausparkassen „vermögenswirksam" zur Verfügung gestellt werden (vgl. KVZ Nr. 34/1976). Dafür könne dann gleichzeitig der Lohntarif noch „vorsichtiger" festgelegt werden als bisher schon. Das Tempo, mit dem die „Lohnquote korrigiert" wurde oder, in einer menschlichen Sprache gesprochen, mit dem der Lohnraub organisiert wurde, läßt sich ermessen, wenn man weiß, daß die Nettolohnsumme für alle Industriearbeiter außerhalb der Bauindustrie inflationsbereinigt im ersten Quartal 1976 um 6,21 Prozent unter der des ersten Quartals 1975 lag.

(Eigene Berechnung nach: Wirtschaft und Statistik Nr. 7/1976, Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Nr. 8/1976 und Sozialbericht 1976 der Bundesregierung: Bruttolohnsumme minus 25 Prozent der eingezogenen Lohnsteuer (entsprechend dem Anteil der Industriearbeiter an der Gesamtzahl der Lohnabhängigen), minus einem Sozialversicherungsanteil am Lohn von 15,3 Prozent (1975) bzw. 16,3 Prozent (1976), deflationiert mit dem offiziellen Index der Lebenshaltungskosten für „4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt".)

Organisierte Erpressung

Ein Teil des geringer gewordenen Lohnes wird auch jetzt schon „vermögenswirksam" festgelegt. Kapitalistenverbände und Regierungen machen schon seit 1959, wo eine CDU-Regierung des erste Spar-Prämiengesetz durchbrachte, mit der sogenannten Vermögensbildung herum. Zunächst ohne großen Erfolg. Bis 1969 waren nur 1 Million Lohnabhängige bereit, einen Teil ihres Lohnes für sieben Jahre den Banken zur Verfügung zu stellen durch Abschluß von Prämiensparverträgen.

Das wurde erst anders mit der SPD-Regierung und dem Dritten Vermögensbildungsgesetz von 1969, wodurch die Masse der Lohnabhängigen zur Hergabe eines Lohnanteils praktisch gezwungen wurde. Das Gesetz legte fest: „Vermögenswirksame Leistungen können in ... Tarifverträgen vereinbart werden." Und: Sie „werden nur dann nach den Vorschriften dieses Gesetzes gefördert, wenn die Tarifverträge nicht die Möglichkeit vorsehen, daß statt der vermögenswirksamen Leistung eine andere Leistung, insbesondere eine Barleistung, erbracht wird". (§ 3, 1 und 2)

Entsprechend heißt es im „Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen" in der Metallindustrie, der zum 1. Juli 1970 von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung mit Gesamtmetall abgeschlossen wurde: „Ein Wahlrecht zwischen einer vermögenswirksamen Anlage und einer Barauszahlung ist ausgeschlossen." Um die monatlichen 26 DM Lohn, die per Tarifvertrag als „vermögenswirksame Leistung" bezeichnet und auf ein Sparkonto bei der Bank eingezahlt werden, überhaupt auf ihrem Namen verbuchen lassen zu können, müssen die Lohnabhängigen sich verpflichten, sie für sieben Jahre bei einer Bank zwangszusparen oder noch länger bei einer Bausparkasse oder Lebensversicherung. Die Bundesregierung lobt sich in ihrem „Sozialbericht 1970" für den Erfolg des Erpressungsmanövers: „Die Zahl der Arbeitnehmer, die aufgrund eines Tarifvertrages ... zusätzliche vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers erhalten, erhöhte sich von 1 Million Ende 1969 auf 15 Millionen Ende 1974."

Vermögensbildung in Händen des Finanzkapitals

In den meisten Fällen werden monatlich nicht nur die 26 DM vom Lohn, die als „vermögenswirksame Leistung" gezahlt werden, sondern 52 DM vom Lohn festgelegt, im Jahr 624 DM, wozu vom ausgezahlten Nettolohn noch einmal 26 DM für sieben Jahre festgelegt werden müssen. Die meisten Verträge sind so angelegt, und nur so ist auch die vollständige Sparprämie zu bekommen. 86 Prozent der Verträge sind so konstruiert. (Wirtschaft und Statistik Nr. 1/1976)

Auf diese 624 DM gibt es aus der Staatskasse eine Prämie von 30 Prozent oder 187,20 DM im ersten Jahr der Festlegung. Zusätzlich eine Sparprämie von 14 Prozent oder eine Bausparprämie von 18 Prozent. Diese Prämien sind im letzten Jahr heruntergesetzt worden, nachdem inzwischen die Masse der Lohnabhängigen zur Vermögensbildung herangezogen wird. Bei einer Erhöhung des Satzes von 624 DM auf 936 DM für das tarifvertragliche Zwangssparen sollen diese Prämien jetzt weiter verringert werden, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 20. August mitteilt.

Die Sparprämien werden ebensowenig an die Lohnabhängigen ausgezahlt wie der festgelegte Lohnanteil. Sie fließen an die Banken, Bausparkassen und Versicherungen. Sie stammen aus Steuergeldern, die vorher den Lohnabhängigen abgenommen wurden, um ihnen jetzt noch mehr Lohn abzunehmen und beides unter dem Vorwand der Vermögensbildung den Banken zur Verfügung zu stellen.

Sechs Jahre lang müssen Jahr um Jahr 624 DM oder eine entsprechend geringere Summe auf ein Prämiensparbuch eingezahlt werden. Sechsmal gibt es darauf die Prämie von 30 und 14 bzw. 18 Prozent, und zwar nicht auf den festliegenden Gesamtbetrag, sondern auf die von den Banken neu einkassierte Summe. Ein siebtes Jahr muß die eingezahlte Gesamtsumme ohne Prämie den Banken zur Verfügung gestellt werden. Die Banken zahlen während dieser sieben Jahre auf die eingezahlten Summen einen Zinssatz, der 0,5 Prozent niedriger liegt als für Spargelder, die auf vier Jahre festgelegt sind. Derzeit liegt der Zinssatz für Prämiensparverträge zwischen 5 und 5,25 Prozent.

Wie hoch die Lohnsummen sind, die Jahr für Jahr den Lohnabhängigen weggenommen und zur Vermögensbildung von den Banken, Bausparkassen und Versicherungen eingestrichen wurden, läßt sich der beigefügten Tabelle entnehmen. Dazu die Prämiensumme aus Steuergeldern, die als Köder dienen soll, um den Widerstand gegen die Zwangsfestlegung von Lohn zu überwinden, und die ebenfalls den Banken zur Verfügung gestellt wird. Es handelt sich tatsächlich um billige langfristige Kredite, die über das Banksystem an die Kapitalisten fließen, finanziert aus den Steuern der Lohnabhängigen und direkt aus ihrem Nettolohn, der dadurch zusätzlich gekürzt wird.

Ende 1975 lagen 46,1 Milliarden DM auf Prämiensparbüchern fest, ein beträchtlicher Teil davon Lohngelder. Das sind 59,2 Prozent aller langfristig festgelegten Spareinlagen, eine wichtige Grundlage für die Kreditoperationen der Banken. Davon sind 7,9 Milliarden DM staatliche Sparprämien, die die Banken in der Hand halten.

Zwangskreditierung der Kapitalisten, Verschuldung der Lohnabhängigen

Bei den Bausparkassen lagen noch einmal 73,8 Milliarden DM zu besonders niedrigen Zinssätzen. Bei den Angaben über die insgesamt eingezahlte Bausparsumme ist allerdings nicht besonders ausgewiesen, wieviel davon aus der sogenannten Vermögensbildung stammen. (Daten aus: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank)

1974 nahmen alle kapitalistischen Unternehmen in Westdeutschland für 52,2 Milliarden DM Leihkapital auf. Die nach dem 624-DM-Gesetz vom Lohn abgezogene Gesamtsumme der sogenannten Vermögensbildung betrug allein in diesem Jahr 9,7 Milliarden DM. Weitere 3 Milliarden DM kamen aus staatlichen Sparprämien dazu. Insgesamt machte das 24,3 Prozent der gesamten Kreditsumme aus, die die Kapitalisten zur Finanzierung ihrer Geschäfte 1974 neu benötigten. (Sozialbericht 1976, Statistische Beihefte ...)

Während so die Lohnabhängigen bei sinkendem Lohn zur Kreditierung der Kapitalisten herangezogen werden, ist eine wachsende Zahl von ihnen gezwungen, sich von Jahr zu Jahr selber tiefer zu verschulden. Je knapper Löhne und Arbeitslosengeld werden, um so mehr wird die Überziehung des Lohnkontos zur erzwungenen Dauereinrichtung, wofür dann Wucherzinsen über 10 Prozent gezahlt werden müssen. Und um so drückender werden die Ratenzahlungen für Auto, Möbel oder Wohnung. Ende 1973 hatten die Arbeiter insgesamt 51,1 Milliarden DM Kredit- und Hypothekschulden, die Angestellten 68,4 Milliarden DM und die Beamten 26,3 Milliarden DM. Die Lohnabhängigen insgesamt 145,8 Milliarden DM, für die sie bedeutende höhere Zinsen aufbringen mußten, als ihnen auf ihren vermögenswirksam beschlagnahmten Lohn gezahlt wurde. (Wirtschaft und Statistik 6/1975)

Die staatlich betriebene und per Tarifvertrag organisierte Vermögensbildung ist nichts anderes als Lohnraub und ein Betrug an den Lohnabhängigen. Das Finanzkapital vermehrt darüber sein Vermögen. Oder, wie Fides Krause-Brever im ZDF die Sache anpries: „Mit der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand soll das Kapital gebildet werden, das die Wirtschaft ... braucht."

Wenn im nächsten Jahr eine größere Zahl von Verträgen frei wird, weil die Siebenjahresfrist um ist, dann wird in vielen Fällen das Geld praktisch schon den Banken gehören und dazu benutzt werden müssen, um z.B. einen Teil der Schulden für das Auto abzubezahlen.

Insgesamt denkt das Finanzkapital freilich nicht daran, die nach Schätzung des Deutschen Sparkassenverbandes von 6,8 bis 7 Milliarden DM (1976) auf 25 bis 30 Milliarden (1977) steigende freiwerdende Sparsumme auch tatsächlich auszuzahlen. Das „Handelsblatt" weist am 23. August darauf hin: „... stellt sich für Banken und Sparkassen natürlich die Frage, wie einem Abzug der freiwerdenden Mittel im kommenden Jahr entgegengewirkt werden kann".

Bisher haben die Banken im Durchschnitt etwa zwei Drittel der freiwerdenden Sparsumme wieder zur Neuanlage in Sparbüchern z.B. veranlassen können. Jetzt fürchten sie, daß angesichts der Masse der Arbeiter und Angestellten, deren Verträge erstmals freiwerden, sie bis zu 50 Prozent der eingestrichenen Lohngelder sofort herausrücken müssen, weil bei Arbeitern und Angestellten „die Neigung zur Wiederanlage ... weniger ausgeprägt ist". (Handelsblatt, 23. August) Man kann sich auf allerlei gefaßt machen, wodurch versucht werden wird, diese Lohngelder weiter in den Händen des Finanzkapitals zu halten. Zumal keineswegs ausgemacht ist, ob das Kreditsystem des Finanzkapitals über den Abzug dieser Lohngelder nicht ins Krachen käme. Die Arbeiter und Angestellten haben das Geld, das man ihnen vermögenswirksam abgenommen hat, noch lange nicht wieder zurück.

Die sogenannte Vermögensbildung, die ein Mittel des Lohnraubs ist, wird gegenwärtig angepriesen, um weiteren Abbau der Löhne in den kommenden Lohnrunden zu rechtfertigen und durchzusetzen. Ein dreisteres Vorgehen ist schwer vorstellbar. Die Arbeiterbewegung, die den Lohnraub nicht hinnehmen will, muß sich konzentrieren auf den Kampf um den Lohn. „Vermögenswirksame Leistungen", welche die Kapitalisten und ihre Handlanger in der Gewerkschaftsführung ins Spiel bringen, zählen dabei für sie nicht. – (wm)

	Nettolohn- und Gehaltssumme in Millionen DM	Durch „Vermögensbildung" in die Verfügung des Finanzkapitals gebrachte Lohnsumme (in Mio. DM)	Anteil an der Nettolohnsumme
1969	206 620	1 600	0,77 %
1970	237 150	3 600	1,52 %
1971	262 190	6 660	2,54 %
1972	286 050	8 700	3,04 %
1973	311 480	9 500	3,05 %
1974	335 790	9 740	2,90 %

Angaben: Sozialbericht 1976 der Bundesregierung, Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 19. August 1974

Großmanöver der NATO und des Warschauer Paktes

Vorbereitungen für den imperialistischen Krieg um Europa

Am 25. August hat eine der größten militärischen Übungen der NATO begonnen. Sie läuft unter dem Namen „Autumn Forge" („Herbstschmiede") bis November und verbindet 27 einzelne Großübungen der NATO-Mitgliedsländer in ganz Europa miteinander. 250 000 Soldaten der Land-, Luft- und Seestreitkräfte werden eingesetzt. Oberbefehl über die ganzen NATO-Truppen in Europa führt der US-General Haig.

Vieles, was in diesem Jahr in den Manövern geübt werde, sei neu, berichtet der US-General Haig, der 1966/67 die Erste Infanteriedivision der USA im Krieg gegen das vietnamesische Volk befehligt hat, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 25. August. Und tags darauf faßt die Zeitung zusammen, das Heer der Vereinigten Staaten von Amerika „habe den Auftrag, sich auf die europäischen Bedingungen einzustellen". Zum ersten Mal in der Geschichte der NATO werden mit Hubschraubern beweglich gemachte Einheiten „auf dem möglichen europäischen Kriegstheater eingesetzt". Große Verstärkungen werden aus den USA eingeflogen, und die berüchtigten „Ledernakken" üben Landungsunternehmen.

An das Einfliegen einer Luftlandedivision der USA in die BRD schließt sich in der Zeit vom 6. bis 10.9. die Übung „Großer Bär" in der BRD an. Dieses Manöver, an dem 50 000 Heeressoldaten der Bundeswehr mit 20 000 Fahrzeugen sowie Verbände der USA, Großbritanniens und der Niederlande beteiligt werden, ist der Kern der „Autumn Forge".

Gleichzeitig finden in Dänemark und Norwegen große Landungsmanöver statt, in Norwegen wird die „Gesamtverteidigung" geübt, und vor der Küste und im Atlantik fährt die Kriegsflotte auf. Im Mittelmeer proben Schiffe der USA, Italiens, Großbritanniens, Portugals und der Türkei die Beherrschung der See und die Landung an fremden Küsten. Alle Hauptquartiere der NATO werden im Verlauf der Manöverserie alarmiert.

Der westdeutsche Militär-„Experte" Adalbert Weinstein tönt: „Dieser politische Schuß der NATO hat ins Schwarze getroffen." Und an anderer Stelle: „Die Rechnung der NATO geht also auf. Die atlantische Dauerübung ‚Autumn Forge' wird von der anderen Seite richtig eingeschätzt." Durch die „hochqualifizierte konventionelle militärische Kraft" werde die „politische Elastizität" gefördert. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. September und 23. August) Mit dem Finger drohen will der Mann, indem er den Finger an den Abzug legt. Was hier geübt wird, ist die militärische Schlacht um Europa, vom Mittelmeer bis zum Eismeer, mit Mitteleuropa als Zentrum.

Die „andere Seite", das ist die Sowjetunion mit den Staaten des Warschauer Pakts. Vom 9. bis 16. September, zur selben Zeit also, üben die Sozialimperialisten zusammen mit Truppen der DDR und Polens in Polen ebenfalls die Schlacht um Europa. Panzerverbände, Luftlandetruppen und Marineeinheiten sind beteiligt.

Am 30. Juli hat sich das Oberhaupt der Sozialimperialisten, Breschnew, in der „Prawda" zum Thema „Ein Jahr nach der KSZE" interviewen lassen. „Das Dokument orientiert deutlich auf eine Minderung der internationalen Spannungen ... ", sagte Breschnew. Diese „Orientierung" ist Weihrauch, der mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt und die wahnwitzigen Kriegsvorbereitungen der Supermächte und insbesondere der Sowjetunion verdekken soll.

Um mindestens 75 000 Mann hat die Sowjetunion im letzten Jahr ihre Truppen ausgebaut. Gerade im Jahr nach der „KSZE" verlegte sie fortgesetzt und in großem Umfang Truppen nach Mitteleuropa und verstärkt den Druck auf diese Region. 31 Panzerdivisionen und 36 motorisierte Divisionen hat sie in Mittel- und Nordeuropa aufgestellt. Die Truppen wurden so konzentriert und mit neuem Material ausgerüstet, daß sie ohne große Vorbereitungen einen Angriff beginnen können. Andererseits wurde das alte Material eingelagert, so daß es rasch von mobilisierten Reservisten übernommen werden kann. In Nordeuropa haben die Sozialimperialisten die Halbinsel Kola in ein einziges Militärlager verwandelt, einen Verbindungskanal in die Ostsee gebaut und greifen nach Spitzbergen. Auf Kola sind unter anderem Marinelandungseinheiten stationiert, die für die Besetzung fremder Küsten von über 1000 Kilometer Länge ausgerüstet sind. Ende Juni erst hat die Flotte der neuen Zaren unmittelbar vor den westdeutschen, niederländischen und britischen Häfen erstmals demonstrativ geprobt, diese abzuschnüren. Der erste große Flugzeugträger „Kiew" kreuzt jetzt auf dem Atlantik. Am 27. August sind der Hubschrauberträger „Leningrad" und der Lenkraketen-Zerstörer „Smelny" ins Mittelmeer gefolgt. Damit umfaßt die sowjetische Flotte im Mittelmeer über 70 Einheiten.

Was ihn zur Zeit am meisten beschäftige, erklärte der NATO-Oberbefehlshaber Haig in dem schon zitierten Gespräch, sei das Anwachsen der klassischen militärischen Kraft der Sowjetunion. Die US-Imperialisten, die nach dem Machtantritt der neuen Bourgeoisie in der ehemals sozialistischen Sowjetunion zunächst auf ein Komplott gesetzt hatten, stellen sich nun darauf ein, daß die Sowjetunion unter dem Deckmantel des Entspannungsgeredes wie wild aufgerüstet hat und zu ihrem hauptsächlichen und aggressiven Rivalen im Kampf um die Weltherrschaft geworden ist. Im Hirn der US-Generale stellt sich der Farbwechsel der Sowjetunion als „militärische Umwandlung" dar. „Es zeichne sich jetzt eine Evolution im militärischen Verhalten der Sowjets ab. Aus einer Kontinentalmacht, die mehr nach innen gesehen und gehandelt habe, sei eine Weltmacht geworden. Militärisch sei dieser Veränderungsprozeß jetzt abgeschlossen." Und über die Flotte: „Strategisch habe sich der Auftrag der Roten Flotte vollkommen geändert. Sie sei nicht mehr Hilfswaffe, die einen kontinentalen Konflikt an den Flanken abzudekken habe. Sie sei das Instrument einer imperialistischen Weltmacht, die mit Schiffen aggressive Außenpolitik betreibe." Die USA ihrerseits haben eine zusätzliche Brigade in Bremerhaven stationiert „als Kernelement für ein ganzes amerikanisches Reservekorps". Jetzt lassen sie erstmals in der Geschichte der NATO ein einheitliches Manöver vom äußersten Norden bis zum äußersten Süden Europas durchführen.

In dieser Lage rüsten auch die BRD-Imperialisten für den Krieg. Seit dem 1. Juli erprobt die Bundeswehr eine neue Heeresstruktur, um „die härter gewordenen Aufgaben der achtziger Jahre zu meistern", wie es die „Süddeutsche Zeitung" vom 28. August ausdrückt. Im Verlauf der jetzigen Manöver üben erstmals Bundeswehr und staatliche Behörden der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz zusammen die „militärische und zivile Verteidigung in zwei Bezirken während einer Krise". Nach Angaben der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 2. September sind daran neben 5 000 Soldaten 1 700 Polizeibeamte und Angehörige des Katastrophenschutzes und 300 Bedienstete der Wehrbereichsverwaltung IV beteiligt. Die Bourgeois wissen ganz genau, daß der imperialistische Krieg die Errichtung eines Militärzuchthauses für die Arbeiterklasse und die Volksmassen voraussetzt. Daran arbeiten sie wie wild und bereiten den Krieg vor.

Die Tatsachen zeigen, daß das Entspannungsgesäusel nur dazu dient, die Wahrheit zu vernebeln. Es ist eine Gesetzmäßigkeit, daß die beiden Supermächte und die mit ihnen verbündeten Imperialisten auf Krieg zusteuern. Sie sind schon dabei, ihn *vorzubereiten*. Ihn zu beginnen, daran kann sie nur die Arbeiterklasse hindern, indem sie die Revolution macht, die imperialistischen Ausbeuter stürzt und beseitigt. – (fb)

Kündigung der Anhänge zum Manteltarifvertrag in der Druckindustrie

Die kapitalistische Ausbeutung macht den Arbeiter zum Anhängsel der Maschine

-Die Anhänge zum Manteltarifvertrag der Druckindustrie sind zum 31.12.76 gekündigt. In diesen Anhängen werden die Arbeitsbedingungen für die verschiedenen Produktionsbereiche festgelegt. Die bisherigen Anhänge zum Manteltarif konnten die Kapitalisten nutzen, um durch die Einführung neuer Maschinerie Arbeitskräfte überflüssig zu machen, den Lohn zu drükken, die Arbeitshetze zu verschärfen, also die Ausbeutung der Druckarbeiter zu erhöhen. Das ist eine Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus.

Die Sozialdemokraten von der IG-Druck-Führung geben nun die Parole aus: „Es geht um Arbeitsplätze" und: „Wir werden jede Reaktion der Unternehmerseite auf unsere Forderungen an den Begriffen human und inhuman messen." (druck und papier 15/76) Mit diesen Pfaffenworten wollen sie gleich bei der Aufstellung der Forderungen Nebel über die kapitalistische Ausbeuterordnung verbreiten und die Aufstellung der Forderungen selbst im Unklaren lassen und sabotieren.

Karl Marx hat im „Kapital" geschrieben, daß „die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum der Produzenten (also der Arbeiter, denn die Kapitalisten produzieren nicht) vermehrt, kapitalistisch angewandt ihn verpaupert usw." (Karl Marx, Das Kapital, Marx-Engels-Werke, Band 23, Seite 465). Deshalb sind die Arbeiter immer gezwungen, den Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie zu führen.

In diesen Kämpfen zum Schutz ihrer Arbeitskraft kann die Arbeiterklasse gegen die Auswirkungen des Lohnsystems Schranken erzwingen, auf die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise kann sie keinen Einfluß nehmen. Sie muß die kapitalistische Produktionsweise selbst abschaffen durch die soziale Revolution, die Maschinen und Fabriken aus dem Privateigentum der Kapitalisten in gesellschaftliches Eigentum überführen. Erst dann ist es möglich, die Maschinerie und jede neue Entwicklung der Maschinerie zum Nutzen der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit einzusetzen. Die Kämpfe der Arbeiter gegen die Auswirkungen des Lohnsystems sind die Grundlage für den Kampf der Arbeiterklasse, der auf den Sturz der Herrschaft der Kapitalisten abzielt.

Druckzentrum Stuttgart-Möhringen

Ausbildung von Hilfsarbeitern zu Facharbeitern, wenn sie als Facharbeiter beschäftigt werden!

Unter der Rubrik „Sonstige Bestimmungen" finden sich im allgemeinen Anhang zum Manteltarifvertrag für die Druckindustrie Vereinbarungen, die gerade in den letzten Jahren in zunehmendem Maße von den Druckkapitalisten zur Steigerung der Intensität der Arbeit und zur Lohndrückerei genutzt werden konnten. Dort heißt es in den Punkten III, 5 bis 7:

„Alle Facharbeiten in den Gruppen Druckformherstellung, Druck, Weiterverarbeitung, sind von den entsprechenden Fachkräften der Druckindustrie auszuüben. Ausnahmen von dieser Bestimmung sind in den einzelnen Anhängen gesondert geregelt. Ist das zuständige Arbeitsamt nicht in der Lage, Fachkräfte zu vermitteln, können Arbeitgeber und Betriebsrat in einer Vereinbarung festlegen, daß für bestimmte Arbeitsplätze zur Aufrechterhaltung einer sonst gefährdeten Produktion geeignete Hilfskräfte oder geeignete Arbeitskräfte fachfremder Berufe mit Arbeiten beschäftigt werden, die nach den Anhängen Fachkräften vorbehalten sind. Werden Hilfskräfte der Druckindustrie oder Arbeitskräfte mit Berufen, die nicht zu den Berufen der Druckindustrie zählen, in Ausnahmefällen mit Arbeiten beschäftigt, die nach dem Tarifvertrag Fachkräften vorbehalten sind, haben sie Anspruch auf den Facharbeitershlohn für die Dauer dieser Tätigkeit."

Schamhaft gewunden als Ausnahme formuliert, wurden die Möglichkeiten, die solche wachsweichen Vereinbarungen den Kapitalisten an die Hand geben, längst zur Regel in den Betrieben. Ein Blick in die Satzherstellungsabteilungen der Verlagskonzerne, in Bogenoffsetbetriebe oder -abteilungen und insbesondere in die Abteilungen der Weiterverarbeitung in großen Druckbetrieben genügt, dies zu bestätigen.

Moderne Maschinerie, kapitalistisch angewandt, macht die Arbeiter zu bloßen Anhängseln der Maschine, entfremdet ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses in wachsendem Maß. Der Kapitalist treibt diese Entwicklung bewußt voran und nutzt sie, die unbezahlte Mehrarbeit auszudehnen, indem er u.a. an Stelle ausgebildeter Facharbeiter billigere Hilfsarbeiter an den Maschinen ausbeutet.

Die Vereinbarung im Manteltarifvertrag-Anhang, daß die in Facharbeiterstellen beschäftigten Hilfsarbeiter „Anspruch auf den Facharbeiterlohn für die Dauer dieser Tätigkeit" haben, setzt dabei dem Heißhunger der Kapitalisten nach unbezahlter Mehrarbeit keinerlei wirksame Schranken. Ganz im Gegenteil: gegen Facharbeiter und Hilfsarbeiter können die Kapitalisten diese Vereinbarung in ganz vorzüglicher Weise kehren, um die Ausbeutung zu verschärfen. Nehmen wir ein Beispiel aus der Weiterverarbeitung bei der „Südwestdeutschen Rollenoffset (Südrolle)" am Druckzentrum Stuttgart-Möhringen.

Nachdem ein als Maschinenführer am Sammelhefter (Endfertigung von Broschüren und Zeitschriften) beschäftigter Facharbeiter wegen der miserablen Arbeitsbedingungen und niedrigem Lohn gekündigt hatte, mußte ein Hilfsarbeiter seinen Arbeitsplatz übernehmen. Unter Berufung auf den Manteltarifvertrag konnte die Betriebsleitung die Forderung nach Gleichstellung mit den anderen Maschinenführern rundweg ablehnen.

Laut Tarifvertrag besteht nämlich lediglich Anspruch auf Bezahlung des Facharbeitershlohns, der gegenwärtig bei 9,54 DM die Stunde liegt.
Das sind im Schnitt 2,50 DM pro Stunde weniger, als das, was der Kapitalist dem Facharbeiter effektiv zahlen muß. Ein Anspruch auf Ausbildung und Anerkennung als Facharbeiter besteht überhaupt nicht.

Die Folge solcher Vereinbarungen liegt klar auf der Hand. Dem als Maschinenführer beschäftigten Hilfsarbeiter droht der Kapitalist: hüte dich in Zukunft, mit der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit zu kommen; stell unter Beweis, daß du in der Lage bist, die Maschine auf Hochtouren zu bringen und aus deinen Kollegen rauszuholen, was nur drin ist; ein anderer könnte sonst deinen Platz einnehmen und dann bist zu wieder dort, wo du eigentlich hingehörst!

Frech kann er den Facharbeitern gegenübertreten: Neue Maßstäbe sind gesetzt; seht, der Hilfsarbeiter tut's für billigeren Lohn. Ich kann euch also künftig nur gebrauchen, wenn ihr die letzten Poren im Arbeitsprozeß schließt und das Arbeitstempo steigert!

Tausendfach wird dieses Mittel der Spaltung der Belegschaften gegenwärtig in den Druckbetrieben angewandt, um das Lohnniveau zu drücken und die Schweißauspressung hemmungslos zu vervielfachen. Das Beispiel aus der Weiterverarbeitung steht für unzählige, vor allem im Bogenoffset-Bereich und in der Satzherstellung. Gerade in der Satzherstellung rüsteten die Kapitalisten ihre Betriebe in den letzten Jahren in großem Maßstab um auf Lichtsatz und Computer gesteuerte Bildschirm-Texterfassung, wodurch Maschinen- und Handsetzer überflüssig gemacht wurden. Gelang es nun – wie bei der „Turmhaus-Druckerei" am Druckzentrum Möhringen – Betriebsvereinbarungen zu erzwingen, in denen die Kapitalisten zugestehen müssen, daß an der neuen Bildschirm-Texterfassung nur Facharbeiter der Satzherstellung beschäftigt werden, so enthalten diese Betriebsvereinbarungen dieselben „Ausnahme"regelungen, wie sie im zitierten Anhang zum Manteltarifvertrag vereinbart wurden und ziehen genau dieselben Folgen nach sich.

Man sieht, das Problem stellt sich allgemein für die Arbeiter in der Druckindustrie. Dem Treiben der Kapitalisten, die sich ungeniert auf tarifvertragliche Vereinbarungen berufen können, wenn sie Keile zwischen gelernte und ungelernte Arbeiter treiben, um die Ausbeutung ungehemmt zu forcieren, diesem Treiben gilt es Schranken zu setzen. Zu diesem Zweck müssen wir im Kampf um die Anhänge zum Manteltarifvertrag die Forderung durchsetzen: Obligatorische Ausbildung der Hilfskräfte, die an Arbeitsplätzen von Facharbeitern beschäftigt werden, zu Facharbeitern der entsprechenden Sparte! Abschluß der Ausbildungszeit mit der Facharbeiterprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf!

Wobei sich diese Ausbildungsbestimmung orientieren kann an den bereits erkämpften Vereinbarungen über eine verkürzte Ausbildungszeit für umzuschulende Facharbeiter aus fachfremden Berufen. – (h., Stuttgart)

Wiesbadener Graphische Betriebe

1 Farbwerk – 1 Drucker – 1 Hilfsarbeiter ...! Abschaffung der unteren Lohngruppen!

In der Offsetabteilung der Wiesbadener Graphischen Betriebe versuchen die Kapitalisten in letzter Zeit immer häufiger die Maschinen mit Unterbesetzung zu fahren. In der Urlaubszeit sind Kollegen weg oder dann wird mal ein Arbeiter krank, was sofort genutzt wird, nicht die Schicht abzusetzen, sondern die Arbeitskraft verschärft auszupressen. Bei den Bogenoffsetmaschinen Roland-Ultra Zweifarben Fünfer- und Sechserformat arbeiten bei den Wiesbadener Graphischen Betrieben zwei Hilfsarbeiter und ein Drucker. Der Kampf der Arbeiter in der Offset gegen die Unterbesetzung von Maschinen geht schon lange. Letztes Jahr fand eine Abteilungsversammlung statt, auf der gefordert wurde: bei Ausfall eines Hilfsarbeiters Reduzierung der Arbeitszeit. Zugestanden wurde dann von den Kapitalisten die Senkung der Leistung. Sie haben sich gedacht: Wenn die Maschine 5 000 (Bogen pro Stunde) läuft, dann läuft sie 5 000, egal ob mit einem oder zwei Hilfsarbeitern, und die verkleinerte Besetzung schafft die Arbeit des einen Hilfsarbeiters noch mit.

Der Zusammenschluß der Arbeiter während des Druckerstreiks war ein Fortschritt. Die Erfahrung, daß man sich gegen die Kapitalisten zusammenschließen muß, um Absicherungen zu treffen, die dem Verschleiß der Arbeitskraft Schranken setzen, ist größer geworden.

Von der Maschinenbesatzung werden die Angriffe der Kapitalisten bei Abziehen von Hilfsarbeitern sofort diskutiert. Die Leistung wird gesenkt. Denn was heißt das, wenn statt zwei Hilfsarbeitern nur einer mit dem Drukker arbeitet? Die beiden müssen die Arbeit des einen Hilfsarbeiters mit machen; der Arbeitstag verdichtet sich, der Lohn bleibt gleich. In den jetzt gekündigten Anhängen zum Manteltarifvertrag bei Bogendruck sind die Schranken gegen die verstärkte Auspressung der Arbeitskraft nicht enthalten.

In diesem Anhang Druck, I. Bogendruck, heißt es z.B.: „*Jede Fachkraft hat in der Regel nur eine Bogendruckmaschine, zwei Tiegel oder zwei Einfarbenoffsetmaschinen (Kleinoffsetmaschinen) zu bedienen.*" Oder: „*In der Regel kann an Bogendruckmehrfarbenmaschinen die Bedienung von mehr als zwei Farbwerken durch eine Fachkraft nicht verlangt werden.*" Nichts von konkreten Festlegungen. Die Reformisten, die von der Partnerschaft zwischen Kapital und Arbeit ausgehen, dienen immer nur einem Partner, dem Kapitalisten. Denn nur er findet diesen Anhang gut. Die Arbeiter finden ihn schlecht und kämpfen für folgende Forderungen: Ein Farbwerk – ein Drucker, ein Hilfsarbeiter (ab Maschinengröße III); zwei Farbwerke – ein Drucker, zwei Hilfsarbeiter; vier Farbwerke – zwei Drucker, zwei Hilfsarbeiter. Für je zwei weitere Farbwerke kommt ein Drucker hinzu. Diese Forderung ist auch verabschiedet worden von der Berufsgruppe Druck der IG Druck und Papier in Köln.

Der Kampf, den Schweißauspressungsmethoden Schranken zu setzen, ist richtig, aber er muß auch geführt werden um mehr Lohn. Der Lohnraubabschluß von 6 Prozent hat für die höchste Hilfsarbeiterlohngruppe gerade 0,47 DM mehr gebracht (brutto). Die Festgeldforderung von 140 DM versuchten die Sozialdemokraten von Anfang an unter den Tisch zu fegen. Die Forderung nach Wegfall der Altersstaffelung für das vierzehnte bis siebzehnte Lebensjahr in den Lohngruppen für die Hilfsarbeiter wurde nie mehr erwähnt nach dem Abschluß. Im Anhang zum Manteltarifvertrag für Hilfskräfte steht, daß die Hilfskräfte nach Art der Tätigkeit in die Lohngruppen eingestuft werden. Die Forderung in der Tarifrunde war aber die nach Abschaffung der unteren Lohngruppen. Mit dem spalterischen Lohnsystem versuchen die Kapitalisten nur die unteren Lohngruppen noch tiefer zu drücken.

Die Hilfsarbeiter in der Offset der Wiesbadener Graphischen Betriebe bekommen alle Lohngruppe 5 – 8,44 DM Stundenlohn. Übertariflich bekommt der eine 20 Pfennig mehr, der andere 30 oder 40 Pfennig. Während der Hitze wurde diskutiert, daß alle auf 9 DM hochgestuft werden. Die Forderung wurde jetzt dem Abteilungsleiter vorgetragen. – (w., Wiesbaden)

Bergedorfer Zeitung

Nicht mehr als vier Stunden am Perforator!

Die „Bergedorfer Zeitung", ein Provinzblatt, von Springer mit 91 Prozent beherrscht, löst jetzt den Handsatz zugunsten des Foto- bzw. Lichtsatzes auf.

Dabei bedienen sich die BZ-Kapitalisten der Lücken, die der Anhang zur Satzherstellung im Manteltarif läßt.

Dort steht unter Punkt b. Maschinelle Satzherstellung: „Fotosetzmaschinen sind durch geeignete Fachkräfte nach erfolgter Einweisung zu bedienen. An Datenverarbeitungsanlagen, die überwiegend der Satzherstellung dienen, sind vorzugsweise geeignete Fachkräfte der Druckindustrie zu beschäftigen."

Vor etwa einem Monat war überall in der Firma ein Aushang aufgehängt worden, in dem die Setzer eine Frist bis zum 19. des Monats gesetzt bekamen, um sich für den Fotosatz zu bewerben.

Beworben hat sich keiner bis kurz vor der Beendigung der Frist. Das ist verständlich, denn die Handsetzer arbeiten in zwei Schichten, womit sie durchschnittlich, mit Sonntags-, Schicht- und sonstigen Zulagen auf einen Lohn von etwa 1 675 DM brutto kamen. Das reicht für die meisten Setzer kaum zum Leben, nicht zuletzt, da die Schichtarbeit den Körper ruiniert und so die Reproduktionskosten für die Arbeitskraft ungeheuer groß sind.

Der Fotosatz sollte in einer Schicht laufen. Dadurch würden, bei gleichem Stundenlohn, alle Zuschüsse wegfallen, die Arbeiter eine Einbuße von etwa 500 DM hinnehmen müssen. 1 100 DM sollen also reichen zum Leben, wo die 1 675 DM schon kaum hinlangen, zumal die meisten Arbeiter noch ein Auto brauchen, da sie in großem Umkreis der Firma wohnen.

Außerdem sollten die Arbeiter in den Fotosatz „eingewiesen" werden (getreu den Buchstaben im Manteltarifvertrag), also von Ausbildungskursen war keine Rede. Die Arbeiter wehrten sich dagegen, für sowas wollten sich die Arbeiter nicht bewerben.

Nun haben sich die meisten Arbeiter doch beworben. Wie ist das möglich? Die BZ-Kapitalisten haben sich allerhand Zauber einfallen lassen, um die Arbeiter in den Fotosatz zu pressen. So haben sie eine Fotosatzmaschine von Dr. Böger Fotosatz aufstellen lassen, um anzudeuten, daß die Umstellung auf Fotosatz jetzt schnell vorangeht. Diese Maschine war aber nur, wie sich später herausstellte, zur Ansicht und wurde nach Ablauf der Bewerbungsfrist wieder abgebaut.

Außerdem wurden schnell zwei neue Setzer eingestellt, die im Fotosatz eingesetzt wurden, und bekannt gegeben, daß eine Datenverarbeitungsanlage angeschafft wird, die voraussichtlich einen Teil der Satzherstellung übernehmen sollte. Für die Setzer ist die „Bergedorfer Zeitung" der einzige Arbeitsplatz in der Umgebung. Nach Hamburg zu fahren würde zwei Stunden Arbeitsweg bedeuten. Ob man allerdings in Hamburg Arbeit findet, steht eh in Frage. Für die Kapitalisten ist die Rekrutierung für den Fotosatz aus der Belegschaft ungeheuer profitträchtig denn erstens brauchen sie für Arbeiter, die zwangsläufig entlassen werden, keine Abfindungen zu zahlen. Außerdem ist der Lohn in der BZ traditionell niedriger als anderswo im Springer-Konzern. Das bedeutet allerdings, daß sie neue Arbeiter nicht für so geringen Lohn kaufen können. Für viele Setzer bedeutet aber die Einführung von Foto- und Lichtsatz den Verlust des Arbeitsplatzes. So gehen aus dem Maschinensatz vier von zehn Arbeiter weg: zwei in Rente, einer geht nach Springer Hamburg, und ein Arbeiter in eine Werbeblatt-Agentur. Diese Arbeiter werden nicht ersetzt. Die Zahlen der Satzleistungen verdeutliche, warum das auch nicht nötig ist für die Kapitalisten:

Ein Maschinensetzer schafft etwa 6 000 Buchstaben pro Stunde. Ein Perforator, der ein Lochband für eine Fotosatzanlage herstellt, über 12 000 Zeichen. So kann ein Perforator bereits zwei Maschinensetzer ersetzen.

Bei lochbandgesteuerten Bleisatzmaschinen schafft eine Maschine etwa 25 000 Zeichen, es werden immer zwei Maschinen von einem Arbeiter bedient. Eine Fotosatzanlage, sagen wir die Linofilm VIP (eine Maschine mit einer Kapazität für Mittelbetriebe), schafft ca. 120000 Zeichen in der Stunde, so daß von 2 Arbeitern wenigstens einer überflüssig gemacht wird.

Die Handsetzer im Bleisatz werden überflüssig. An ihre Stelle tritt die Arbeit der Monteure, die die Filme, die die Fotosatzanlage auswirft, zu fertig umbrochenen Seiten zusammenkleben. Die Tätigkeit geht erheblich schneller, da das Sägen von Material, das Durchschießen der Zeilen usw. wegfällt. Durch den ungeheuer schnellen Auswurf von fertig gesetzten Textspalten ist die Arbeitshetze in der Montage sehr hoch. Denn auch hier gehen die Kapitalisten nach dem Prinzip vor: Mit weniger Arbeitern mehr schaffen. Die Möglichkeit der Kapitalisten, zu rationalisieren und die Schweißauspressung zu verschärfen, ist durch den Manteltarifvertrag offen gehalten. Darum müssen wir, um der Gier der Kapitalisten nach steigender Auspressung von Mehrarbeit Schranken zu setzen, tariflich fixierte Arbeitsbedingungen für den Licht- und Fotosatz erkämpfen. Sechs Wochen Ausbildung in einem Fotosatzzentrum bei Fortzahlung des alten Lohnes. Die Arbeit am Perforator darf vier Stunden nicht übersteigen. Übernahme aller Setzer in den Foto- bzw. Lichtsatz. Keine Entlassungen durch Umstellung auf den Foto- und Lichtsatz! Fortzahlung des alten Lohnes! – (h., Hamburg)

„Wir brauchen einen höheren Stundenlohn!“

Mannheim. Heftige Auseinandersetzungen über die Lohntarifpolitik der IG Metall gab es auf der letzten Vertrauensleutesitzung bei John Deere am 2. September.

Alle Vertrauensleute, die sich meldeten, waren sich einig, daß man gegen die Lohndrückerei der Kapitalisten den Kampf um mehr Lohn führen muß und daß die innerbetriebliche Lohnerhöhung von 50 Pfennig für alle durchgesetzt werden muß.

Der sozialdemokratische IG-Metall-Sekretär der Mannheimer Verwaltungsstelle Kempf meldete sich zu Wort: Er müsse sich schon wundern, daß hier die ganze Zeit über Lohnerhöhung bei John Deere diskutiert werde. Es sei doch bekannt, daß die IG Metall zur Zeit Verhandlungen führe über die Vermögensbildung und über Weihnachtsgeld, und das wäre doch jetzt das Wichtigste. Aber er müsse feststellen, daß sich die „Basis“ wieder mal nicht rührte.

Er bekam seine Antwort prompt bei der Wortmeldung des nächsten Vertrauensmanns: „Wir freuen uns, daß die Verwaltungsstelle auch mal die ‚Basis‘ hören will.“ Beifall.

Der Vertrauensmann weiter: „Die ganze Vermögensbildung ist doch nur ein Kuhhandel. Wenn der Friderichs schon auf das 936-Mark-Gesetz hinwill und die ganzen Unternehmerverbände dazu, dann ist doch klar, daß da was faul ist. Das ganze Manöver ist nichts anderes, als daß noch ein größerer Teil von unserem Lohn
größerer Teil von unserem Lohn
weggenommen wird, die Unternehmer sich das Geld sieben Jahre lang unter den Nagel reißen, damit rationalisieren, Arbeiter auf die Straße schmeißen, und für uns langen die paar Tausend Mark nach sieben Jahren kaum für ein halbes Auto. Und die Prämien vom Staat, die werden uns doch erst mal als Lohnsteuer vom Lohn abgezogen. Was haben wir davon? Den Kapitalisten Geld geschenkt, und als Belohnung dürfen wir mehr Lohnsteuer zahlen. Und mit dem ganzen Manöver soll dann die Lohnerhöhung in der Tarifrunde heruntergedrückt werden. Wir sind der Meinung, daß es für uns und für die Gewerkschaft darauf ankommen muß, was monatlich in der Lohntüte ist, daß der Stundenlohn erhöht werden muß! Das ist die Meinung der Basis!“ Wieder großer Beifall.

Auf der Betriebsversammlung drei Tage später wurde das noch mal bekräftigt.

Das Manöver der John Deere-Kapitalisten, die mit einer innerbetrieblichen Lohnzahlung von 8 bis 11 Pfennig für die Akkordarbeiter, von 30 bis 50 Pfennig für die Zeitlohnarbeiter und keinem einzigen Pfennig für die Angestellten dem Kampf um innerbetriebliche Lohnerhöhung zwar nachgeben mußten, aber gleichzeitig ihn zu spalten versucht hatten, wurde von Arbeitern aus verschiedenen Abteilungen heftig angegriffen, und an der Forderung von 50 Pfennig für alle festgehalten.

Der Betriebsratsvorsitzende Lurg mußte daraufhin erklären, daß der Betriebsrat sich hinter die Forderung nach innerbetrieblicher Lohnerhöhung von 50 Pfennig stellt.

Ein Arbeiter der Härterei ging, nachdem er die Erhöhung der Stückzeiten bei den Achsen gefordert hatte, auf die Verhandlungen über das Weihnachtsgeld ein: „Das Weihnachtsgeld ist ja bekanntlich kein Geschenk Gottes, sondern nur über das ganze Jahr vorenthaltener Lohn. Deshalb muß das dreizehnte Monatsgehalt tariflich abgesichert werden, sonst wird es benutzt, um wieder zu spalten – die einen kriegen mehr, die anderen weniger. Ich schließ mich auch der Meinung meines Vorredners an, daß ein Mindestbetrag von 1 700 DM für jeden dabei rauskommen muß und daß die Tarifkommission diese Forderung aufnehmen muß. Aber was wir am dringendsten brauchen, ist doch ein höherer Stundenlohn.

Und wir müssen uns rüsten auf eine harte kommende Tarifrunde. Da kommt's drauf an, denn da stehen alle Metallarbeiter in einer Front. Da können wir eine Tariferhöhung durchsetzen, die dem Lohnabbau der letzten Jahre einen Schlußpunkt setzt. Und diesmal muß eine Festgeldforderung aufgestellt werden, und nicht wie bisher die spalterischen Prozentforderungen. Die Festgeldforderung sollten wir jetzt schon in den Abteilungen diskutieren!“ – (f., Mannheim)

Lohnbewegung in der Stahlindustrie

Nach der Lehre Hilfsarbeiter im Stahlwerk

Salzgitter. Im Werk Salzgitter der Stahlwerke Peine-Salzgitter wird von 35 Energieanlagenelektroniker-Lehrlingen jetzt nach Abschluß der Lehre kein einziger in seinem erlernten Beruf von P & S übernommen. 20 von den ausgelernten Lehrlingen werden als Hilfsarbeiter in die Produktion gesteckt zum Bleche Abladen und Aufschichten. 15 der ausgelernten Lehrlinge müssen ebenfalls als Hilfsarbeiter, als Rämungskommando mit Besen und Schippe durch die Hallen ziehen, solange, bis sie in Kürze zur Bundeswehr eingezogen werden. Der SPD-Betriebsrat hat zugestimmt.

Am letzten Samstag haben wir bei unserer Standagitation in der Fußgängerpassage in Salzgitter-Lebenstedt eine Wandzeitung dazu gemacht und sind zu dem SPD-Stand gegangen, der ebenfalls dort war und das „Modell Deutschland“ an den Mann bringen wollte. Zunächst reagierten die Sozialdemokraten damit, daß sie schwiegen und ihre Schlagermusik lauter stellten.

Schließlich, als immer mehr Menschen stehen blieben und uns zuhörten, versuchten drei Sozialdemokraten, uns von ihrem Stand wegzudrängeln. Ein Sozialdemokrat sah sich dann aber doch gezwungen, zu unseren Enthüllungen Stellung zu nehmen. Wie wir durch Befragen herausbekamen, handelte es sich bei diesem SPD-Mitglied um einen Ausbildungsmeister von P & S. Den Schwindel der Werksleitung von wegen alle Stellenpläne voll mochte er nicht verteidigen. Er rechtfertigte die Maßnahme der Werksleitung und die Zustimmung des Betriebsrates damit, daß das doch „für die Jugendlichen immer noch besser“ wäre, als wenn sie arbeitslos seien.

Die Empörung unter den Jugendlichen und unter den Eltern und Kollegen ist groß darüber, daß diese Jugendlichen drei Jahre gelernt haben, um jetzt bei P & S als Hilfsarbeiter arbeiten zu sollen. Auch bei den Arbeitern in der Stadt, die an unserem Stand davon hörten, war die Empörung groß, und den ganzen Samstag wagten die Sozialdemokraten kein einziges Mal, ihre Wahlkampfpropaganda „Weiterarbeiten am Modell Deutschland“ über ihren Lautsprecherwagen an den Mann zu bringen, sondern spielten nur Schlagermusik. Es wurden 10 Unterschriften gesammelt für die Direktkandidatur des KBW zu den Bundestagswahlen, 10 KVZ und ein Programm verkauft. – (a., Salzgitter / Red.)

Die Stahlkapitalisten streben nach Höchstprofiten. Während die Produktion stagniert, versuchen sie die Profite weiter in die Höhe zu treiben, wozu ihnen alle Mittel recht sind. So stellen die Kapitalisten der Hamburger Stahlwerke Umschüler ans Band und beuten diese durch Schichtarbeit bei 400 DM brutto aus. Bei den Stahlwerken Peine-Salzgitter sollen ausgelernte Lehrlinge auf Hilfsarbeiterstellen mit niedrigem Lohn arbeiten. Bei Klöckner Bremen werden die Kranführer weiterhin nach niedrigen Lohngruppen bezahlt, obwohl sie qualifizierte und geschickte Arbeit verrichten. Gegen alle diese Maßnahmen der Kapitalisten entwickelt sich der Widerstand. Die Widersprüche drängen darauf, im anstehenden Kampf für einen ausreichenden Lohn bei normalem Aerbeitstag zusammengefaßt zu werden.

Hamburger Stahlwerke

Höchstprofite durch Umschüler

Hamburg. Seit April 1975 werden im Hamburger Stahlwerk Arbeiter zu Hüttenfacharbeitern ausgebildet. Voraussetzung für diese Ausbildung: mindestens 18 Jahre. Sonst heißt es in den
aussetzung für diese Ausbildung: mindestens 18 Jahre. Sonst heißt es in den
Werksanzeigen, die wöchentlich und in großem Format in der Tagespresse erscheinen: „Egal, aus welchem Beruf Sie kommen, wir schulen Sie um.“

Das Stahlwerk läßt sich die Werbung von Umschülern schon einiges kosten. Nicht aus Selbstlosigkeit, sondern aus dem Interesse nach billigsten Arbeitern, um so höchste Profite zu erzielen. Das „Lehrgeld“ beträgt gut 400 DM brutto.

Um dieses Geschäft zu realisieren, müssen die Umschüler im Produktionsprozeß so eingegliedert werden, daß durch sie für die Aufrechterhaltung der Produktion bisher notwendige Arbeiter ersetzt werden.

Erste Voraussetzung ist die des Mindestalters von 18 Jahren. Dadurch sind die HSW-Kapitalisten in der Lage, die Auszubildenden voll in den Dreischicht- und Contischichtbetrieb einzugliedern. D.h. rund um die Uhr können die Auszubildenden eingesetzt werden.

Eine weitere Schranke bei der Eingliederung der Auszubildenden in die Produktion zwecks Ausbeutung wäre der Schulunterricht. Dieses Problem haben die Kapitalisten in ihrem Interesse gelöst. Sie führen die Ausbildung in Blockunterricht durch. Drei Blöcke á vier Wochen Unterricht im Jahr. Ansonsten ist man in der Produktion voll verwertbar.

Wie unsere Ausbildung aussehen wird, das hatte uns gleich am ersten Tag
wird, das hatte uns gleich am ersten Tag
der Werkstattleiter Schefer erklärt auf die Frage, wann wir denn in die anderen Produktionsbereiche kommen: „An sich sollen Sie hier zunächst vier Wochen lang Grundfertigkeiten in der Metallverarbeitung lernen. Aber das nehmen wir nicht so genau. Sie kommen in die Produktion, wenn Sie dort gebraucht werden, denn die Produktion muß ja weitergehen.“

Jetzt, nachdem die ersten von uns im
Jetzt, nachdem die ersten von uns im
zweiten Lehrjahr sind, ist es schon so weit, daß an den Schmelzöfen der dritte Schmelzer eingespart wird und durch einen Auszubildenden ersetzt wird. So ist es den HSW-Kapitalisten gelungen, pro Schmelzofen und geschmolzener Charge den Lohnkostenanteil um etwa 30 Prozent zu senken. – (h. / Red.)



Hannover. Die Conti-Kapitalisten planen zahlreiche Entlassungen, allein im Werk Stöcken 160. Mit einem Plakat wollten Conti-Arbeiter auf einer DGB-Wahlveranstaltung gegen die Entlassungen protestieren. Sozialdemokratische Ordner ließen die Arbeiter nicht herein.

Klöckner – Bremen: Interview

Die Kranführer fordern Höherstufung

Wie ist der Lohn bei euch festgesetzt worden?

1957 haben wir mit dem Schmelzen begonnen. Der Arbeitsdirektor befragte uns über die Löhne, die wir haben wollten. Zwei Arbeiter durften dann zu den Lohnverhandlungen hin. Diese Arbeiter, es waren keine Kranführer, befragten uns, was wir über die Höhe unserer Löhne so meinten. Wir waren der Meinung, daß die Löhne so sein sollten wie bei den Arbeitern in Georgsmarienhütte, wo ein Teil von uns hergekommen war. Die Gießkranfahrer und die Chargiermaschinisten bekamen dort den Lohn vom zweiten Ofenmann. Das wurde uns auch so zugesagt.

Auf der Abrechnung stimmte das allerdings nicht. Man hatte uns zwar mit dem Lohn des zweiten Ofenmannes gleichgestellt, aber in Georgsmarienhütte waren zwei zweite Schmelzer, die den Abstich auf und zu machten. Während in Bremen ein Abstichschmelzer eingesetzt wurde, der eine relativ hohe Lohngruppe hatte, und ein zweiter Schmelzer, der nur die Ofentür auf- und zufuhr. Mit diesem zweiten Schmelzer, der eine geringere Lohngruppe hatte, hatte man uns Kranführer gleichgestellt. Wir sind dadurch um einige Groschen pro Stunde betrogen worden.

1972 ist es zum Streik gekommen. Welches waren die Forderungen?

„Wir haben die Forderung nach Anhebung in die Lohngruppe sieben für alle Kranführer gestellt. Die Erhöhung war schon seit langem überfällig. Man hatte uns immer und immer wieder vertröstet und die Geschäftsleitung wollte nicht verhandeln. Wir haben uns dann versammelt. Die Herren mit den weißen Helmen hatten plötzlich viel Zeit für uns und versuchten uns zu überreden, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Arbeitsdirektor meinte zu uns, daß wir doch nicht einfach die Brocken hinschmeißen könnten. Das ginge doch wohl nicht. Zwei Arbeiter haben dann mit dem Arbeitsdirektor verhandelt. Er sagte, daß er sich nicht erpressen ließe. Der Leiter vom Warmwalzwerk, Steinsiek, forderte uns dann auf, das Werk zu verlassen. Wir verließen dann geschlossen das Werk. Am Tor hat man uns alle angehalten und jeden aufgeschrieben. Und das Ende vom Lied war, wir waren alle auf der Entlassungsliste (113 Mann).“

Dieser Bluff wurde von den Kranführern erkannt und mußte von der Betriebsleitung zurückgenommen werden, weil die Kranführer ihren Streik fortsetzten. Rausgekommen ist durch den Streik: von 23 Kränen im Warmwalzwerk sind drei in Lohngruppe sieben eingestuft worden, vier in Lohngruppe fünf und der Rest in Lohngruppe sechs.

Die Löhne wurden lediglich im Rahmen der Neufestsetzung der Erschwerniszulagen erhöht. Diese Erschwerniszulagen dienten aber gleichzeitig der weiteren Aufspaltung der Arbeiter im Warmwalzwerk. Sie wurden durch unterschiedliche Punktbemessung in sieben Gruppen aufgeteilt.

Auf der letzten Betriebsversammlung ist von euch die Forderung nach Lohngruppe acht (Facharbeiterlohn) für alle Kranführer aufgestellt worden.

Die Arbeitshetze ist gewaltig gestiegen, im Warmwalzwerk zwei laufen drei Kräne. Es gibt aber nur zwei Kranführer pro Schicht. Im Vorbrammenlager müssen vier Arbeiter sechs, manchmal sieben Kräne bedienen. Haut man die Weißhelme an, sagen sie: Wir müssen zusehen, daß wir klarkommen. Wir haben nicht so viel Arbeit. Wir aber müssen manchmal drei bis viermal pro Schicht springen. Manchmal kommt man erst um halb zwölf Uhr dazu, Frühstückspause zu machen.

Außerdem machen wir Präzisionsarbeit. Z. B. beim Walzenwechsel kommt es auf Millimeterarbeit an, wenn wir die Walzen aufsetzen. Das Dilemma ist, daß wir Kranführer immer noch keinen Facharbeiterlohn haben. Auf den Werften zum Beispiel kriegen die Arbeiter nach fünf Jahren Facharbeiterlohn.

Klausurtagung des IG-Metall-Vorstandes

In der letzten Woche hat die IG-Metall-Führung in St.Blasien in Klausur getagt und vorbereitet, wie der Lohnkampf der Metallarbeiter geschwächt werden kann. So ließ sie verbreiten: „Die IG Metall will in Zukunft Lohn- und Gehaltsverbesserungen durch Tarifverträge zur Sicherung und Erweiterung des ‚sozialen Besitzstandes' der Arbeiternehmer ergänzen.“ (Süddeutsche Zeitung, 4. September) Genaueres hat die IG-Metall-Führung über ihre Pläne nicht herausgelassen. Nach den bisherigen Verlautbarungen muß aber davon ausgegangen werden, daß mit „Sicherung und Erweiterung des sozialen Besitzstandes“ Tarifverträge über sogenannte vermögenswirksame Leistungen gemeint sind, über die gegenwärtig verhandelt wird. Der Kampf um Lohn kann auf jeden Fall nicht gemeint sein, wenn von „Besitz“ die Rede ist.

Schwetzingen / Schichtverlängerung abgewehrt. Kürzung des Weihnachtsgeldes. Der Plan der Geschäftsleitung von Pfaudler, die Frühschicht im Rohbau um zwei auf zehn Stunden zu verlängern, wurde verhindert. Das hätte bedeutet, daß die Arbeitszeit der Spätschicht um zwei Stunden in die Nacht, bis 1.15 Uhr verschoben worden wäre. Aufgrund der spontanen Empörung und Ablehnung dieses Plans durch die Arbeiter, sah sich der Betriebsrat gezwungen, ihn abzulehnen. Pfaudler gehört zur Sybron Corporation, USA. Laut eigenen Angaben erwartet sie dieses Jahr ein Profit-Spitzenergebnß.

Schon jetzt, Ende August, gab die Geschäftsleitung bekannt, daß das Weihnachtsgeld von bisher 75 auf die tariflichen höchstens 40 Prozent gekürzt werden soll. Diese Kürzung bedeutet für die Arbeiter eine drastische Lohnsenkung. Umgerechnet auf den Monatslohn bleibt den Kollegen eine Lohnerhöhung in diesem Jahr von etwa 20 DM brutto. – (r., Schwetzingen)

Vier Betriebsräte bei HDW Kiel entlas-

Vier Betriebsräte bei HDW Kiel entlassen. Die Geschäftsleitung von HDW (Howaldt Deutsche Werft) hat in der letzten Woche drei Betriebsräte fristlos wegen „Hausfriedensbruch“ gekündigt. Einem vierten Betriebsrat, der schon im Juni wegen „Störung des Betriebsfriedens“ gekündigt worden war und der aufgrund einer einstweiligen Verfügung weiter als Betriebsrat im Werk tätig sein durfte, war der Zutritt untersagt worden, noch vor der Aufhebung der einstweiligen Verfügung. Die drei Betriebsräte hatten versucht, den ausgesperrten Betriebsrat mit auf die Werkt zu nehmen. Alle vier gehören zur Gruppe Roter Morgen (KPD/ML). Die SPD-DKP-Mehrheit im Betriebsrat hat den fristlosen Entlassungen zugestimmt. Trotz massiven Polizeieinsatzes, mit dem ein Auftreten der vier Betriebsräte im Betrieb verhindert werden sollte, berichteten sie auf Versammlungen auf dem Werftgelände über die Angriffe der Geschäftsleitung gegen die gewählten Vertreter der Belegschaft. – Die Betriebsräte hatten unter anderem die Hintergründe eines tödlichen Unfalls aufgedeckt, sie hatten die Einführung des Programmlohns abgelehnt, über den die verstärkte Ausbeutung der Arbeiter vorgesehen ist. Mit dem Angriff auf die vier Betriebsräte greift die Geschäftsleitung, die Rechte der Belegschaft an, sich zu organisieren, ihre Vertreter zu bestimmen und sie für ihre Interessen einzusetzen.

Urabstimmung Manteltarifvertrag Holz Nordwestdeutschland. Bis zum KVZ-Redaktionsschluß lag das Endergebnis noch nicht vor. In Hamburg haben 82 % der Belegschaft von Steinway für die Annahme der Manteltarifschlichtung gestimmt, 15 % stimmten nicht zu. In Oldenburg hatte der Vertrauensleutekörper von Hüppe Sanitärtechnik dazu aufgerufen, den Schlichtungsvorschlag, der weit hinter den Forderungen zurückblieb, abzulehnen. Dort haben 21 von etwa 65 Beschäftigten zugestimmt und 23 abgelehnt. Im Hüppe-Hauptwerk haben von 570 Organisierten 277 abgestimmt, 155 für Annahme und 122 dagegen.

VW: Umsatz um ein Fünftel gestiegen. Die Produktion des Konzerns wurde im ersten Halbjahr 1976 um 15 Prozent auf 1,138 Millionen Wagen gesteigert. Die Inlandsproduktion wurde um 25 Prozent auf 761 000 (608 000) erhöht. Die Kapitalisten haben die Ausbeutung der VW-Arbeiter enorm gesteigert: Im Inland wurden nur 2 000 Arbeiter und Angestellte mehr eingestellt, jetzt sind es 120 000. Die Zahl der Beschäftigten wurde um 1,7 Prozent erhöht. Im ersten Halbjahr 1975 entfielen 5,15 Autos auf einen Beschäftigten. Im ersten Halbjahr 1976 dagegen 6,34 Autos, das sind 23,1 Prozent mehr.

Kreditausweitung. Die Industriebank, die Kredite an kleinere und mittlere Betriebe gibt, hat die Kreditsumme im Geschäftsjahr 1975/76 um 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht. Diese Kredite wurden nicht für Investitionen genommen, sondern in erster Linie, um Schulden zu bezahlen. In den ersten fünf Monaten im Geschäftsjahr 1976/77 sind die neuen Kreditzusagen um 10,1 Prozent höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtet (3.9.76): „Der Vorstand vermag noch keine Investitionsfreudigkeit bei der Kundschaft zu spüren. Die Wirtschaft verharre noch im Wartestand.“ Entgegen allem Gerede der SPD/FDP-Regierung von „der Aufschwung läuft“ ist der tatsächliche Verlauf richtig als faulende Stagnation des Kapitals zu verstehen.

Delmenhorst / Streik gegen erhöhte Arbeitshetze. Am 2.9. streikten 40 Arbeiter aus der Spulerei der Vereinigten Kammgarnspinnerei in Delmenhorst. Der Streik ging über 3 Schichten bis zum 3.9. Bereits am 20.8. hatte dieselbe Abteilung für fünfeinhalb Stunden gestanden. Der Anlaß: Die Kapitalisten wollen mit der Einführung neuer Maschinerie gleichzeitig die Arbeitshetze erhöhen. Ein Arbeiter sollte statt bisher 1 Maschine jetzt 2 Maschinen bedienen. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung und Betriebsrat handelten, wie schon nach dem ersten Streik, jetzt erneut eine Probezeit von 2 Wochen aus. Danach sollen neue Arbeitszeitberechnungen angestellt werden. Die Geschäftsleitung meinte: „Die Mißverständnisse sind vollkommen ausgeräumt." Einer der Streikenden dagegen: „Wenn wir nach dieser Zeit immer noch 2 Maschinen bedienen sollen, streiken wir wieder!"

Delmenhorst: Müllwerker streikten gegen Entlassungsdrohung. Die Delmenhorster Müllwerker der Firma Hadeler geben seit 1972 selbständig eine Betriebszeitung heraus. In der diesjährigen Ausgabe im August wandte sich ein Arbeiter gegen einzelne Müllwerker, die den anderen hinterherspionieren, um sie anzuschwärzen. Er drohte diesen Arbeitern mit einer Tracht Prügel. Als der Kapitalist den Arbeiter wegen „Störung des Betriebsfriedens" in Urlaub schickte und so eine Entlassung einleiten wollte, streikten etwa 20 Müllarbeiter eineinhalb Stunden mit der Forderung: Rücknahme der Beurlaubung! Sie waren der Meinung, daß ihre Zeitung keiner Zensur unterworfen werden dürfe. Am nächsten Tag erhielten die Arbeiter, die gestreikt hatten, eine schriftliche Mahnung. Als zusätzliche Drohung erschien im „Delmenhorster Kreisblatt" eine ungewöhnlich große Stellenanzeige der Firma. Der Kapitalist sah sich aber gezwungen, die Forderung der Streikenden zu erfüllen. Die Beurlaubung wurde zurückgezogen. Der Arbeiter wird nicht entlassen.

Sperrzeiten für Arbeitslose. Die Sperrzeiten für Arbeitslose, die schon lange keine Arbeit mehr haben und von der Arbeitslosenhilfe sich durchschlagen müssen, nehmen drastisch zu. Von 252 Fällen im Januar 1975, denen die Arbeitslosenhilfe gesperrt wurde, auf 1281 im Juni 1976. Es wächst die Zahl der Arbeiter, die vollständig ins Elend gestoßen werden. Die Zahl der arbeitslosen Männer und Frauen, die Arbeitslosengeld bekommen, ging von Januar 1976 auf Juni 1976 um 39,1 % zurück. Die Zahl der Arbeitslosen lag nur um 31,8 % niedriger als im Winter. Überhaupt keine Zahlung an Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Unterhaltsgeld bekamen im Januar 23,7 % der Arbeitslosen, im Juni 1976 schon 25,6 %. (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 8/1976)

ging von Januar 1976 auf Juni 1976 um 39,1 % zurück. Die Zahl der Arbeitslosen lag nur um 31,8 % niedriger als im Winter. Überhaupt keine Zahlung an Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Unterhaltsgeld bekamen im Januar 23,7 % der Arbeitslosen, im Juni 1976 schon 25,6 %. (Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 8/1976)

Mehr arbeitslose Frauen als arbeitslose Männer. Ende August wurden 465000 arbeitslose Männer und 474000 arbeitslose Frauen von der offiziellen Statistik gezählt. Die Frauen, die 1974 unter den Lohnabhängigen 35,1 % ausmachten, stellen unter den Arbeitslosen 50,5 %. Nicht mitgezählt sind diejenigen Frauen, die während der Konjunktur in Fabriken und Büros hineingerissen wurden, nach jahrelanger Arbeitslosigkeit aber heute keine Versicherungszahlungen mehr bekommen und die Arbeitssuche übers Arbeitsamt wegen Aussichtslosigkeit eingestellt haben. Die Frauen der Arbeiterklasse werden von den Kapitalisten als Teil der industriellen Reservearmee verfügbar gehalten. Nachdem die Löhne der Männer so weit gedrückt worden sind, daß Frauenarbeit zum Unterhalt der Familie unentbehrlich wurde, bedeutet jetzt die erzwungene Arbeitslosigkeit von fast 500000 Frauen einen tiefen Einschnitt in das Lebensniveau der Arbeiterklasse.

Bremen: Betriebskindergarten soll geschlossen werden. Zum Jahresende will die Betriebsleitung der HAG AG den Betriebskindergarten schließen. Begründung: Es seien nicht mehr genug Kinder im Kindergarten. Noch vor einigen Jahren hat HAG weibliche Arbeitskräfte angeworben mit dem Kindergarten. Im letzten Jahr war sogar versprochen worden, zusätzlich einen Hort für schulpflichtige Kinder einzurichten. Eine ganze Reihe von Arbeiterinnen haben daraufhin ihre Kinder in Oslebshausen eingeschult (dort befindet sich der Kindergarten), obwohl sie in ganz anderen Stadtteilen wohnen.

Nun ermöglicht es das große Arbeitslosenheer den HAG-Kapitalisten, den Kindergarten zu schließen. Für sie bringt er ja nur Kosten, die den Profit schmälern. Genügend Frauen sind gezwungen, bei HAG zu arbeiten – auch ohne Kindergarten.

Bisher sind 20 Kinder im Kindergarten, also keineswegs „nicht mehr genug". Daher wendet die Geschäftsleitung folgenden Trick an: Der Kindergarten wird erst ab 7.30 Uhr geöffnet. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, die früher anfangen müssen, haben also keine Gelegenheit, ihre Kinder in den Kindergarten zu bringen. Vor längerer Zeit schon wurde von den Kollegen vorgeschlagen, den Kindergarten ab 6 Uhr zu öffnen. Dieser Vorschlag stieß bei der Geschäftsleitung auf taube Ohren. (Nach: HAG-Nachrichten, Betriebszeitung des KBW)

19. bis 25. September:

IG-Chemie-Gewerkschaftstag 1976

Vom 19. bis 25. September findet in Hamburg der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie statt. Für die Arbeiterklasse sind Gewerkschaftstage immer von Bedeutung. Politische Linie der Gewerkschaftsorganisation und Kampfaufgaben gegen die Kapitalisten werden für die nächsten Jahre festgelegt. Um diese Linie gibt es Kampf.

Die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften versuchen durchweg, die Gewerkschaftstage als intime Familienfeiern der Klassenversöhnung zu handhaben. Der Hauptvorstand der IG Chemie will diesen Gewerkschaftstag dazu nutzen, die Arbeiter in der Chemischen Industrie den Interessen der Chemiekonzerne zu unterwerfen, indem er die Gewerkschaftspolitik nach den Expansionsbestrebungen des westdeutschen Kapitals ausrichtet, deren Grundlage die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben ist. Eine solche Poliik verfolgt der Hauptvorstand schon seit Jahren.

Der Gewerkschaftstag soll dem Hauptvorstand dazu dienen, die Legitimation für diese Politik zu holen und für die nächsten Jahre zu festigen. Deutlich wird das in den öffentlichen Erklärungen des Hauptvorstandes an die bürgerliche Presse, wo die Erfolge insbesondere seiner Tarifpolitik gepriesen werden, sowie in einigen Anträgen des Hauptvorstandes an den Gewerkschaftstag.

Demgegenüber stehen die Interessen der Arbeiter und organisierten Gewerkschaftsmitglieder in der Chemischen Industrie. Zwar sind bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen in den Gewerkschaften Anträge an den Gewerkschaftstag meist verzerrter Ausdruck der tatsächlichen Verschärfung des Klassengegensatzes zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, aber sie spiegeln diesen Gegensatz und seine Bewegung doch deutlich wider.

So sind aus den Betrieben und Verwaltungsstellen mehrere Anträge zu sozialen und politischen Rechten der Arbeiter, die gebraucht werden, um wirksam gegen Kapital und Staat zu kämpfen, an den Gewerkschaftstag gestellt worden. Die KVZ hat in den letzten Wochen regelmäßig solche Anträge in der Meldungsspalte abgedruckt.

Die Lage in den Betrieben ist äußerst gespannt. Die Kapitalisten in der Chemischen Industrie, insbesondere der großen Konzerne BASF, Bayer und Hoechst, haben ihre Profite gesteigert und die Ausbeutung der Arbeiter verschärft.

Erst jetzt hat der BASF-Konzern in seiner Werkszeitung „BASF Intern" im Werk Ludwigshafen über die Riesenprofite gejubelt. Die BASF hat nach dem Blatt im letzten halben Jahr um 117 % den Profit gesteigert. Auch ist ersichtlich, wie dieser Profit erzielt wurde. Verstärkter Produktionsausstoß bei weniger Arbeitern, ein Belegschaftsabbau von 2,2 %. Rationalisierung und Steigerung der Arbeitshetze, gleichzeitig werden vom Lohn systematisch Bestandteile gestrichen. Das führt unvermeidlich zum Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Und es führt zum Kampf um die Gewerkschaften.

Die letzte Tarifrunde ist noch nicht lange her. Während aus den Belegschaften für die Erhöhung des Reallohns eingetreten wurde, Protestaktionen und Streiks durchgeführt wurden, hat der sozialdemokratische Vorstand unter Hauenschilds Führung erklärt, daß man nicht „die Aufwärtsentwicklung gefährden" dürfe und auch nicht die Konkurrenzbedingungen „unserer" Chemischen Industrie, wenn auch der Lohn abgebaut wird und rationalisiert wird. (vgl. Kommunismus und Klassenkampf 3/76) So war dann auch der Abschluß, und auf dieser Linie haben die Kapitalisten in den Betrieben gewirkt. Die Zahlen der großen Konzerne sind ein Beweis dazu.

Die Anträge des Hauptvorstandes sind, wenn man die Kernaussage nimmt, genau auf diese Interessen des Chemiekapitals, nämlich die Ausbeutung zu steigern, um ihre expansiven Ziele durchzusetzen, ausgerichtet.

Man muß die wichtigsten nehmen. Der Antrag 216 umschreibt lang und breit, daß die Arbeitswelt humanisiert und die Arbeitsplätze sicher werden müssen. Schaut man genau hin, so sieht man gleich, daß entweder gerade die Methoden tariflich verankert werden sollen, die das Chemiekapital zur besseren Schweißauspressung der Arbeiter in den letzten Jahren oder Monaten durchgeführt hat, oder daß man sich um konkrete Festlegungen herumdreht, die die Kampfbedingungen der Arbeiter verbessern würden.

So heißt es im Antrag 216 zur Schichtarbeit: „Verkürzung der Schichtarbeitszeiten durch die Einführung einer zusätzlichen Schicht unter Einhaltung des Besitzstandes." Hier handelt es sich um eine Maßnahme, die die Chemiekapitalisten zur verschärften Ausbeutung in den Betrieben einführen, die vierte Schicht. Die Arbeit wird intensiviert, die Maschinen sollen durchgehend lauen, während gleichzeitig der Lohn abgebaut wird. Die KVZ hat vor kurzem über diese Methoden genauer berichtet anhand der Entwicklung bei Röhm Darmstadt und über den Widerstand der Arbeiter dagegen. (KVZ Nr. 26)

Im gleichen Antrag wird zur Verkürzung des Arbeitstages vollkommen unverbindlich Stellung genommen: „Eine weitere Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, wobei auf Sicht gesehen die 35-Stunden-Woche anzustreben ist." Man sieht schnell, daß es Kampf in der Gewerkschaftsbewegung gegen solche sozialdemokratischen Positionen gibt, wenn man den Antrag Nr. 227 der Vertrauensleute von Merck Darmstadt dagegen liest, wo gefordert wird, daß der Gewerkschaftstag beschließen möge: „Alle Gremien innerhalb der IG Chemie Papier Keramik und des DGBs werden aufgefordert, sich für die Forderung: 35-Stunden-Woche, 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich einzusetzen und Aktivitäten zu deren Durchsetzung einzuleiten."

Der Antrag Nr. 209 vom Hauptvorstand fordert zur künftigen Gestalt von Lohn und Gehalt die Abschaffung des Stundenlohns und Einführung des Monatslohns, auf Grundlage der Analytischen Arbeitsplatzbewertung oder wie es in der Begründung des Vorstandes heißt: „Nötig ist die Beurteilung der Arbeitsfunktionen (Arbeitsaufgabe und Arbeitswelt)." Der Monatslohn auf Grundlage der Analytischen Arbeitsplatzbewertung ist ein besonders übler Versuch der Chemiekapitalisten, die Arbeiter untereinander aufzusplittern und gegeneinander auszuspielen, um die Ausbeutung insgesamt zu steigern und den Lohn zu senken. Bei den Farbwerken Hoechst ist dieses System schon seit Jahren eingeführt. (vgl. KVZ Nr. 30)

Der Hauptvorstand hat seine Anträge deutlich an den Interessen und Absichten der Chemiekapitalisten, insbesondere der großen Konzerne, ausgerichtet. Der IG Chemie-Hauptvorstand wird auf dem Gewerkschaftstag versuchen, mit Hilfe der Antragskommission und seines Hauptreferates die fortschrittlichen Anträge aus den Betrieben vom Tisch zu bekommen, jede weitere konkrete Festlegung zu verhindern und seine Politik fortzusetzen.

Verhindern wird eine solche Politik nicht, daß die Arbeiter und Angestellten an den aus den Betrieben an den Gewerkschaftstag gestellten Forderungen wie gegen die Akkordarbeit im Jugendarbeitsschutzgesetz, nach ersatzloser Streichung des § 218, nach Forderungen zur Unterstützung der Arbeiterklasse in Spanien und Chile festhalten werden, um sie durchzusetzen. Diese Forderungen sind Resultat der Entwicklung des Klassenkampfes. – (jk)

BASF: Profite im letzten Halbjahr um 117 Prozent gesteigert

Die Zulagen wurden gestrichen und die Arbeitshetze gesteigert

Ludwigshafen. In der BASF gibt es ein umfangreiches System nicht tarif- gen. Über die Höhe dieser Zulage gibt es keinerlei Bestimmungen in den Be- mie erhalten, bekommen eine „Betriebsprämie". Die Betriebsprämie be- Zuschlag zum Kurzarbeitergeld bis 95 % vom Nettolohn zahlten. Bereits

BASF: Profite im letzten Halbjahr um 117 Prozent gesteigert

Die Zulagen wurden gestrichen und die Arbeitshetze gesteigert

Ludwigshafen. In der BASF gibt es ein umfangreiches System nicht tariflich abgesicherter Lohnbestandteile. Es gibt den Kapitalisten ein umfangreiches Instrument der Spaltung in die Hand. Und es ermöglicht ihnen, durch Streichung und Senkung der Zulagen, den Lohn abzubauen. So liegt zwar der Effektivlohn durch Zulagen und Prämien bei der BASF (wie auch bei Bayer und Hoechst) über dem Durchschnitt der Chemiearbeiter in der Bundesrepublik. (1974 BASF 15 %, bei den Angestellten 10 %) Die Einstufung in Lohngruppen ist äußerst niedrig. Tariflich nicht abgesichert bedeuten die Zulagen in den Händen der Kapitalisten ein gewaltiges Druckmittel. 1974 waren über die Hälfte der Arbeiter in der BASF in Lohngruppe I und II, 28,1 % in Lohngruppe III und 10 % in Lohngruppe IV und V.

Abbau der wandelbaren Sonderzulagen

Zu ihrem Gehalt erhalten die Angestellten die wandelbaren Sonderzulagen. Über die Höhe dieser Zulage gibt es keinerlei Bestimmungen in den Betriebsvereinbarungen. Die ungefähre Höhe legen die Kapitalisten fest. So haben sie für dieses Jahr festgelegt: Nicht einmal 3/4 der Angestellten soll überhaupt eine Erhöhung erhalten. Für die übrigen sind in den Tarifgruppen T 1 bis T 3 30.- bis 70.- DM, für T 4 und T 5 50.- bis 100.- DM vorgesehen.

Unter denen, welche nichts von der Erhöhung sehen, sind alle, die in dieser Zeit einen Alterssprung machen.

Ein Beispiel:

T2 nach Vollendung 21. Lebensjahr 1526.- plus wandelbare Sonderzulage: 360.- gleich 1886 DM

T2 nach Vollendung 23. Lebensjahr 1717.- plus wandelbare Sonderzulage: 210.- gleich 1927 DM

Kürzung: 150 DM im Monat. Die Kapitalisten sollen nach Aussagen von Betriebsräten festgelegt haben, daß bei Alterssprüngen die Sonderzulage gekürzt wird und nur 40 DM insgesamt mehr gezahlt werden.

Die Arbeiter, die keine Akkordprämie erhalten, bekommen eine „*Betriebsprämie*". Die Betriebsprämie beträgt zwischen 10 % und 30 % des Grundlohns. Ihre Höhe richtet sich nach der Leistung.

Kürzung der leistungsabhängigen Prämie

Eine weitere Prämie, die „*leistungsabhängige Prämie*", ist abhängig von der Erhöhung der „Mengenleistung, besserer Nutzung der betrieblichen Anlagen". (Aus Betriebsvereinbarung). Die leistungsabhängige Prämie fällt weg bei Produktionsrückgang und Umsetzung in einen anderen Betrieb.

Auch dieses Mittel nutzen die BASF-Kapitalisten gegenwärtig aus: Im Bau C 200 der Leder-Farbenfabrik sind die „leistungsabhängigen Prämien" um 5 bis 7 % gesenkt worden.

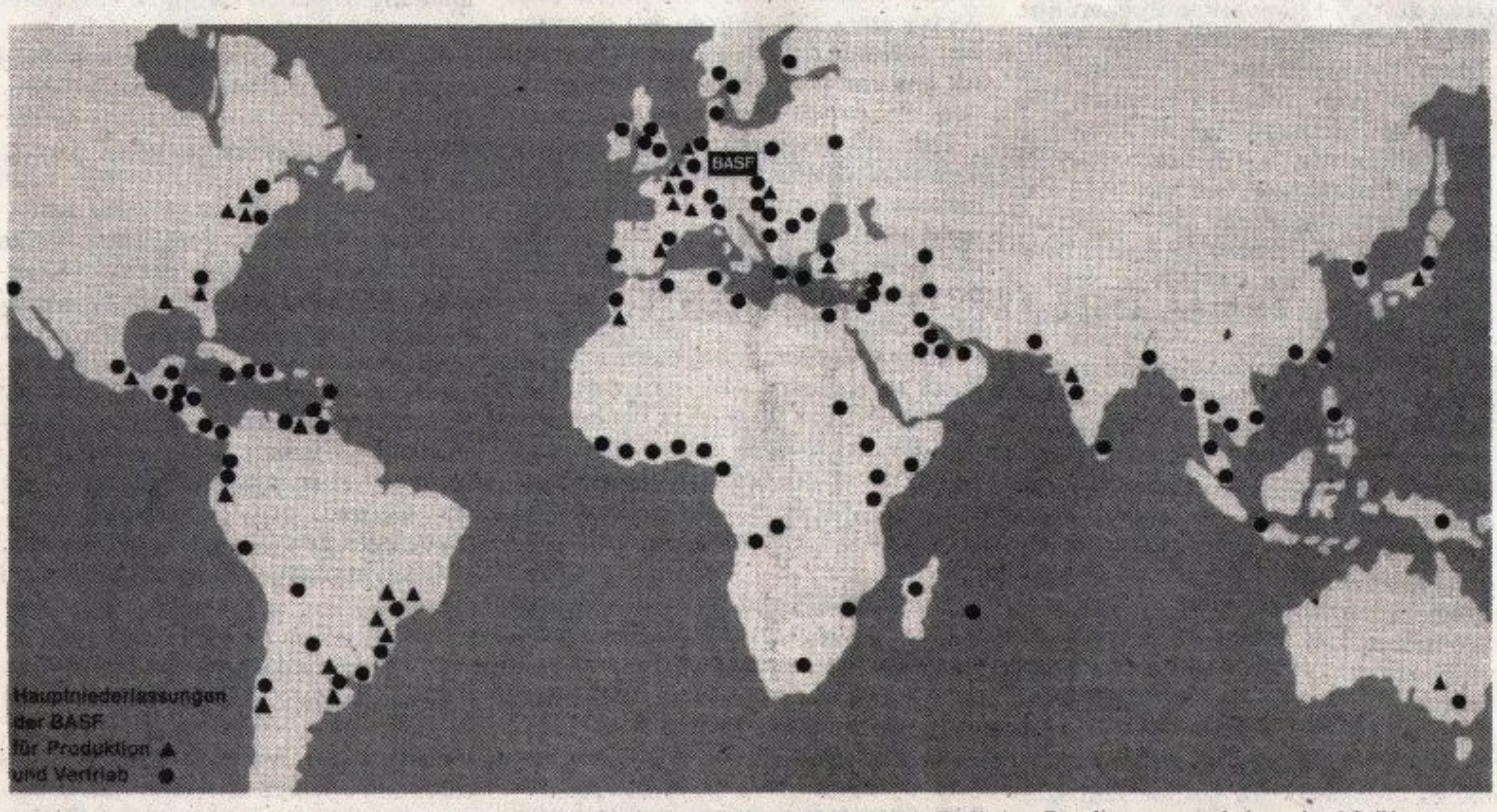
Im letzten Jahr wurde ab 1. August bzw. 1. September kurzgearbeitet bis Ende Dezember. Betroffen waren zeitweise bis zu 4000 BASF-Arbeiter, hauptsächlich aus der Farben-Produktion. Damals gingen die BASF-Kapitalisten damit hausieren, daß sie einen Zuschlag zum Kurzarbeitergeld bis 95 % vom Nettolohn zahlten. Bereits Ende 1974 aber wurde „die leistungsabhängige Prämie" um 20 % gekürzt. Das bedeutete bis zu 300 DM weniger im Monat. (Siehe KVZ 28/75) Gegenüber 1974 wurde Ende 1975 die Jahresendprämie von 170 % auf 125 % gekürzt, gerechnet vom letzten Bruttolohn oder -gehalt. Bereits im Juni 1975 war gegenüber 1974 die Belegschaft um 800 verkleinert worden. Insgesamt haben die BASF-Kapitalisten durch Nichtbesetzung von Abgängen, durch 900 Frühberentungen und Entlassung von Fremdfirmenarbeitern die Belegschaft um 3000 verringert, davon etwa 1500 Fremdfirmenarbeiter. Vor allem ausländische Arbeiter wurden durch Verweigerung von weiteren Aufenthaltsgenehmigungen zum Gehen gezwungen und werden in den BASF-Statistiken als „natürliche Abgänge" geführt.

Die BASF-Kapitalisten nutzten die Kurzarbeit zur Intensivierung der Arbeit

Mit dieser abgebauten Belegschaft haben die BASF-Kapitalisten die Auslastung der Kapazitäten von durchschnittlich 68 % während der Kurzarbeit auf über 90 % im ersten Halbjahr 1976 hochgeschraubt.

Zur Aufrechterhaltung der meist vollkontinuierlich arbeitenden Anlagen sind die Rohrschlosser als Reparaturarbeiter sehr wichtig. Sie gehörten, wenn sie bei Fremdfirmen arbeiteten, zu den ersten, die entlassen wurden. Noch heute gibt es Einstellungsstopp für gelernte Handwerker. Die Arbeitshetze wurde jetzt, wo die Maschinen stärker genutzt und schneller verschlissen werden, derart verschärft für die Rohrschlosser, daß sie heute kaum mehr rum kommen mit ihrem Akkord, nur die alten erfahrenen Arbeiter schaffen ihn gerade, während sie vor 2 Jahren am Monatsende einen Teil Gutstunden in der Tasche hatten.

In den 300 Produktionsbetrieben sind die Schichten im allgemeinen unterbesetzt. So ist es kein Einzelfall, wenn, wie in der Kauritfabrik in R 410, die Schicht, beginnend seit der 66er Krise, um die Hälfte abgebaut ist (von 13 auf 6). – (Zelle BASF)



BASF-Kapitalisten drängen verstärkt auf den Weltmarkt, um höchstmögliche Profite zu erzielen. In 20 überseeischen Ländern beutet die BASF in siebzig eigenen Produktionsstätten etwa 20 000 Arbeiter und Angestellte aus. Trotz Umsatzrückgangs 1975 in Europa steigerten die BASF-Kapitalisten den Umsatz in Übersee um 8 Prozent, der Umsatz mit Produkten aus lateinamerikanischen Fabriken wurde um 23 Prozent gesteigert.

GEW-Mitgliederversammlung Bezirksverband Frankfurt fordert:

Kampf gegen Dienstherrn / Rücknahme des GEW-Ausschlusses Westberlin Für außerordentliche GEW-Bundesvertreterversammlung

Frankfurt. Über 500 Lehrer aus Frankfurt und umliegenden Kreisverbänden der GEW wären am 6. September ins Gewerkschaftshaus gekommen, um in einer Protestversammlung gegen Arbeitszeitverlängerung und Zweidrittelstellen ihren Willen zur Einleitung von Urabstimmung und Streik zum Ausdruck zu bringen. Grußadressen und Berichte von Delegationen aus den GEW-Kreisen Offenbach-Stadt, Offenbach-Land, Großgerau, Rodgau und Gesamtschule Raunheim und von dem Geschäftsführenden Vorsitzenden des Bezirksverbandes Wiesbaden zeigten: „Arbeitszeitverlängerung und Kurzarbeitsverträge sind nicht hinzunehmen. Wir sind bereit, für unsere Forderungen zu kämpfen. Es gilt jetzt, den entscheidenden Schritt vorwärts zu tun zur Durchsetzung unserer Forderungen: Streik." Dies wurde in der einstimmig gefaßten Resolution an den am kommenden Donnerstag zur Streikfrage tagenden Hauptausschuß der GEW in Hessen bekräftigt.

In einer weiteren Resolution wandte sich die Versammlung scharf gegen die Verzögerungs- und Verschleppungstaktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, die jetzt sogar erwägt, für 86 000 DM durch das Infas-Meinungsforschungsinstitut die Kampfbereitschaft der Lehrer ermitteln zu wollen, anstatt die Urabstimmung mit einer breiten Mobilisierung der Mitglieder einzuleiten.

Der Streik wird vorbereitet, indem jetzt erste Aktionen gemacht werden. Lehrer vom Abendgymnasium Neu-Isenburg und Frankfurt berichteten von ihrem fünfzehnminütigen Warnstreik auf Beschluß der Personalversammlung. An der Helmholtz-Schule, wo nur 25 Prozent der Lehrer in der GEW, aber 40 Prozent im spalterischen Philologenverband organisiert sind, konnte einstimmig auf einer Personalversammlung am Montag ein Beschluß gefaßt werden, in den nächsten Tagen eine Pausenversammlung auf dem Schulhof durchzuführen. In Dietzenbach weigerte sich das Lehrerkollegium durch Konferenzbeschluß schon zweimal, eine Arbeitszeitverlängerung hinzunehmen. Der Schulleiter mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Auf der Versammlung wurde in mehreren Beiträgen deutlich, daß die Angriffe des staatlichen Dienstherrn auf die Lehrer Teil der Angriffe auf alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind, Teil des Lohnraubs, der Rationalisierung und der politischen Entrechtung.

Gemeinsam mit ÖTV, Bahn- und Postgewerkschaft muß dieser Angriff zurückgeschlagen werden. Großen Beifall fand deshalb die Erklärung eines Offenbacher GEW-Kreisvorstandsmitglieds, daß bei den nächsten unvermeidlich anstehenden großen Auseinandersetzungen um die Löhne die Lehrer unbedingt an der Seite der Postler und der ÖTV auf die Straße gehen müssen.

Schon heute muß man diese Verbindung zwischen den Gewerkschaften im öffentlichen Dienst herstellen. So hat der Kreisbeamtenausschuß des DGB Offenbach einen Beschluß gegen die Zweidrittel-Lehrerstellen gefaßt.

Außerordentliche Bundesversammlung! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Eng ist der Zusammenhang zwischen der Streiksabotage durch die SPD-Führung im GEW-Vorstand und ihrer Gewerkschaftsausschlußpolitik mittels der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB.

Derselbe Frister, GEW-Bundesvorsitzender, der den gesamten Landesverband Westberlin der GEW ausschloß, betreibt eine Spalterpolitik gegen die Interessen der Lehrer, wenn er erklärt, daß ein Lehrerstreik vor den Bundestagswahlen in einem SPD-regierten Land nicht in Frage kommt.

Die 280 am Ende der Versammlung Anwesenden verabschiedeten bei einer Gegenstimme einen schon zu Beginn unter Beifall aller verlesenen Brief an den Hauptvorstand mit den Forderungen nach Rücknahme des Ausschlusses des Westberliner Landesverbandes, sofortiger Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung der GEW zur Beseitigung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Die Einheit auf der Grundlage des Klassenkampfes gegen den Dienstherrn herzustellen gelingt nur, wenn die spalterischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse beseitigt werden. – (w., Frankfurt)

Berichtigung

Zum Artikel „Ausschluß des GEW-Landesverbands Westberlin", KVZ Nr. 35, Seite 4

Bei der Fertigstellung der KVZ Nr. 35 ist es in dem Artikel „Eine windige Behördenintrige" auf der Seite 4 zu einem Umbruchfehler gekommen, wodurch die Stoßrichtung des Aufsatzes verfälscht wurde.

In Spalte 2, unter der Zwischenüberschrift „Die bürgerliche Presse schreibt" endet die Presseübersicht mit dem Satz: „Doch die Linken wollten keinen Kompromiß."

Im Text geht es dann weiter: „Das ist ein klares Wort zu rechten Zeiten. Die Bourgeoisie empfiehlt dem windigen Erich die Flucht nach vorn ..." Sodann wird im Text bezug auf ein Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" genommen, das nicht im Text steht. Im folgenden den unverstümmelten Text:

... Doch die Linken wollten keinen Kompromiß.

Die „Frankfurter Rundschau" beklagt: „Berliner GEW verliert Mitgliedschaft im DGB". Über die entscheidende Abstimmung heißt es im Text: „Diese Ablehnung bedauerte die GEW. ‚Es ist politisch eine kurzsichtige Taktik', erklärte der GEW-Sprecher Frank von Auer, ‚wenn 109 Delegierte ihr eigenes politisches Süppchen auf Kosten der 12 000 Mitglieder kochen und damit die Mitgliedschaft im DGB aufs Spiel setzen.' Auer übte an der ‚elitären Politik' dieser Delegierten heftige Kritik, die offensichtlich die ‚historische Dimension' aus den Augen verloren hätten." Trau schau wem, nicht nur das Bedauern der Bourgeoisie, sondern auch noch heftige Kritik des Uradels haben sich die Revolutionäre eingehandelt. Wer hätte das gedacht.

Einzig die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" bewahrt reaktionäre Übersicht und gibt eine taktische Richtung aus. „Die Berliner Entwicklung zeigt, daß es im Interesse der Lehrergewerkschaft selbst liegen muß, klar zu sagen, wo die Scheidelinie liegt – und nicht nur das: sie vielmehr durch Mitgliederausschlüsse auch einzuhalten, damit es nicht erst zum Ausschluß einer ganzen Sektion kommen muß. Es gibt genügend Landes- und Bezirksverbände, wo solches not täte."

Das ist ein klares Wort zur rechten Zeit. Die Bourgeoisie empfiehlt dem windigen Erich die Flucht nach vorne. Ob die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" ...

Frankfurt / Lehrer-Warnstreik gegen Arbeitszeitverlängerung und 2/3 Stellen. Einen viertelstündigen Warnstreik gegen Arbeitszeitverlängerung und 2/3 Stellen führten die Lehrer der Abendgymnasien Frankfurt und Neu-Isenburg durch. Die Beschlüsse dazu wurden auf der Personalversammlung gefaßt. Unter diesen Lehrern hat die Verwirrtaktik des hessischen Kultusministers nicht gegriffen, durch widersprüchliche Durchführungsbestimmungen der Verordnung über die Arbeitszeitverlängerung die Spaltung in die Front gegen die Arbeitszeitverlängerung zu tragen. (Vgl. KVZ 34/35) Die Verordnung über die Arbeitszeitverlängerung ist rechtsgültig, die im Erlaß vom 9.8.76 geforderte sofortige Durchführung von Abordnungen und Mehrarbeit ist nur ausgesetzt. Das heißt: Solange die Verordnung in Kraft und die 2/3 Lehrer nicht unbefristet in volle Stellen eingesetzt sind, halten wir an unseren Forderungen fest und organisieren die Streikvorbereitungen. Dieser Schritt hat große Bedeutung, ist es doch so, daß der Staat den Beamten das Streikrecht generell abspricht. Er zeigt, die Lehrer meinen es ernst: Sie halten an ihren Forderungen fest. Sie wissen, man wird diese nur mit Streik durchsetzen können. Sie wissen auch, daß alle Kräfte angestrengt werden müssen, denn jede Schwäche auf der Seite der Lehrer ist nur das Signal für weitere Angriffe des Dienstherrn. Deshalb wollen die Kollegen an diesen Schulen alles dafür tun, um den Lehrerstreik in der Gewerkschaft durchzusetzen. Diesem Zweck diente auch der Warnstreik.

Gießen / Lehrer fordern Streik. Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Gießen Stadt fordert alle GEW-Mitglieder auf, ihre Kollegen durch Aktionen für Streik und Urabstimmung zu mobilisieren.

Proteste der Studienreferendare in Baden-Württemberg. Zu Beginn des Ausbildungsjahres im August 76 wurden von 1204 Referendaranwärtern 425 abgelehnt. Eine neue Prüfungsordnung verstärkt die Überwachung und Unterdrükkung. Auf Vereidigungsterminen der Studienreferendare wurden Protesterklärungen verabschiedet. In Freiburg wurde eine Protesterklärung gegen die Nichteinstellung verabschiedet. (KVZ 35) In Rottweil, wo zwei Referendare nicht vereidigt wurden aufgrund von politischen Überprüfungsmaßnahmen, wurde eine Resolution gegen den Schieß-Erlaß und für die sofortige Einstellung der beiden Referendare verabschiedet. In Heidelberg wurde eine Protesterklärung gegen die politische Entrechtung durch Schieß-Erlaß und Beamtenrecht angenommen auf der Einführungsveranstaltung der Kurssprecher, zu der über 50 Referendare erschienen waren. In Stuttgart verweigerten von ca. 190 ausgebildeten Referendaren 170 die Unterschrift unter eine Einwilligung in 2/3 Verträge. Gegen die 425 Ablehnungen protestierte der Sprecherrat Esslingen in einer Resolution. Die Landessprecherkonferenz der Studienreferendare verabschiedete am 28.8.76 eine Presseerklärung und beschloß, ein Aktionsprogramm zum Kampf gegen die neue Prüfungsordnung sowie gegen eine weitere Verschlechterung der Ausbildung und gegen die Lehrer-Arbeitslosigkeit auszuarbeiten. In der Presseerklärung wird die Einstellung aller Referendare gefordert und erklärt, daß der Kampf gegen die politischen Überprüfungen und gegen den Schieß-Erlaß weitergeführt wird.

Bremen / Veranstaltung zum KPD-Verbot. Zu einer vom Ausbildungspersonalrat Justiz veranstalteten Podiumsdiskussion „Geht das KPD-Verbot nur Kommunisten an?" kamen am 23. August 50 Besucher. Jusos und Sozialistisches Büro hatten abgesagt. Weil sie sich an einer Kampagne gegen das KPD-Verbot nicht beteiligten die einen, weil sie dazu noch keinen Standpunkt hätten die anderen. Es kamen: Vereinigung demokratischer Juristen, DKP, Jungdemokraten, Gruppe Arbeiterpolitik und KBW. Die ersten drei wollten den Kampf für die Durchsetzung des Grundgesetzes führen, gegen seine „Verfälscher". Der KBW-Vertreter griff das KPD-Verbot an als Fessel im Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes. Die Anwesenden verabschiedeten einstimmig eine Resolution, in der die Angriffe des Dienstherrn auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit am Wissenschaftlichen Institut für Schulpraxis und auf die Rechte des Ausbildungspersonalrates Lehrer verurteilt werden.

Hamburg / Tarifauseinandersetzung HBV – Buchhandel und Verlage: Streik in Buchhandlung. Einen einstündigen Warnstreik in der Form einer gemeinsamen Mittagspause führten am Dienstag, 31. August, die Angestellten der Buchhandlungen Frensch und Elmenhorst durch. Zuvor hängten sie ein Transparent aus dem Fenster: „Gewerkschaft HBV fordert: Wiederaufnahme der Verhandlungen auf der Basis 135 DM mehr für alle gleich!". Die Kapitalisten hatten am 18. August die Tarifverhandlungen „für beendet" erklärt. Kurz vor 12 Uhr wurde der Geschäftsleitung eine Erklärung übergeben, in der die Entschlossenheit bekräftigt wurde, gegen das Diktat der Kapitalisten vorzugehen. Mit Umhängeschildern und Flugblättern gingen die Buchhändler in die umliegenden Buchhandlungen. In zehn von elf Geschäften unterschrieben sämtliche Angestellten für die Forderung und für die Unterstützung der Aktion.

Beschlüsse: Gegen den Ausschluß der GEW Westberlin! Für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung!

Hamburg

GEW Hamburg: Forderungen nach einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung

Innerhalb von drei Tagen wurden über 600 Unterschriften für eine außerordentliche Landesvertreterversammlung der GEW in Hamburg gesammelt. (500 sind laut Satzung erforderlich.) Der Landesvorstand wird in dieser Woche bestätigen müssen, daß das höchste Beschlußgremium der Hamburger GEW am 27. September tagen wird. Bekannt geworden ist, daß bis zum 2. September in neun Betriebsgruppen und einer Kreisvertrauensleutekonferenz einstimmig die außerordentliche Bundesvertreterversammlung gefordert wurde.

In drei Kreisvertrauensleutekonferenzen gelang den Sozialdemokraten nur mit dem Argument „Alles ist noch unklar", die Vertagung der Beschlußfassung zu erreichen.

Westberlin

Die Betriebsgruppe der zehnten Grundschule in Kreuzberg fordert alle Gewerkschaftsgremien auf, den Putsch Fristers zu verurteilen, und daß eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung stattfindet, auf der die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen.

Bremen

Bremen. Die Betriebsgruppe der GEW am Gerhard-Rohlfs-Gymnasium fordert die am 16. September stattfindende Bremer Landesvertreterversammlung auf, sich für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung einzusetzen, um den Ausschluß des Westberliner Landesverbandes zurückzuweisen.

Niedersachsen

Beschluß des GEW-Kreisverbandes Varel (Oldenburg)

Mit Bestürzung hat der Vorstand des Kreisverbandes Varel der GEW zur Kenntnis genommen, daß der Hauptvorstand der GEW den gesamten Landesverband Westberlin, 13 000 Mitglieder, also fast ein Zehntel der gesamten Mitgliedschaft, aus der GEW ausgeschlossen hat. Er ist der Ansicht, daß ein solch schwerwiegender Schritt nicht vom Hauptvorstand in eigener Regie vorgenommen werden sollte. Er unterstützt daher die schon in zahlreichen Gremien der GEW erhobene Forderung nach einem außerordentlichen Bundeskongreß. Dieser Bundeskongreß muß sich außer mit dem Ausschluß des Landesverbandes Berlin auch mit den Ursachen dieser Konflikte auseinandersetzen. Es ging in Berlin um die Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Sie wurde nicht von der erforderlichen Anzahl der Delegierten befürwortet. Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Varel tritt dafür ein, daß der außerordentliche Bundeskongreß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse neu behandelt. Zumal jetzt auch der Kreisverband Varel von einem Ausschlußantrag gegen den Kollegen Gernot Koch betroffen ist.

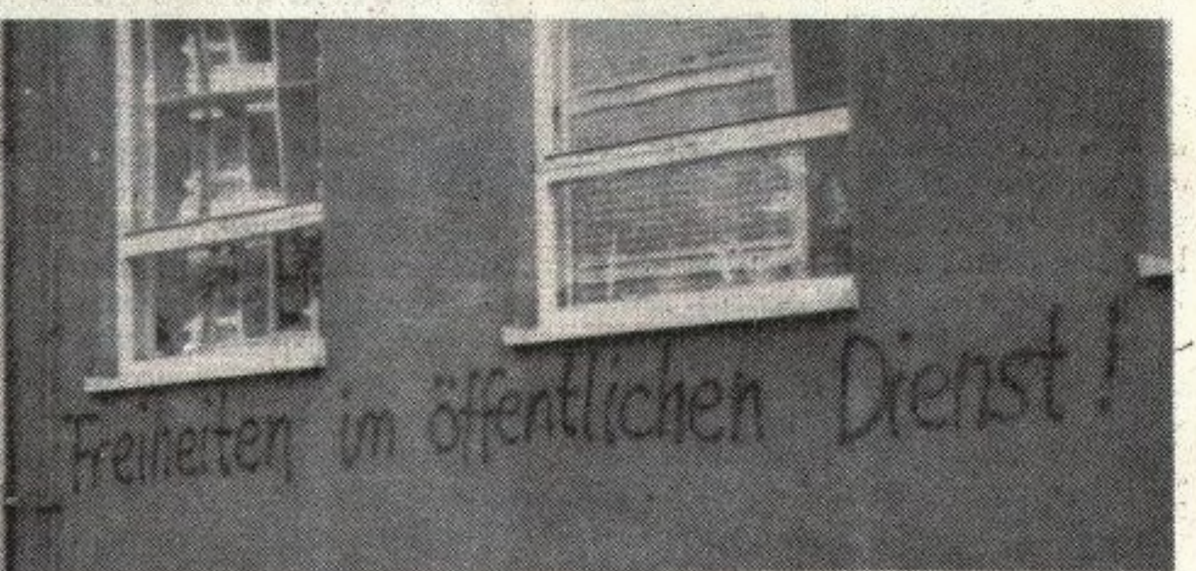
Erklärung in der GEW Osnabrück. Die Fachgruppe berufsbildende Schulen im Regionalverband der GEW Osnabrück Stadt verurteilt den Ausschluß des Landesverbandes Westberlin der GEW aus dem Bundesverband durch den Hauptvorstand. Wir fordern die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung, die über die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und über den Verbleib des Landesverbandes Westberlin in der GEW beschließen soll.

Wolfsburg. Die Aktionsgemeinschaft junger Lehrer und Erzieher verurteilt den Ausschluß der Westberliner GEW und fordert eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung, auf der die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen.

Baden-Württemberg

Mannheim. Der AjLE Mannheim protestiert gegen den Ausschluß des Landesverbandes Westberlin aus der GEW und fordert die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung. Er lehnt in dem Zusammenhang erneut aufs schärfste die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ab.





Frankfurt. Die hessische Landesregierung hat eine Änderung der Beamtengesetze über „Nebentätigkeiten" beschlossen, wonach jetzt gewerkschaftliche und politische Tätigkeiten meldepflichtig sind für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst. Der Personalrat der Universität (Kernbereich) Frankfurt hat einen Beschluß gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst gefaßt und gefordert: Ersatzlose Streichung der Bespitzelungsbestimmungen! Abschaffung des besonderen Dienstrechts für Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst! Für politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst! Diese Parolen sind jetzt an viele Wänden der Universität geschrieben worden. Bild: Chemisches Institut.

Einzelhandel Schleswig-Holstein

Weg mit dem staatlichen Lohndiktat!

Kiel. Klammheimlich hat am vergangenen Freitag der Tarifausschuß des Sozialministeriums von Schleswig-Holstein eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung beschlossen, nach der der im Juni zwischen DAG und Einzelhandelskapitalisten ausgehandelte Tarifvertrag für alle Beschäftigten, ob in der HBV organisiert oder unorganisiert, Gültigkeit besitzen soll.

Lohnraub ist der Kern dieses Abschlusses, weil er für die Masse der Lohnabhängigen 3,5 bis 5,2 Prozent mehr Lohn bringt. Das heißt 27 bis 30 DM und bedeutet eine Spaltung der Lohnabhängigen nach Berufsjahren. Dieser Anschlag des bürgerlichen Staates auf die Tarifautonomie stützt sich auf das Tarifvertragsgesetz vom 25. August 1969, in dem es heißt: „Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann einen Tarifvertrag im Einvernehmen mit einem aus je drei Vertretern bestehenden Ausschuß auf Antrag einer Tarifvertragspartei für allgemeinverbindlich erklären, wenn (...) zweitens die Allgemeinverbindlichkeitserklärung im öffentlichen Interesse geboten erscheint." (§ 5)

Und laut § 11 dieses Gesetzes kann der Bundesminister für Arbeit und Soziales Verordnungen zur Durchführung des Gesetzes erlassen, d.h. unter anderem die Geschäfte durch die Landessozialminister wahrnehmen lassen. Dieses ist in Schleswig-Holstein geschehen, wo am Freitag dieser Ausschuß getagt hat.

Die HBV hat bloß juristischen Widerspruch gegen das staatliche Lohndiktat eingelegt.

Die Kapitalisten und ihr Staat haben schon in den vergangenen Tarifrunden versucht, die Tarifautonomie und das Streikrecht anzugreifen. Diese Angriffe sind an der Kampfbereitschaft der Arbeiter gescheitert. Jetzt stützt sich die Bourgeoisie auf die Spalterorganisation DAG, denn die Allgemeinverbindlichkeitserklärung kann nur in Kraft treten, wenn bereits ein Abschluß vorliegt. Diesen Anschlag der Kapitalisten auf die Tarifautonomie muß die Arbeiterklasse entschieden bekämpfen. – (b., Kiel)

Hamburg

Berufsschüler streiken für Unterricht an zwei arbeitsfreien Tagen

Hamburg. Zu Beginn des neuen Schuljahres hat der SPD-Schulsenator Apel angeordnet, den Berufsschulunterricht von zwölf Stunden aufzuteilen auf einen Tag mit fünf und einen Tag mit sieben Schulstunden. Dadurch sind die Schüler verpflichtet, an einem Tag nach der Berufsschule nach fünf Stunden Unterricht wieder in den Betrieb zu gehen, um dem Kapitalisten für die Ausbeutung zur Verfügung zu stehen.

Gestützt hat sich diese „5/7-Regelung" auf das neue Jugendarbeitsschutzgesetz. Dort ist nicht die Forderung der Arbeiterjugend nach zwei arbeitsfreien Berufsschultagen enthalten, sondern die Bestimmung, daß nach fünf Zeitstunden (entspricht in Hamburg sechs Schulstunden zusätzlich den Pausen) die Pflicht, in den Betrieb zu gehen, entfällt.

Die „5/7-Regelung" ist sofort auf Gegenwehr gestoßen. Begonnen hat es mit dem Boykott der siebten Stunden durch eine Klasse der Handelsschule H 11. Dieser Boykott wurde sofort von anderen Klassen unterstützt und auch von einzelnen Schülern, die nicht von der Regelung betroffen sind, weil sie Blockunterricht haben.

Inzwischen ist an der H 11 der Boykott die dritte Woche organisiert worden. Das Lehrerkollegium hat sich gegen die Regelung ausgesprochen. Die Klasse 5M3 der Maschinenschlosser, die selbst Blockunterricht hat, hat sich mit dem Boykott solidarisiert, ebenso wie Jugendvertretungen, gewerkschaftliche Gremien wie z.B. die Mitgliederversammlung der HBV Fachgruppe Groß- und Außenhandel. Ja selbst auf einer Juso-Wahlveranstaltung wurde mehrheitlich – bei Enthaltung fast aller anwesenden Jusos – eine Solidaritätsresolution beschlossen, die von einem Lehrer eingebracht wurde.

Nach diesen Aktionen mußte auch die Hamburger Schülerkammer, in der die DKP- und SPD-Schüler die große Mehrheit haben, diesen Kampf unterstützen und hatte zu einer Boykottwoche aufgerufen. Auch der DGB organisierte eine Unterschriftensammlung gegen die „5/7-Regelung". Nicht jedoch, ohne gleichzeitig die Forderung „für Blockunterricht" mit unterschreiben zu lassen.

Sowohl die Schülerkammer als auch der DGB gehen davon aus, daß man im Kampf auf das Jugendarbeitsschutzgesetz stützen kann, und klagen die Kapitalisten an wegen „Unterlaufens des Jugendarbeitsschutzgesetzes".

Der Kampf gegen die „5/7-Regelung" trifft deshalb auf eine solch breite Unterstützung, weil er sich direkt gegen einen Angriff der Kapitalistenklasse richtet, die die Jugend einen weiteren Nachmittag ausbeuten will im Sinne des Höchstprofites. Es gibt überhaupt keinen anderen Grund für die Aufteilung des zwölfstündigen Unterrichts auf fünf und sieben Stunden. Nicht einmal bürgerliche Liberale behaupten, daß man nachmittags nach der Schule im Betrieb noch was lernen kann. Dies behaupten nur die Mitglieder der Jungen Union und sind dabei völlig isoliert.

Nachdem sich der Kampf der Schüler in der von der Schülerkammer beschlossenen Boykottwoche sogar noch verstärkt hat, neue Schulen wie zum Beispiel die H 2 und H 7 den Streikboykott organisiert haben, weitere Klassen, die bereits Blockunterricht haben und aus diesem Grunde nicht von der „5/7-Regelung" betroffen sind, die Forderung nach zwei arbeitsfreien Berufsschultagen aber unterstützen, mußte sich der Schulsenator Apel mit der DGB-Führung zusammensetzen und beraten.

Als Ergebnis haben sich die beiden geeinigt auf folgendes:
– Beide betrachten die „5/7-Regelung" als Übergangslösung.
– Beide sind sich einig im Bestreben, dieses anstehende Problem in relativ kurzer Zeit zu lösen, und zwar, wie es Apel erklärte: „Die Behörde entwickelt kurzfristig ein Modell zum Blockunterricht, das sich im Hinblick auf die Blocklänge durch ein Höchstmaß an Flexibilität auszeichnet." Dieses Modell soll zum 1. Februar 1977 in allen Ausbildungsbereichen zur Verfügung stehen.

Also die angestrebte Lösung heißt, daß den Profitinteressen der Kapitalisten dadurch Rechnung getragen wird, daß die zwei Berufsschultage pro Woche, die den Berufsschüler zweimal in der Woche aus der kapitalistischen Produktion reißen, abgeschafft werden. Stattdessen wird Blockunterricht eingeführt. Dann sind die Lehrlinge zwar auch eine bestimmte Zeit aus dem Betrieb, aber einmal kann die Länge des Blocks so gestaltet werden, daß während des Drei- bis Sechs-Wochen-Blocks ein Ersatz eingestellt oder eingesetzt wird – etwa wie in der Urlaubszeit –, und weiterhin hat der Senat ja auch angeboten, gegebenenfalls die absolute Länge zu kürzen.

Von diesem Blockunterricht ist es nur noch ein kurzer Schritt hin zu der Einführung einer halbjährigen Berufsschulausbildung nach der Hauptschule, das heißt Zusammenziehung aller Blocktage, und dann hat der Kapitalist Lohnarbeiter ab 15, 16 Jahren zur freien Ausbeutung.

Die etwa 80 Prozent der Berufsschüler, die gegenwärtig bereits Blockunterricht haben, hassen ihn. Bei den Wahlen zum Klassensprecher bzw. Blocksprecher an der Gewerbeschule 1 und Gewerbeschule 16 sind bereits Schüler gewählt worden, die sich in ihrem Programm gegen den Blockunterricht ausgesprochen haben und für die zwei arbeitsfreien Berufsschultage. Ebenso haben sie sich gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz und den Hamburger Schulgesetzentwurf ausgesprochen und den Kampf dagegen jetzt durch die Wahl als festen Auftrag erhalten.

Diese Forderungen müssen auch auf der Demonstration erhoben werden, zu der die Hamburger Schülerkammer für den 9. September aufgerufen hat. Die mehrheitlich von SPD- und DKP-Schülern geführte Schülerkammer hat dem Beschluß zur Demonstration zwar hinzugefügt, daß sie sich weder gegen den Blockunterricht noch gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz noch gegen den Entwurf des Hamburger Schulgesetzes richten darf. Doch unter welchen Forderungen die Berufsschüler und alle anderen Schüler sich im Kampf um das Recht auf Ausbildung zusammenschließen und für welche die Arbeiterklasse insgesamt eintritt, das bestimmt nicht die Schülerkammer.

Weg mit der 5/7-Regelung! Für zwei arbeitsfreie Berufsschultage! Weg mit dem Blockunterricht! Weg mit Kinderarbeit, Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit für Jugendliche – Kampf dem Jugendarbeitsschutzgesetz! Weg mit dem Schulgesetzentwurf! – (i., Hamburg)



BERLIN:

Polizei holte Lehrerin aus dem Klassen-Zimmer!



Westberlin. Gegen Versetzung einer Lehrerin streikten vom 12. bis 14. August die Schüler der Ranke-Schule in Westberlin. Gegen Klassenzusammenlegungen, Lehrmittelstreichungen und Lehrermangel demonstrierten und streikten 600 Schüler der Stephan-Oberschule in Berlin-Tiergarten am 23. und 24. August. Eine Woche später wird die Lehrerin Uta Ullrich, die den Streik der Schüler unterstützt hatte, von der Schulaufsicht vom Dienst suspendiert. Sie bekommt Hausverbot. Am 1. September erscheint Polizei in der Schule, prügelt Schüler nieder und schleppt die Lehrerin Uta Ullrich aus der Schule. 200 Schüler demonstrierten sofort zum Polizeirevier, dann zur Ranke-Schule im Wedding. Sie wurden auf dem Weg von der Polizei überfallen. – Ebenfalls am 1. September erteilt das Bezirksamt Neukölln der Sonderschullehrerin A. Steindl Hausverbot und verfügt das Verbot der Amtsausübung. Ihr wird „politische Indoktrination" der Schüler vorgeworfen. – Am 3. September dieselbe Maßnahme gegen den Lehrer K. Ruschmann in Kreuzberg, und am 4. September gegen den Studienrat H. Jächter an der Rückert-Oberschule in Kreuzberg. – Das Vorgehen hat Methode. Die Lehrer sind als Kommunisten bekannt und sollen beseitigt werden, weil sie zur Unterdrückung der Schüler nicht taugen, sondern ihre Kämpfe gegen den bürgerlichen Staat unterstützen. Die „BZ" hält es für notwendig, den Schlag des Senats gegen die Schülerbewegung, gegen Lehrer, die das Beamtengesetz bewußt verletzen, als ersten Schritt ideologisch zu unterstützen. Die Maßnahmen des bürgerlichen Staates sind Tagesgespräch. In der Arbeiterklasse hat jeder seine Erfahrungen mit der bürgerlichen Schule gemacht und mit der Polizei, die jetzt auf die Schüler losgelassen wurde. – Am 2. und 3. September geht die Lehrerin Ullrich erneut in die Schule und hält ihren Unterricht trotz Hausverbot. Die reichlich vorhandene Polizei wagt nicht mehr einzugreifen. Auch die Lehrerin Steindl geht weiter zur Schule. Einige Klassen bestehen darauf, den Unterricht bei offenen Türen durchzuführen, um sofort einem Polizeiüberfall entgegentreten zu können. 70 Schüler und Eltern marschierten zum Bezirksamt Neukölln, der Unterricht soll bis zur Aufhebung der Maßnahmen gegen die Lehrerin boykottiert werden. – Die Elternversammlung einer Klasse in Tiergarten hat zum Schulstreik für die Einstellung der Lehrerin Ulrich aufgerufen und gleichzeitig gefordert: die Direktorin muß abgesetzt werden.



Gettorf (Schleswig-Holstein). Bürgermeister Stegemann, Rechtsanwalt und Notar, Absahner bei allen Grundstücksgeschäften der Gemeinde, verlor im Kampf gegen die Jugendinitiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum eine weitere Runde (vgl. Berichte in KVZ Nr. 32 und 35). Nachdem es ihm nicht gelungen war, der Jugendzentrumsinitiative seine Satzung ohne Selbstverwaltungsrecht und mit Kommunistenverbot aufzuzwingen, lud er am 31.8. ein zur Gründung eines zweiten Vereins „freie selbstverwaltete Jugendbegegnungsstätte". Eingelassen wurde nur, wer unterschrieb, daß er die Forderungen des Bürgermeisters akzeptierte. 60 Jugendliche waren gekommen. Die Initiative hatte vorher beschlossen: Keine Erpressung, niemand unterschreibt! Unterschrieben haben dann 5. Komplettiert wurde die illustre Runde durch den halben CDU-Gemeinderat (siehe Bild. Von rechts nach links: der Sohn des Bürgermeisters, der erste Vorsitzende der Jungen Union, ein CDU-Ratsmann, ein CDU-Ratsmann und Kohlenhändler, der CDU-Ratsmann Brix, gleichzeitig Sprecher der Schulpflegschaft, dann die Überreste der Jungen Union. Links vorne: Bürgermeister Stegemann). Der Bürgermeister wollte Nägel mit Köpfen machen. Nicht nur der Vereinsvorstand wurde gewählt: Man schritt auch zur Wahl eines Jugendrates. Peinlich, in der Satzung waren 9 Jugendliche festgelegt, nur 5 waren da. Kurzerhand wurde die Satzung geändert. Der Bürgermeister konnte von seinen Freunden nur mit Mühe davon abgehalten werden, selber für den Jugendrat zu kandidieren. Selbst die bürgerliche Presse kam anderntags nicht umhin, die ganze Geschichte als Farce zu kennzeichnen. Währenddessen tagte die Initiative mit 50 Jugendlichen. Infostände, ein Flugblatt, ein großes Jugendfest in Gettorf wurden beschlossen. Auf Initiative des KBW wurde beschlossen, auf eine Bürgerversammlung in Gettorf hinzuarbeiten, die über das Jugendzentrum beschließen und den Gemeinderatsbeschluß gegen das Recht auf Selbstverwaltung und gegen die Mitarbeit von Kommunisten in der Initiative zu Fall bringen soll.

Kultusminister Krollmann ausgepfiffen

Seeheim (Bergstraße). Die Schüler der Oberstufe des Schuldorfs Bergstraße in Seeheim hatten Anfang des Jahres in einer Resolution an Kultusminister Krollmann die volle Durchführung der Lernmittelfreiheit im Kurssystem gefordert. Nachdem dieser nicht reagiert hatte, ergab sich am Freitag, dem 3. September, die Möglichkeit, den Kultusminister endlich einmal zu stellen. Krollmann kam an die Bergstraße, um sich bei der Einweihung eines Erweiterungsbaus einer Schule feiern zu lassen. Nachdem er seine Veranstaltung einigermaßen hinter sich bringen konnte, mußte er sich den Schülern zur Diskussion stellen. Zirka 230 Schüler waren nach einer Vollversammlung zu der Einweihungsfeier hingezogen. In der Diskussion mußte Krollmann zugeben, daß es im Kurssystem keine Lernmittelfreiheit gibt, aber: „Ich weiß ja, wieviel Geld junge Leute heutzutage zur Verfügung haben." Weiterhin versuchte er, Berufsschüler und Oberschüler gegeneinander auszuspielen, indem er die Oberschüler eine privilegierte Schicht nannte und ihnen empfahl, auch zu kuschen, wie es die Berufsschüler schon machen würden. Er wurde zum Schluß nur noch ausgepfiffen und ausgelacht und flüchtete dann sehr schnell vor weiteren Schülerfragen zum kalten Büfett.

Jugendversammlung der Vulkan-Werft für zwei Berufsschultage

Bremen. Auf die Nachricht hin, daß an den Bremerhavener Berufsschulen und neuerdings auch am Bremer Berufsschulzentrum die gesetzlichen zwölf Berufsschulstunden in acht und vier aufgeteilt werden, so daß an einem Tag noch in den Betrieb gegangen werden muß, faßten die Jugendversammlungen der Vulkan-Werft den Beschluß, eine Unterschriftensammlung gegen diese Maßnahme durchzuführen. Für die Forderung nach 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen für alle sollen im Betrieb, an der Berufsschule und auch in anderen Betrieben Unterschriften gesammelt werden. Weiter wurde beraten, die Schulbesuchskarten, ein zusätzliches Kontrollmittel der Geschäftsleitung, einheitlich zu boykottieren.

Eine Klasse wehrt sich gegen Ausdehnung des Ausbildungstages

Braunschweig. Weil eine Klasse der Krankenpflegeschule Salzdahlumer Straße auf Einhaltung der Unterrichtsstunden drang und sich gegen ständige Verlängerung des Ausbildungstages wehrte, legte einer der unterrichtenden Oberärzte den Unterricht nieder. Die Leiterin der Schule erteilte der Klassensprecherin einen „Aktenvermerk", worin ihr „Gefährdung des Ausbildungsziels" vorgeworfen wird. In der von der Stadtverwaltung geplanten Verkürzung der Gesamtunterrichtszeit von 1 500 auf 1 200 Stunden vermag sie eine solche Gefährdung nicht zu erblicken. Die Klasse wandte sich in einer Stellungnahme, die den Vertretungsorganen zugeleitet und im Krankenhaus aufgehängt wurde, gegen die Reglementierung und forderte Rücknahme des Aktenvermerks. Bei der Klassensprecherwahl wurden die alten Klassensprecher wieder gewählt und zugleich durch einstimmigen Beschluß beauftragt, der Schulleiterin erneut die Forderung nach Rücknahme des Aktenvermerks vorzutragen. Soviel ist bisher erreicht, daß die Schulleitung darauf verzichten mußte, den Vermerk in die Personalakte zu legen. Der Oberarzt mußte sich bereit erklären, den Unterricht weiterzuführen.

Kommunistische Schulsprecher wieder in der Schule

Emmendingen. Die kommunistischen Schulsprecher und Klassensprecher Kneer und Ludwig, die von der Direktion aus der Schule geworfen waren (KVZ 34 und 35), nehmen wieder am Unterricht teil. Am Verwaltungsgericht Freiburg ist eine einstweilige Verfügung unter dem Eindruck der Protestaktionen in Emmendingen und Umgebung durchgekommen. Über den auf vier Wochen begrenzten Schulverweis des Schulsprechers Franki ist noch nicht entschieden.

Immer mehr Schüler ohne Schulabschluß

Vom Schuljahr 1973/74 bis zum Schuljahr 1974/75 ist der Anteil der Jugendlichen, die die Hauptschule ohne Abschluß verlassen müssen, von 13 auf 15,1 Prozent aller Schulabgänger von allen Schultypen gestiegen. Die Anzahl der Schüler mit Hauptschulabschluß, mittlerem Abschluß und Abitur ist bei steigender Gesamtzahl der Schulabgänger von 706 890 auf 699 851 zurückgegangen. Nicht Ausbau, sondern Verschlechterung der schulischen Ausbildung ist das Ergebnis der imperialistischen Bildungsreform. (Arbeitsstatistik 1975, Jahreszahlen, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit)

Beamtenanwärter verweigern Wahlsondereinsatz

Braunschweig. Die Versammlung der Auszubildenden bei der Stadtverwaltung Braunschweig hat mit knapper Mehrheit Überstunden und Mehrarbeit während der Bundestagswahl, zu denen die Auszubildenden herangezogen werden sollten, abgelehnt. Der Wahlsondereinsatz war damit begründet worden, daß es dabei um den „Kern unserer Demokratie" gehe. Zwei Jugendvertreter, die sich weigern wollten, am Wahleinsatz teilzunehmen, waren vorher mit Disziplinarstrafen bis zur Entlassung bedroht worden. – (Nach: Bezirksbeilage Braunschweig)

Staatliche „Politfeste" in Westberlin

„Vertrauenswerbung" von Bourgeoispolitikern und Polizei gescheitert

In Westberlin hat die Bourgeoisie am letzten Augustsamstag den großangelegten Versuch gemacht, für sich und ihren Polizeiapparat „Vertrauenswerbung" zu betreiben. Gleich an drei verschiedenen Stellen, an der Gedächtniskirche am Kudamm, im Neuköllner Volkspark Hasenheide und vor dem Weddinger Rathaus, organisierten die bürgerlichen Politiker und höheren Beamten „Politfeten". An allen drei Stellen hatten sie Mißerfolg auf der ganzen Linie zu verbuchen. Im folgenden einige Auszüge aus den Berichten der Ortsbeilage Westberlin.

Auf dem Kudamm ist den Veranstaltern die Führung ihres Festes vollständig aus der Hand geglitten. Es wurde mehr über die Notwendigkeit des Sturzes dieses bürgerlichen Staates gesprochen als über seine angebliche „Wohltätigkeit".

Der CDU-Bürgermeister Legien von Charlottenburg versuchte über Lautsprecher mit albernen Spielchen die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Gesucht wurden drei Bürger, die gegen ihn in den Wettstreit treten sollten im Büroklammern-Aneinanderreihen.

Jemand rief: „Der tut doch sonst nicht viel auf seinem Bürgermeistersessel außer Büroklammern verbiegen!" Lautes Gelächter. Es folgte die Frage, wieviel Gehalt er dafür bezieht. Leicht verunsichert wiederholte Legien sein Gesuch nach drei „freiwilligen Mitstreitern". Daraufhin kam ein lauter Ruf: „Ist das etwa der Legien, der für den Völkermord in Vietnam eingetreten ist?" Von der anderen Seite der Menge wurde ebenso laut bestätigt, daß es sich genau um diesen Reaktionär handelte. Jetzt war es dem Bürgermeister zuviel, er stellte sich auf einen Stuhl und rief, daß er stolz darauf wäre, von solchen Leuten bekämpft zu werden, wobei er in die Menge zeigte. Aus dieser tönte es sofort zurück: „Und wir sind stolz darauf, solche Reaktionäre wie dich zu bekämpfen!" (. . .)

Der Informationsstand der Polizei stand relativ einsam im Hintergrund. Die Jugendlichen vom Georg-von Rauch-Haus bauten genau davor ihre Stelltafel auf und hielten Ansprachen, in denen sie über ihre Erfahrungen mit der Polizei berichteten. Die Bullen wurden offensichtlich nervös. Ausgerechnet die Ansprachen der Jugendlichen erreichten es, daß sich eine Menge an diesem Stand bildete. Diese fanden in den Reden der Jugendlichen mehr Wahrheit als auf den Polizeistelltafeln.

Die Veranstalter merkten, daß sie diese Schlacht verlieren würden. Sie gingen über zur offenen Provokation. Mit einem Greiftrupp von zivilen und uniformierten Polizisten nahmen sie eine Genossin fest, die ein Schild trug, auf dem stand: „Polizeipräsident Hübner wird mit 7 000 DM im Monat geschmiert."

Die Polizei versuchte mit Greiftrupps, H.Sörje (Mitglied der Ortsleitung des KBW) festzunehmen, der auf den Kundgebungen die Funktion der Polizei entlarvt hatte. Als zwei Zivilbullen plötzlich über ihn herfielen, gab es eine Keilerei, in deren Verlauf er wieder freigekämpft wurde. (. . .)

Die Veranstalter brachen das Fest eine halbe Stunde früher als geplant ab.

Danach machten die Genossen des KBW einen schweren Fehler. Hatte sich gezeigt, daß man sich gut auf die Massen stützen kann und die Polizei zurückgeschlagen werden kann, gingen jetzt die Genossen in nur kleinen Gruppen zur U-Bahn, zum Bus oder zu ihrem Auto. Die Polizei nutzte die Situation sofort, um einen weiteren Überfall zu starten. Sie verfolgte den Genossen H. Sörje und konnte ihn bei seiner Flucht in einem Kino überwältigen.

Sie handelte sich dafür eine schwere Straßenschlacht ein. Dabei verletzten sich neun Polizisten. Die jungen Polizisten im Kino wagten sich nicht mehr nach vorn auf die Straße. Ein Streifenwagen auf dem Hinterhof des Kinos mit zwei Verkehrspolizisten weigerte sich, den festgenommenen Genossen heimlich zur Wache zu transportieren, aus Furcht, auf der Straße von der aufgebrachten Menge gestellt zu werden. So mußten sie ein Loch in den Maschenzaun schneiden und den mit Handschellen gefesselten Genossen auf Schleichwegen zur Wache bringen.

Am Kudamm wurden noch sechs weitere Demonstranten festgenommen. Die Polizei hatte Verstärkung geholt. Ein Sieg war es dennoch nicht für sie. Es hat sich gezeigt, daß der Staatsapparat bei seiner ganzen Aufgeblähtheit zu schlagen ist, wenn die Massen ihm geschlossen entgegentreten.

Trotz des relativen Erfolges dürfen wir nicht leichtsinnig sein. Die Festnahmen hätten vermieden werden können, wenn wir uns der Gefährlichkeit der bürgerlichen Polizei bis zuletzt bewußt geblieben wären. Diese Lehre ist nicht zu vergessen. Der Staat wird jetzt seine Gerichte aufbieten und den Festgenommenen den Prozeß machen. Darauf werden wir uns vorbereiten.

Reaktion auf der ganzen Linie, das kennzeichnet zur Zeit die politische Linie der Bourgeoisie. Dem kann man nicht ausweichen, das muß man schlagen. Der Kampf gegen das Polizeifest war eine solche Schlacht.

Info-Markt Neukölln: Bürgermeister Schütz ergreift die Flucht

Gegen 16 Uhr taucht der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz mit einem Haufen von etwa dreißig Zivilpolizisten auf und will zum Zwecke gesteigerter Beliebtheit den Markt besichtigen. Außer einigen Kindern die steigerter Beliebtheit den Markt besichtigen. Außer einigen Kindern die Hand zu geben, die ihn nicht kennen, vermeidet er jedes Gespräch.

Schnell hat es sich herumgesprochen, daß er da ist. Wir stellen uns ihm in den Weg und geben über Megaphon bekannt, wofür dieser Mensch verantwortlich ist: „Er ist der oberste politische Vertreter der westdeutschen Bourgeoisie in dieser Stadt, er ist verantwortlich für die ins Ungeheure steigende Ausplünderung des Volkes, für die Verrottung des Volksbildungswesens, für die Perfektionierung der Strafverfolgung mit den § 218-Beratungsstellen, für die Entrechtung der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst. Alle seine Taten dienen ausschließlich der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten."

Schütz drückt sich an uns vorbei, während es einen großen Menschenauflauf gibt und die meisten uns lautstark zustimmen, und verschwindet vom Platz. Als er in einer anderen Gasse wieder auftaucht, ist sofort wieder eine Menschentraube um ihn herum, die ruft: „Weg mit dem § 218! Volksentscheid! Schluß mit der Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat! Die Freiheit der SPD ist die Freiheit der Ausbeutung und des Polizeiknüppels! Politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst!" Schütz kriegt ein rotes Gesicht, grinst verlegen, murmelt: „Lassen Sie mich durch, was wollen Sie denn von mir?" Vor ihm, neben ihm, mitten zwischen den Zivilpolizisten Menschen, die die Forderungen rufen, mitten zwischen den Zivilpolizisten Menschen, die die Forderungen rufen, bis er in einen einsamen Parkweg einbiegt. (. . .)

Auf dem Platz hat sich inzwischen ein Genosse des Kommunistischen Jugendbundes (KJB) vor dem CDU-Stand aufgestellt und laut und lange aus den „Kontakter-Richtlinien" vorgelesen, die auf dem Olivaer Platz am 13. August erbeutet worden waren.

Eine große Menschenmenge sammelt sich vor dem CDU-Stand, heftige Debatten, die CDU-Flugblätter werden stapelweise in die Luft geworfen, der Stand wankt. Der Kampf um den Stand geht dann noch 2 bis 3 Stunden weiter. Er bleibt zwar stehen, aber sehr demoliert. Ringsherum ständiger Menschenauflauf und Debatten. (. . .)

Obwohl von der CDU gerufen, wagt die Polizei nicht mal, aus den Einsatzwagen zu steigen. Ihre schließliche Rache wirkt vollends lächerlich: Gegen 22.30 Uhr, als schon alles vorbei ist und nur noch das Pop-Konzert in der Neuen Welt stattfinden soll, fährt sie 200 Einsatzpolizisten auf, um den Vorplatz der Neuen Welt von einigen Jugendlichen zu räumen, die keine Eintrittskarten bekommen hatten. Alsdann sperrt sie stundenlang die Straße zum Hermannplatz, um zu zeigen: Sie ist da. (. . .)

(Ortsbeilage Westberlin)

Mit Wasser, Mehl und rohen Eiern – so war die Schlacht von Moba City

rb. Berlin, 31. August

Es lief ab wie ein Indianer-Film: Auf der einen Seite die Guten, auf der anderen Seite die Bösen. Wer siegt, war von vornherein klar.

Ort der Handlung: Moba City, eine Geisterstadt aus leeren Betonhäusern auf dem amerikanischen Übungsgelände Parks Range in Lichterfelde.

Auf dem Programm: Aufstand des Stadtpöbels gegen US-Infanteristen. Unter den Zuschauern: einer der beiden ranghöchsten US-Soldaten Berlins: Zwei-Sterne-General Gordon J. Duquemin.

Es wurde eine „Schlacht", an der alle Beteiligten ihren Spaß hatten. 30 Grad im Schatten, und die Luft flimmerte vor Hitze. Doch die Kanone schoß mit Wasser, und das brachte nicht nur den als Demonstranten verkleideten Panzersoldaten eine willkommene Erfrischung. Der „verbündete" Berliner Polizist im Wasserwerfer nahm's nämlich mit dem Zielen nicht so genau und schoß den vorrückenden Infanteristen kräftig in den Rücken. Was er in den eigenen Reihen verfehlte, wurde vom „Stadtpöbel" mit rohen Eiern, Mehltüten und wassergefüllten Luftballons „erlegt".

Da konnte sich auch Generalmajor Duquemin, Korea- und Vietnam-Veteran, ein Schmunzeln nicht verkneifen.

Doch für die 40 Zivilisten gab's dennoch kein Entkommen: Ihr Sprechchor „grunts (Spitzname für Infanteristen), go home" erstarb im Rotorsturm eines tieffliegenden Hubschraubers.

Sekunden später stand die Riesenlibelle still in der Luft auf einem fünfstöckigen Betonklotz. Drei Infanteriespezialisten sprangen aufs Dach und seilten sich an der Außenwand ab.

„Peng, peng, peng!" Drei Schüsse aus Platzpatronen, der Mob in Moba City war besiegt.

Landung auf dem Geisterhaus: Army-Soldaten seilen sich an der Außenwand ab. Noch drei Schüsse und der Kampf ist aus.

Drei Tage nach diesem Samstag erschien in der „Bild"-Zeitung der faksimilierte Artikel. Die Besatzertruppen übten in ihrer eigens erbauten Geisterstadt die Niederschlagung eines Aufstandes des „Stadtpöbels", was die Umschreibung der reichen Nichtstuer für die arbeitenden Klassen ist, wenn sie sich erheben.

Universitätskrankenhaus Hamburg-Eppendorf

Versammlung gegen § 218 und gegen bürgerliche Parteivertreter

Hamburg. Im Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE) waren im letzten Jahr über 100 Unterschriften für die Forderungen der Komitees gegen den § 218 gesammelt und in fünf Abteilungen die Mehrheit für das Auftreten gegen den § 218 gewonnen worden.

Vor sechs Wochen beschlossen nun Jugendvertretung und Schülermitverwaltung, eine Veranstaltung gegen den § 218 durchzuführen. Eingeladen wurden das Komitee gegen den § 218, die SPD, FDP und eine Frauengruppe. Außerdem die Theatergruppe „Rotes Sprachrohr", die das Komitee unterstützt.

Das Komitee und die Theatergruppe sagten sofort zu, ebenso die FDP. Nach einigem Zögern auch die Frauengruppe, nachdem sie lange über ihre „derzeitige schwache Besetzung" geklagt hatte.

Für die SPD war die Lage äußerst schwierig. Auf etlichen Veranstaltungen war die SPD vom Komitee und vom KBW gestellt worden, und nur durch Polizeischutz haben sich ihre Vertreter vor den Forderungen des Volkes schützen können. Jeder Aufforderung des Komitees, sich einer Diskussion zu stellen, waren sie bisher ausgewichen. Die Einladung durch Jugendvertretung und Schülermitverwaltung bereitete ihnen daher große Schwierigkeiten. Mehr als drei Tage benötigten sie, um sich zu entscheiden.

Es wurde berichtet, daß die Dame vom Büro des SPD-Landesverbandes ein fünfminütiges Klagelied über die „Komitees" losließ, denn diese „würden ihnen das Leben so furchtbar schwer machen". Doch der SPD blieb nichts anderes übrig, als zu erscheinen. Frau Dr. Wiltrud Rehlen, Mitglied des Bundestages und Kandidatin der SPD, stadtbekannte Gegnerin der Bewegung gegen den § 218, kam.

Zur Veranstaltung im Hörsaal der Frauenklinik des Universitätskrankenhauses Eppendorf erschienen etwa 180 Besucher, unter ihnen Beschäftigte auch aus anderen Hamburger Krankenhäusern.

Schon die ersten beiden Referate der Jugendvertretung waren eine Anklage gegen die Vertreter der bürgerlichen Parteien, und man sah, wie unwohl sie sich fühlten. Über die Geschichte des Kampfes gegen den § 218 wurde berichtet, wo die Rolle der SPD aufgezeigt wurde: in jeder Phase Spaltung der Bewegung gegen den § 218 und Bindung an den bürgerlichen Staat. Im Referat über den neuen Gesetzestext wurde nachgewiesen, daß der neue Paragraf keine Verbesserung für das Volk ist, sondern eine Verschärfung. Beide Referate erhielten großen Beifall. Das Theaterstück machte deutlich, daß es die sozialen Verhältnisse sind, die das Volk zur Abtreibung zwingen, und es legte die Linie der Komitees im Kampf gegen den § 218 dar. Begeistert wurde es aufgenommen.

In der folgenden Podiumsdiskussion wurden hauptsächlich zwei Punkte behandelt:

Frau Dr. Rehlen besaß doch tatsächlich die Frechheit und wollte der Versammlung weismachen, in Wirklichkeit sei sie auch für die ersatzlose Streichung des § 218. Doch sie würde auf dem Boden der freiheitlichen Demokratie stehen. Deswegen begrüße sie den Satz von Eppler (SPD): „Und wenn 100 Prozent des Volkes gegen den § 218 wären, müßten wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts anerkennen."

Das war nun gleich noch ein Stück Anschauungsunterricht über die „freiheitlich-demokratische Grundordnung". Das Komitee hielt der Rehlen entgegen, daß solche Anschauungen und Einrichtungen überhaupt nichts mit Demokratie zu tun hätten. Das Bundesverfassungsgericht sei gerade deshalb beim § 218 eingesetzt worden, um das Strafgesetz gegen den Willen des Volkes noch weiter zu verschärfen. Sieben reaktionäre Richter stehen höher als der Wille des Volkes, und das soll Demokratie sein. Die SPD und die FDP, die Ähnliches vertrat, bekamen fast überhaupt keinen Stich.

Als die ÖTV-Sekretärin erklärte, daß über den § 218 in der Gewerkschaft kaum diskutiert würde, wurde unter Beifall richtiggestellt, daß die Leserzuschriften gegen den § 218 an die Gewerkschaftspresse nicht abreißen und auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie ein vom Bezirk Nordrhein gestellter Antrag gegen das Strafgesetz behandelt wird.

Gespalten war die Bewegung gegen den § 218 an der Frage, die sich am Schluß der Podiumsdiskussion entwickelte: Die Frauengruppen erklärten, das Strafgesetz richte sich gegen *die* Frauen und nicht gegen eine Klasse. Man müßte das als Frauenfrage behandeln neben anderen Frauenproblemen wie die Arbeitshetze im Krankenhaus. Auch dies wurde vom Komitee und verschiedenen Kollegen scharf zurückgewiesen. Es wurde gezeigt, daß der § 218 gegen die Armen gerichtet ist und die Reichen überhaupt nicht trifft. Auch die Arbeitshetze im Krankenhaus trifft die Lohnabhängigen, Männer wie Frauen.

Doch konnte auf dieser Veranstaltung noch keine Einheit in dieser Frage hergestellt werden. Daher wurden die Jugendvertretung und die Schülermitverwaltung von der Versammlung aufgefordert, hierzu eine Veranstaltung durchzuführen. In der Resolution, die zum Schluß fast einstimmig verabschiedet wurde, hieß es unter anderem: „Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!" Die Jugendvertretung und die Schülermitverwaltung wurden aufgefordert, eine Broschüre über die Veranstaltung herauszugeben und vor allen Dingen am Krankenhaus zu vertreiben, weil dies den Kampf gegen den § 218 unterstützen würde.

Die Veranstaltung war ein weiterer Schritt voran im Kampf gegen den § 218 im Krankenhaus. Es kommt nun darauf an, die Forderungen in der Gewerkschaft durchzusetzen. – (c., Hamburg)

Weitere Schäden am Elbe-Seiten-Kanal

Der als Jahrhundertwerk Anfang des Sommers eingeweihte und dann geplatzte Elbe-Seiten-Kanal weist inzwischen weitere Schäden auf. Bei einer Überführungsbrücke in Echem (Landkreis Lüneburg) sind Risse entdeckt worden. Die Bauern, deren Felder auf der anderen Seite des Kanals liegen, müssen bis zur Reparatur der Brücke mit ihren Traktoren und Erntewagen einen Umweg von 18 Kilometern fahren. Eine zweite Brücke im Landkreis Uelzen kann nicht mal mehr durch eine Reparatur gerettet werden. Sie hängt in der Mitte zwölf Zentimeter durch. Zudem fand man an der Unterseite einen Riß. Die Brücke muß abgerissen werden. Der Baudirektor Wachsmuth kann sich die Schäden nicht erklären. Die Brücken seien von „renommierten deutschen Unternehmen" gebaut worden. Schadenersatz könne nicht gefordert werden, die Garantiezeit von zwei (!) Jahren sei inzwischen abgelaufen. Die hochrenommierten Firmen werden wissen, warum sie die Haltbarkeit der Brücken nicht für länger als zwei Jahre garantieren. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. September)

Besteuerung der Lohnabhängigen soll weiter überdurchschnittlich verschärft werden

Nach den Schätzungen der Bundesregierung soll 1977 die insgesamt erhobene Steuersumme um 12,1 % steigen. Die Lohnsteuer, die den arbeitenden Massen abgenommen wird, soll weit überdurchschnittlich um 17,6 % steigen. Die Steuern der besitzenden Klassen werden zudem erheblich später gezahlt. Gegenwärtig schätzt der nordrhein-westfälische Finanzminister Halstenberg (SPD) den Rückstand bei den westfälische Finanzminister Halstenberg (SPD) den Rückstand bei den Steuerzahlern auf 10 Milliarden DM. Solche Verzögerungsmöglichkeiten haben nur die Angehörigen der besitzenden Klassen, die sich selbst zur Steuer veranlagen. Den Lohnabhängigen wird die Steuer vorweg vom Lohn abgezogen. Neben dem Steuerzwang selbst müssen sie so den Bourgeoisstaat Jahr für Jahr mit Milliardenbeträgen ihres Lohns zinslos kreditieren, die sie erst über den Lohnsteuerjahresausgleich zurückbekommen können. (Blick durch die Wirtschaft 7.9./Handelsblatt 7.9.)

Hauptpunkt der SPD-Reformpolitik: Vermehrung der Polizei

Seit Regierungsantritt der SPD/FDP 1969 ist das Personal des Bundesamtes für Verfassungsschutz von 1 016 auf 1 628 oder um 60,2 Prozent erweitert worden. Besonders rasch in der ersten Legislaturperiode von 1969 bis 1972 unter der Regierung Brandt, die das Spitzelsystem ausgebaut hat, das jetzt arbeitet: In drei Jahren um 28,8 Prozent. Der weitere Zuwachs während der zweiten Legislaturperiode unter SPD/FDP-Regierungen von 1973 bis 1976 lag bei 11,6 Prozent. Das Bundeskriminalamt wurde von 1969 bis 1976 mehr als verdoppelt: von 933 bis auf 2 424 Stellen. Die Bereitschaftspolizei der Länder wurde seitdem durch Bundesunterstützung von 18 500 Mann auf 21 500 Mann aufgerüstet. In der neueren deutschen Geschichte gibt es keine Regierung, die so rasch die Polizei vermehrt hat wie die SPD unter Brandt und Schmidt. (Informationen des Bundesministeriums des Innern Nr. 35/1976)

„Allzuständigkeit" für bayrische Polizei

München. Der bayrische Landtag hat einstimmig ein neues Polizeiorganisationsgesetz beschlossen, das am 1. Oktober in Kraft tritt. Darin wird bestimmt: „Jeder im Vollzugsdienst tätige Beamte der Polizei ist zur Wahrnehmung der Aufgaben der Polizei im gesamten Staatsgebiet befugt." Der Bayrische Staatsanzeiger meldet zufrieden, Grenzen der örtlichen oder sachlichen Zuständigkeit brauchten bei Maßnahmen der Polizei jetzt nicht mehr beachtet zu werden: „Eine Erleichterung für die Beamten, die oft genug schnell zugreifen müssen." Eine Erweiterung der Willkür der Landesregierung vor allen Dingen, die ihre Polizeikräfte ohne gesetzliche Hemmnisse überall im Land gegen das Volk konzentrieren kann. (Bayrischer Staatsanzeiger, Nr. 31/1976)

Vorstand des DGB Ortskartells Furtwangen gegen § 218

Furtwangen. Nach einer von Polizei und örtlicher Presse heftig bekämpften Veranstaltung des Komitees gegen den § 218 hat der Vorstand des DGB-Ortskartells Furtwangen die 4 Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterschrieben. Seine Auffassung: Die einzige Möglichkeit, den Strafparagrafen zu Fall zu bringen, sei eine Massenbewegung und mittels Volksentscheid. Eine gemeinsame Sitzung mit dem Vorstand des DGB-Ortskartells, den Betriebsräten am Ort und dem Komitee ist vorgesehen.

Juso-Rücktrittsankündigung im AStA Göttingen:

Sozialdemokratische Semestervorbereitung

Obzwar das offizielle Lehrprogramm an den Hochschulen für die Masse der Studenten erst in einigen Wochen wieder beginnen wird, ist es in diesen Semesterferien keineswegs zum Stillstand der Auseinandersetzung zwischen den Studenten und der bürgerlichen Staatsmacht gekommen. In verschiedenen Bundesländern und an verschiedenen Hochschulen befinden sich neue Richtlinien zur Ausplünderung und Schikanierung der Studenten mittels Sozialeinrichtungen und Studiengebühren, neue Hochschulgesetze zu stärkerer Unterdrückung und Ordnungsverfahren gegen revolutionäre Studenten in Vorbereitung oder Anwendung. Die umfassende Verschärfung der Gegensätze zwischen dem imperialistischen Staatsapparat und den Studentenmassen ist offenbar. Dies gibt den Sozialdemokraten in der Studentenbewegung, die gegenwärtig die meisten ASten und den VDS in der Hand haben, keine Ruhe. Mit Windungen und Wendungen suchen sie die Gegensätze zwischen den Interessen der Studentenmassen und dem bürgerlichen Staatsapparat zu verwischen und abzustumpfen, um sich und ihre Politik der Versöhnung und des Ausgleichs mit der herrschenden Klasse über die Runden zu bringen und am Leben zu erhalten. An der Universität Göttingen haben sie zu diesem Zweck vor 8 Wochen ihren Rücktritt aus dem AStA angekündigt. Bei diesem Manöver geht es ihnen darum, den Bankrott ihrer Politik der Aussöhnung mit der herrschenden Klasse zu vertuschen. Gleichzeitig steuern sie mit Hilfe ihrer bisherigen Koalitionspartner – den KB (Nord)-Studenten – auf eine neue AStA-Koalition zu, die fortschrittliche Studentenvertreter und Fachschaftsräte auf die Versöhnung mit der herrschenden Klasse festlegen und die Marxisten-Leninisten in der Studentenbewegung isolieren soll. Die Reformisten unter rotem Lack des KB (Nord) spielen getreulich die ihnen zugedachte Rolle des Erfüllungsgehilfen bei diesem sozialdemokratischen Betrugsmanöver. Von den Marxisten-Leninisten, den revolutionären Studenten und Studentenvertretern an der Göttinger Universität wird dieses Manöver der Sozialdemokraten entschieden bekämpft, um den Zusammenschluß der Studentenbewegung im Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat zu stärken und den AStA in den Dienst der Unterstützung ihres Kampfes zu stellen. Die folgenden Auszüge aus den Programmen und Berichten der Sozialdemokraten im AStA und aus den Beschlüssen von Fachschaftsräten und Studentenvertretungen gegen die Absichten der Sozialdemokraten dokumentieren diese Auseinandersetzung.

Im Programm des bisherigen AStA vom 24.2.76 stellen die Koalitionspartner Jusos, KB (Nord) und LHV als „zentral" fest, die Studentenbewegung an das Grundgesetz der herrschenden Klasse zu binden:

„Der Kampf für den Erhalt bürgerlich-demokratischer Rechtspositionen, wie sie im Grundgesetz proklamiert werden, ist für die Sicherung der notwendigen politischen Handlungsmöglichkeiten der demokratischen Bewegung in Hochschulen und Gesellschaft zentral. (...) Allein der Umfang und die Stärke der demokratischen Bewegung entscheiden darüber, ob die im Grundgesetz partiell proklamierten Rechte und Freiheiten in Anspruch genommen und gegen Angriffe verteidigt werden können. (...) Es gilt an den im Grundgesetz postulierten demokratischen Rechten anzuknüpfen."

Dieses bürgerliche Programm haben Jusos, FDP und KB (Nord)-Studenten abgeschlossen mit einer „interfraktionellen Vereinbarung", die die Führung der bürgerlichen sozialliberalen Studentengruppen in den Studentenvertretungen garantiert:

„Die Göttinger Delegation verpflichtet sich, im VDS-Vorstand für einen Vertreter des LHV zu stimmen. Die Göttinger Delegation wird der Hauptresolution des VDS nur zustimmen, wenn eine Einigung mit dem LHV erfolgt ist."

Die Jusos erklären am 29.6. ihren Rücktritt aus dem Göttinger AStA und versuchen damit das Scheitern ihrer Politik der Versöhnung zu verschleiern. Sie peilen eine neue AStA-Koalition an, um ihrer Politik eine „breitere Basis" zu verschaffen:

„Insgesamt muß gesagt werden, daß sich speziell Juso-Arbeit in der SPD nur dann rechtfertigt, wenn sie einen deutlichen Beitrag auch und gerade gegen die derzeitige herrschende SPD-Politik leistet. Es kann hier kein Anpassen geben! Wird dies in der Absicht nicht mehr deutlich, verkommt jede Juso-Praxis dazu, nur noch SPD-Nachwuchs heranzuziehen. (...) Wir meinen, daß die einzige Alternative zum bisherigen AStA in einer AStA-Mannschaft aus Fachschaftsvertretern inklusive Mitgliedern aus Studentengruppen wie Sozialistisches Büro oder Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) besteht. Dabei sollten diese möglichst ein gewisses Spektrum fortschrittlicher politischer Richtungen (exklusive KSB) darstellen. (...)"

Dies soll die AStA-Politik endlich „krisenfest" machen:

„Die Koalition Juso/KHB gründete sich auf ein Programm, das jedoch nur scheinbar krisenfest ausgehandelt war. Es zeigte sich im Laufe des Sommersemesters, daß das Programm in der Einschätzung vieler Probleme zu vage war. (...) Das AStA-Programm erstarrte zur leeren Phrase, ohne irgendwelche Folgen für die Praxis zu haben." (Rechenschaftsbericht der Juso-AStA-Fraktion vom 6.8.)

Die KB (Nord)-Studenten machen bei diesem Manöver der Sozialdemokraten mit. Im Rechenschaftsbericht kommt ihre AStA-Fraktion zu dem Schluß, daß es sich mit dem „ausgehandelten Programm" gut leben läßt:

„Zur aktuellen Situation ... 1. nicht die AStA-Politik ist gescheitert, gescheitert sind einzig und allein die Jusos ..."

Die AStA-Fraktion der KB (Nord)-Studenten versucht das Scheitern der AStA-Politik durch folgende Überlegungen über die „an die Existenz der Jusos rüttelnde" Entwicklung „der studentischen Basis" und durch Angriffe auf die Fachschaftsräte zu erklären. Verantwortlich sei:

zum einen „die Unfähigkeit der Jusos, sich in ihrer Politik auf die aktiven Studenten zu stützen". Denn: „Die berechtigte Befürchtung einer politischen Radikalisierung der Studenten ... treibt sie (die Jusos) in Opposition zu Bewegungen an der studentischen Basis, die praktisch die Juso-Fixierung an die SPD überwinden und damit an die Existenz der Jusos rütteln."

Zum anderen: „Die meisten Fachschaftsräte sind – polemisch formuliert – von einem ausgesprochenen Kleinkrämergeist beseelt, der ihnen in vielen Fällen nicht gestattet, über den Tellerrand ihres eigenen Fachbereichs hinauszublicken."

Die Fachschaftsrätekonferenz an der Universität Göttingen ging diesem Manöver der Sozialdemokraten nicht auf den Leim. Gleich nach der Rücktrittserklärung der Jusos verlangten die Fachschaftsräte einen Rechenschaftsbericht des AStA, um die Auseinandersetzung über seine Politik zu führen. Auf der Fachschaftsrätekonferenz in der vergangenen Woche wurde das Betrugsmanöver der Sozialdemokraten angegriffen. In dieser Woche findet eine weitere Konferenz statt, in der die Fachschaftsräte ihre Haltung im Kampf um die Politik des AStA festlegen wollen. In den vorbereitenden Fachschaftssitzungen zu Anfang dieser Woche wurden Beschlüsse gefaßt, in denen das Betrugsmanöver der Sozialdemokraten zurückgewiesen und das Programm der Versöhnung mit dem bürgerlichen Staatsapparat angegriffen wird und in denen Neuwahlen gefordert werden, um einen AStA zu bilden, der den Kampf gegen die bürgerliche Reaktion ohne Bedingungen unterstützt.

So hat der Fachschaftsrat Chemie beschlossen:

„1. Der Fachschaftsrat Chemie lehnt die beiden Rechenschaftsberichte der AStA-Fraktionen ab, weil in ihnen die Politik im vergangenen Semester nicht untersucht wird, sondern die beiden Fraktionen die Schuld am Bankrott des AStA sich gegenseitig bzw. den Studenten, Fachschaftsräten und Basisgruppen in die Schuhe schieben.

2. Der Fachschaftsrat Chemie verurteilt das Täuschungsmanöver der Jungsozialisten, sich aus der Verantwortung im AStA zurückzuziehen, verbunden mit dem Versuch, über ihre Mehrheit im Studentenrat jeden Übergangs-AStA am Gängelband zu führen.

3. Um die Kräfteverhältnisse im Studentenrat zugunsten der Studentenbewegung zu ändern, müssen deshalb so schnell wie möglich Neuwahlen eingeleitet werden. Gebildet werden muß ein AStA, der auf einem klaren Programm steht, wie es während der Aktionstage im Wintersemester und des Streiks der Psychologie-Studenten im Sommersemester vertreten worden ist."

Ebenso greift der Fachschaftsrat der Geschichtsstudenten aufgrund der Erfahrungen des vergangenen Semesters die Politik der Versöhnung des bisherigen AStA an und stellt in einem Beschluß vom 7.9. fest:

„Aufgrund der Erfahrung mit dem Juso-KHB-AStA, der die Geschichtsstudenten in einem zähen Kampf für die Durchsetzung des Teilnahme- und Einspruchsrechts gewählter Studentenvertreter in der Zwischenprüfung Alte Geschichte nicht unterstützt hat, und aufgrund der Tatsache, daß dieser Kampf weitergeführt und in diesem Semester zugunsten der Studenten entschieden werden muß, stellt der Fachschaftsrat Geschichte fest: Mit der sozialdemokratischen Linie der Versöhnung und des Ausgleichs muß gebrochen werden. Die Studentenbewegung braucht einen AStA mit einem Programm, das den Aufgaben im Kampf gegen die Reaktion gerecht wird."

Universität Heidelberg:

Kundgebung gegen bürgerlichen Wissenschaftskongreß

Heidelberg. Unter der Schirmherrschaft des Kultusministers Hahn und seines Rektors Niederländer fand in der Heidelberger Universität ein „Symposium über Operations Research" statt. Diese Wissenschaft entspricht so ganz den Expansionswünschen der westdeutschen Imperialisten und ihren Bemühungen, die Arbeitskraft vermehrt auszusaugen.

Das Symposium selbst war gedacht als Instrument zur Ausrichtung des wissenschaftlichen Kadernachwuchses der Bourgeoisie auf diesem Gebiet. Die Kommunistische Hochschulgruppe hat den Zweck dieses Kongresses, der von den Reaktionären still und heimlich vorbereitet wurde, von vornherein enthüllt, eine Broschüre dazu herausgegeben und vor dem Kongreß eine Kundgebung durchgeführt, an der sich rund 60 Studenten beteiligten. Auf der Kundgebung wurde der imperialistische Charakter dieser Wissenschaft angegriffen und an Einzelbeispielen enthüllt.

Die imperialistischen Wissenschaftler ließen sich durch ein massives Polizeiaufgebot schützen. Hahn und Niederländer zogen es vor, den Hintereingang zu benutzen. Am Eingang selbst stand zu lesen: „Operations Research – Wissenschaft im Dienste verschärfter Ausbeutung und imperialistischer Expansion".

Um unter sich ungestört zu bleiben, wurden während der Vorträge Assistenten an den Eingangstüren postiert, um zu verhindern, daß Studenten in den Vorträgen gegen diese Wissenschaft auftreten.

Den Eröffnungsvortrag zu diesem Kongreß, der 50 Mark Eintritt kostete, hielt der Professor Krelle, ein verdienter Wissenschaftler der imperialistischen Bourgeoisie. Sein Vortrag „Neue Investitionstheorie" gab für die Kapitalisten folgendes Rezept aus: Export des Kapitals ins Ausland – Expansion. Das paßt ganz in das Bild dieser Wissenschaft. – (r., Heidelberg)



Mit einer Broschüre, die an der Universität vertrieben wurde, wurde die Kundgebung gegen den Kongreß der Operations-Research-Leute vorbereitet.

„Operations Research"

Unter dem Titel „Operations Research" (Verfahrensforschung) hat sich dieser neue imperialistische Wissenschaftszweig im Zweiten imperialistischen Weltkrieg herausgebildet. Sein Zweck besteht im Kern darin, mit Hilfe mathematischer Modelle den Kapitalisten und ihrem Staat geeignete Methoden der Kriegsführung, Unterdrückung und Ausbeutung zu liefern. Auch die Bundesregierung fördert diesen Wissenschaftszweig und unterstützt diese Forschung im Rahmen des durch das Wissenschaftsministerium finanzierten Datenverarbeitungsprogrammes.

Tagungsleiter in Heidelberg war der Heidelberger Professor Angermann, eine Ehre, die nicht von ungefähr kommt. So war er führend beteiligt an einer im Auftrag des Bundesinnenministeriums erstellten Studie mit dem Titel „Das Bundesinformationssystem". Kernpunkt dieser Studie ist die Frage, welche Verfahren für die Einführung eines bundesweiten Computerüberwachungssystems zur Bespitzelung und Überwachung der Volksmassen angewandt werden müssen. Diese Studie lieferte damit die wissenschaftlichen Grundlagen für das zentrale Bespitzelungssystem, welches die westdeutsche Bourgeoisie durch das „Gesetz über das Meldewesen" einführen will. Das beschreibt den praktischen Anwendungsbereich dieses neuen Wissenschaftszweiges und die Tätigkeit dieser imperialistischen Wissenschaftler.

Der zehnprozentige Härtezuschlag für den BAFöG Bewilligungszeitraum 1976/77 sei ein Ausgleich dafür, daß durch das Haushaltssicherungsgesetz die Anhebung des BAFöG Mindestbedarfsatzes ausgesetzt worden sei, erklärte die SPD/FDP-Regierung. Ganz abgesehen davon, daß dieser Härtezuschlag nicht im geringsten die Steigerung der Lebens- und Studienkosten für die Studenten ausgleicht, handelt es sich dabei noch um ein übles Betrugsmanöver, mit welchem verstärkt bezweckt wird, besitzlose Studenten aus der Ausbildungsförderung auszuschließen. Denn der Härtezuschlag von 10 % bedeutet nicht, daß der Mindestbedarfsatz von 500 auf 550 DM angehoben wird. Ihn erhält nur der Student, der überhaupt nach dem alten Mindestbedarfsatz von 500 Mark einen Förderungsbetrag erhält, da der Härtezuschlag auf diesen Förderungsbetrag berechnet wird. Für jene 10 bis 15 % der Studenten, die infolge der Verschlechterung der Ausbildungsförderung durch das Haushaltsstrukturgesetz im Zeitraum 1976/77 ganz aus der Ausbildungsförderung herausfallen, wirkt sich der Härtezuschlag damit überhaupt nicht aus.

Ein neues Landeshochschulgesetz legte der Bremer Senat vergangene Woche vor. Mit ihm versucht die Landesregierung, die Bediensteten der Universität an die Kette zu legen. So werden die Mitarbeiterkollegien, die bisher als Organe zur Vertretung der Interessen der Belegschaft genutzt wurden, praktisch abgeschafft, indem ihnen alle Rechte und Befugnisse entzogen werden. Weiterhin wird festgelegt, daß der Senator „bei Gefahr im Verzuge oder in sonstigen Fällen eines dringenden öffentlichen Interesses" (§ 107) auch in Einzelfällen die Fachaufsicht über die Universität durch Anordnungen ausüben kann. Mit solchem Paragrafenwerk werden die rechtlichen Grundlagen u.a. dafür geschaffen, daß die Landesregierung die Entlassung von Universitätsangestellten wie im Fall Mützelburg gegen den Widerstand der Belegschaft und ihrer verschiedenen Gremien durchsetzen kann.

14 Arbeiter und Angestellte des Tübinger Studentenwerks, darunter drei ausländische Mitarbeiterinnen, unterschrieben eine Solidaritätsadresse mit dem Kampf der Studenten gegen den Ersatzgelderlaß. Wir berichteten in den letzten Ausgaben der KVZ darüber. Zum Schluß dieser Resolution heißt es: „Wir meinen weiter: Mit den Ersatzgeldern wird versucht, die Studenten, die keine reichen Eltern haben, so unter Druck zu setzen, daß sie sich willig anpassen. Daran haben wir kein Interesse. Deshalb wünschen wir euch vollen Erfolg!" Die Tübinger Studenten setzten inzwischen den Rückmeldeboykott durch einen Sitzstreik vor der Rückmeldestelle fort, woraufhin die Universitätsleitung den Zugang zur Rückmeldestelle in den folgenden Tagen durch Polizei absichern ließ. Die Geschlossenheit der Boykottfront zeigte sich daran, daß z.B. am Donnerstag Nachmittag, als die Polizei eine Gasse zur Rückmeldestelle bildete, kein einziger Student sich zurückmeldete. Zu schwächen versuchen die Jusos die Boykottfront. Sie wollen jetzt die Hoffnung der Studenten auf eine Anfrage der SPD im Landtag lenken und rieten von der Organisierung des Sitzstreiks ab. Daß sich ca. 200 Studenten an dem Sitzstreik beteiligten, muß diesen Versöhnlern bitter geschmeckt haben.

Mit Aktenzeichen VS. VII 53/76 hat das Verwaltungsgericht Freiburg entschieden, daß die Erhebung von als Ersatzgeldern getarnten Studiengebühren an den baden-württembergischen Universitäten rechtmäßig sei. Bereits seit Semestern versucht die Landesregierung, die Erhebung von Ersatzgeldern an den Universitäten durchzusetzen, wogegen sich breiter Widerstand der Studenten entwikkelt hat. In diesen Auseinandersetzungen waren die Reformisten und Revisionisten stets gegen den selbständigen Kampf der Studenten mit der Forderung aufgetreten, man solle die Sache durch Gericht entscheiden lassen, weil die Erhebung von Ersatzgeldern „rechtswidrig" sei. Jetzt ist es gerichtskundig, um welche Zuträger für den bürgerlichen Staat es sich bei diesen Studentengruppierungen handelt.

Wegen Unterschlagung von Geldern war der Leiter der Presse- und Informationsstelle des Rektorats der Universität Heidelberg im Mai dieses Jahres fristlos entlassen worden. Dem reaktionären Rektorat Niederländer war der ebenfalls verdiente Reaktionär Schrode durch diese Unterschlagung zu heiß geworden, häuften sich doch die Enthüllungen von Korruptionsfällen an der Universität. Das Rektorat wollte Schrode daher ohne großes Aufsehen abschieben. Dieses Manöver wurde von den revolutionären Studenten aufgedeckt, worauf das Rektorat mit der Einleitung von 8 Relegationsverfahren reagierte. Am 2.9. fand der Arbeitsgerichtsprozeß statt, in welchem Schrode gegen seine fristlose Kündigung prozessierte. Die im Gericht anwesenden Studenten hängten eine Wandzeitung im Saal auf, wiesen in einer kurzen Kundgebung auf die Kumpanei des reaktionären Schrode mit dem Rektorat hin, daß beide vom selben Holz der Korruption geschnitzt sind und daß die Studenten die geplanten Relegationen nicht hinnehmen werden.

Veranstaltung gegen Bestrafung eines Soldaten in Sontra

Hauptmann Köhler: „Euch sollte man mit Knüppeln aus dem Lande jagen“

Sontra. Wie mehrfach berichtet, hat der in Sontra stationierte Soldat H. Arendt Disziplinarstrafen bekommen wegen „Gehorsamsverweigerung“ und wegen Teilnahme an der 1. Mai-Demonstration. Weitere Bestrafung wurde ihm angekündigt wegen Verteilen der „Kasseler Militärzeitung“ des Soldaten- und Reservistenkomitees Kassel in der Kaserne. Die Herausgabe einer Presseerklärung von H. Arendt sowie seine Unterstützung durch zahlreiche Sontraer und Kasseler Bürger hat die Sontraer Offiziere wild gemacht. Sie wollen H. Arendt jetzt wegen der Presseerklärung 21 Tage militärischen Knast anhängen und ihn vor ein Zivilgericht bringen. Zum 26. August fand eine Veranstaltung des Soldaten- und Reservistenkomitees in Sontra statt.

Eingeladen wurde H. Arendt, um die Gründe für sein politisches Handeln darzustellen. Eingeladen wurde auch der Kommandeur der Sontraer Kaserne, Oberstleutnant Hänseler, als Verantwortlicher für die Disziplinarstrafen. Wir wollten, daß er auf der Veranstaltung Rechenschaft über die Gründe der Bestrafungen ablegt.

Unter den 27 Teilnehmern der Veranstaltung waren Soldaten aus Sontra. Der Kommandeur war nicht da – er hat sich durch eine Formulierung, die wir einmal in einem Flugblatt gebrauchten, nämlich „Offiziersgesindel“ so direkt angesprochen gefühlt, daß er nicht erscheinen wollte, wie es ein anwesender Hauptfeldwebel erklärte. Er hatte dafür aber „seine Soldaten“ – allesamt Unteroffiziere, Feldwebel und einen Hauptmann – erscheinen lassen.

Daß H. Arendt die Veranstaltung nutzte, um den Zielen der Bundeswehr entgegenzutreten, war diesen Abgesandten des Kommandeurs zuviel. Ihre Taktik bestand darin, von vornherein eine Diskussion zu verhindern, H. Arendt erst gar nicht zu Wort kommen zu lassen. So wie sie sich das vorstellten, hat es nicht geklappt. H. Arendt hielt seine Rede. Anschließend rechtfertigte, stellvertretend für den Kommandeur, der Spieß der 4. Kompanie, Hauptfeldwebel Schaafstein, die Strafen. Er selbst habe die Idee gehabt, die Soldaten in die traditionellen Uniformen (auch des Ersten und Zweiten Weltkriegs) zu stecken. In der anschließenden Diskussion versuchte er die Verhältnisse in der Bundeswehr zu rechtfertigen und zu verschleiern. Unter dem Motto „Der Krieg findet auch bei Nacht statt“ und „Das Militär ist eine gnadenlos harte Angelegenheit“ rechtfertigte er die Kasernenisolation,

rechtfertigen und zu verschleiern. Unter dem Motto „Der Krieg findet auch bei Nacht statt“ und „Das Militär ist eine gnadenlos harte Angelegenheit“ rechtfertigte er die Kasernenisolation,

das Schinden der einfachen Soldaten durch die Offiziere.

Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees und Teilnehmer der Veranstaltung, die selber schon beim Bund waren, berichteten über solche Schindereien, z.B. daß kaum ein Manöver ohne tote oder verletzte Soldaten zu Ende geht, weil die Soldaten nach einer gewissen Zeit so überlastet und unkonzentriert sind, daß sie keine Kontrolle mehr über ihre Fahrzeuge haben. Kommentar des Schaafstein: „Von wegen! Wenn es sein muß, muß der Soldat drei bis vier Tage lang ununterbrochen Dienst machen und fahren. Das Militär ist eine ganz harte Sache.“ Menschenverachtung und Lügen fanden nur bei seinen Leuten, nicht aber bei den anderen Teilnehmern Anklang. Solche Sprüche wie „Wo gibt es bei der Bundeswehr denn Kasernierung? Ab 17 Uhr ist Dienstschluß!“ und „Eine Einschränkung der Meinungsfreiheit bei der Bundeswehr? Das ist ja eine lächerliche Behauptung!“ konnten sehr schnell widerlegt werden.

Angesprochen auf die Strafen gegen H. Arendt und auf die Aufgaben der Bundeswehr als einer imperialistischen Armee, versuchten sie sich herauszureden. „Also die Bundeswehr, das ist doch eine überstaatliche Angelegenheit.“ Außerdem habe der Befehl, die Uniformen des Ersten und Zweiten Weltkrieges zu tragen, nicht gegen geltende Gesetze, gegen Dienstpflichten und gegen die Menschenwürde verstoßen. Hinzu komme: „Die Verbindung ist nahtlos da.“ Wenn man das Gebaren dieses Mannes mit dem der preußischen Kasernenzuchtmeister vergleicht, kann man tatsächlich eine große Verbindung herstellen. Genauso

ist nahtlos da.“ Wenn man das Gebaren dieses Mannes mit dem der preußischen Kasernenzuchtmeister vergleicht, kann man tatsächlich eine große Verbindung herstellen. Genauso

gibt es Verbindungen von Bundeswehr und faschistischer Wehrmacht. Weil beides nämlich imperialistische Armeen im Dienste der herrschenden Klasse sind.

Als die „Bundeswehrdelegation“ merkte, daß sie mit ihrem plumpen Auftreten keine Zustimmung fand, ihre Strafen auch nicht rechtfertigen konnte gegenüber den anderen Teilnehmern, versuchte sie es anders. Der anwesende Hauptmann Köhler versuchte nun „sachlich“ Stellung zu nehmen. Er brachte das ganze Geschwätz, was vorher gelaufen war, auf seinen Kern: „Zur Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung sind einschneidende Einschränkungen der politischen Rechte in der Bundeswehr nötig.“

Wenn sich Teile der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung der Kapitalistenklasse und gegen diese bürgerliche Armee zusammenschließen, wenn sich Soldaten in diesen Zusammenschluß einreihen und auch innerhalb der Kaserne den Kampf um Rechte aufnehmen, dann muß das vom Standpunkt der herrschenden Klasse unterbunden werden. Wie, das sagte Hauptmann Köhler: „Euch sollte man mit Knüppeln aus dem Land jagen.“ Der Knüppel, nackte Gewalt, war schon immer das letzte Mittel der Bourgeoisie, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Mit den anderen Sontraern, die auf unserer Veranstaltung waren, haben wir uns später nochmal getroffen. Ihnen ist vieles klarer geworden über diese Armee. Ihre Bereitschaft, über diese Fragen weiter zu diskutieren, die Sache mit H. Arendt und dieser Veranstaltung weiterzutragen (z.B. in den Sozialkundeunterricht) und sich grundlegende Kenntnisse über die mit dem Militär zusammenhängenden Punkte zu verschaffen (soll man zum Bund hingehen? Ausbildung in der Bundeswehr? Ziele der Armee usw.), schafft gute Voraussetzungen, den Kampf gegen die Armee der Geldsäcke auch in Sontra zu organisieren. – (r., Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel / Red.)

schafft gute Voraussetzungen, den Kampf gegen die Armee der Geldsäcke auch in Sontra zu organisieren. – (r., Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel / Red.)

Der Mannschaftstransportwagen M 113, der Panzer, in dem Panzergrenadiere transportiert werden, explodiert und brennt wegen seiner Konstruktion ungewöhnlich oft.

Häufige Explosion im M 113

Schwanewede. In der KFZ-Halle der 1. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 323 explodierte ein Panzer M 113 (MTW). Der Fahrer, ein Stabsunteroffizier, konnte den Panzer noch rechtzeitig verlassen, obwohl er verletzt wurde. Der Panzer fing anschließend Feuer und der Benzintank explodierte. Bei der zweiten Explosion wurde eine Panzerklappe nach oben geschleudert und durchbrach das Hallendach aus Beton. Beim Anlassen ist ein im Panzer befindliches Benzin-Luftgemisch zur Explosion gebracht worden. Alle Soldaten und Reservisten, die diesen amerikanischen Panzer kennen, werden sich über diesen Vorfall nicht gewundert haben: Dieser Panzer explodiert und brennt wegen seiner Konstruktion ungewöhnlich oft. Aus dem Innenraum des M 113 können Flüssigkeiten wie Wasser, Öl, Benzin usw. nicht abfließen, weil er von außen wasserdicht ist. Dort führen auch Benzinleitungen mit Benzin entlang und da ist oft mal was undicht. Oft schwimmt also im Innern des Panzers Benzin und bildet dort ein hochexplosives Benzin-Luft-Gemisch. Explosionen sind auch nicht immer durch längeres Auslüften des Panzers vor dem Anlassen zu vermeiden. Weiter hat der M 113 keine automatische Feuerlöschanlage wie andere Panzermodelle. In Schwanewede wird von einem MTW-Fahrer berichtet, der in seinen 2 Jahren Dienstzeit zweimal aus MTWs springen mußte, weil sie explodierten und Feuer fingen. – (Aus: Volksmiliz 6/76, Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Bremen)

Geprobt wird die Schlacht um Frankfurt
Die Abwehr eines die Sadt Frank-
Ärztliche Versorgung verweigert
Iserlohn. Während eines Gelände-

Geprobt wird die Schlacht um Frankfurt

Die Abwehr eines die Sadt Frankfurt, das Zentrum der westdeutschen Finanzbourgeoisie, aus östlicher Richtung angreifenden Feindes ist der Gegenstand des NATO-Manövers „Gordischer Knoten“ in der Zeit vom 7. bis 11. September. 35000 Soldaten der Bundeswehr und der US-Armee werden mit ihren 6000 Rad- und 2500 Kettenfahrzeugen eingesetzt werden. Außerdem werden 600 Hubschrauber und Flugzeuge in die Bodenkämpfe eingreifen. Das Einsatzgebiet liegt zwischen Alsfeld und Aschaffenburg. Das Manöver ist Teil der NATO-Manöverserie „Autumn Forge“, zu der insgesamt 27 Manöver gehören. Die Manöver erstrecken sich auf ein Gebiet, das von der Ostsee bis zum Mittelmeer reicht. Einen der Manöverschwerpunkte bildet das Territorium der BRD. – (Nach Bezirksbeilage Frankfurt/Main zur KVZ Nr. 35)

Ärztliche Versorgung verweigert

Iserlohn. Während eines Geländetags der 4. Kompanie des Luftwaffenausbildungsregiments 5, bei dem nicht nur Gefechtsausbildung betrieben wurde, sondern auch ein Waldbrand bekämpft werden mußte, schickte der begleitende Sanitätsunteroffizier etwa 15 Soldaten ins San-Revier zurück. Dort sollten sie wegen verstauchten Knöcheln, Brandblasen usw. behandelt werden. Der anwesende Stabsarzt musterte die Rekruten, nahm nur drei, vier in Behandlung und schickte den Rest mit den begleitenden Worten wieder weg: „In einer Grundausbildung ist es üblich, daß man sich schon mal die Füße verrenkt. Das ist halb so schlimm. Uns stand früher auch das Blut in den Stiefeln.“ Ein mitgekommener Feldwebel hingegen wurde mit Spritze gegen einen Insektenstich behandelt. – (ac)

Schutz von Atommülltransporten gegen „illegale zivile Kräfte“ geübt

Soldaten einer Ausbildungskompanie greifen Manöverziel an

Hamburg. Schon länger ging ein Gerücht durch unsere Kompanie. Wir sollten raus auf ein Manöver, obwohl wir erst zwei Wochen Soldaten der 11. Kompanie des Luftwaffenausbildungsregiments 1 in der Lettow-Vorbeck-Kaserne in Hamburg-Wandsbek sind. Als dann die Kompanie zusammengerufen wurde, bestätigte sich das Gerücht. Unser Zugführer, Oberfeldwebel Andresen, erklärte, daß wir vom 31. August bis 2. September ein Manöver durchzuführen hätten mit folgender Lage: „Illegale zivile Kräfte unbekannter Stärke unternahmen in den letzten Wochen wiederholt bewaffnete Sabotageaktionen gegen Atommülltransporte vom Atomkraftwerk Geesthacht zur Atommülldeponie Großweede. Wir haben die Aufgabe, den Transportweg zu schützen und Angriffe der Saboteure abzuwehren.“

Sofort wurde von uns ganz konkret die Frage gestellt, ob nicht der Kampf der sogenannten Saboteure eine gerechte Sache sei. Der Oberfeldwebel winkte ab und sagte nur, Atommüllgegner gibt es überall, und außerdem sei dies ja nur ein Manöver, und verließ flugs den Raum. Daraufhin entwickelte sich eine breite Debatte unter den Soldaten, und viele sagten deutlich, daß sie im Ernstfall natürlich auf der Seite des Volkes kämpfen und die Gewehre auf die Feinde des Volkes richten werden.

Eine Unterrichtsstunde später schlug sich schon die Klarheit über den Auftrag der Bundeswehr nieder. Unteroffizier Wolf sollte uns eigentlich etwas über die Beobachtung und Bekämpfung erzählen. Dazu kam es allerdings nicht. Denn gleich wurde ihm vorgetragen, was wir von der Bundeswehr hielten und welche Funktion er als Ausbilder hier hat. Daraufhin ließ er uns erst mal in Grundstellung stehen und erklärte, daß er jeden, der so weiter kritisiere, vorläufig festnehmen werde. Er hatte uns zwar für den Augenblick das Wort verbieten können, aber was sich in den Köpfen der strammstehenden Soldaten abspielte, war wohl auch ihm klar.

Abends ging ich dann durch die Stuben und diskutierte mit den Kameraden über unser bevorstehendes Manöver.

Am Dienstag danach ging es dann los ins Manöver. Morgens um vier Uhr wurden wir geweckt und mußten uns mit ungefähr 20 Kilo Gepäck auf dem Vorplatz aufstellen zur Anzugskontrolle. Danach stiegen wir in Busse und wurden zum Austragungsort der Bürgerkriegsübung gefahren. Kaum war der erste aus dem Bus gestiegen, wurden wir beschossen und mußten so schnell wie möglich mit dem ganzen Gepäck in einem Graben in Stellung gehen und zurückschießen. Das geht natürlich unheimlich auf die Knochen. Uns sollte wohl die richtige Stimmung auf die Atommüllgegner eingebläut werden. Wir wurden praktisch ununterbrochen angegriffen. Die „Feinde“ wurden von einer anderen Kompanie gestellt, und um sie als Zivilisten erkennen zu können, waren sie mit der Trainingsjacke der Bundeswehr bekleidet. Diese rückten nun einzeln oder schon in größeren Gruppen auf unsere Sicherungslinie zu und schossen wie wild um sich. So ging das die ganze Nacht. Etwas Aufregung gab es dann noch, als ein Mann aus einem benachbarten Ort angetrunken auf einmal hinter der Sicherungslinie stand und fragte, warum wir denn so einen Krach hier machten. Er wurde dann von einigen Ausbildern mit Schüssen aus dem Gelände getrieben.

Als wir dann morgens kaputt zum Biwak zurückkehrten, machten wir uns erst mal über die schlechte Verpflegung her. Wer etwas anderes als Wasser trinken wollte, konnte zu unserem Spieß gehen und sich Brause oder Cola kaufen, allerdings für 2 Mark die Flasche.

An diesem Abend setzten wir uns noch etwas zusammen ans Feuer und der Zugführer versuchte uns verzweifelt das schöne Soldatenlied „Alte Kameraden“ beizubringen. Ohne Erfolg. Denn wer singt schon ein Loblied auf die Bundeswehr, wenn er längst erkannt hat, daß man hier zum Sklaven der Bourgeoisie gezüchtet werden soll. Stattdessen sangen wir: „Den Mann mit der gelben Schnur (Spieß), den hängen wir auf den Flur.“

Nachdem wir die Nacht wieder kaum geschlafen hatten, weil es in Strömen goß und nur die Hälfte der Soldaten in den Zelten Platz hatte, kehrten wir am nächsten Tag völlig durchnäßt und durchgefroren in die Kaserne zurück, wo wir sofort mit dem Gewehrreinigen beginnen mußten. – (k., Rekrut der 11. Kompanie des Luftwaffenausbildungsregiments Hamburg-Wandsbek / Red.)

Verpflichtungsverträge gekündigt

Bremen. In einer Ausbildungskompanie der Bundeswehr, die in Holland stationiert ist, sind gerade noch rechtzeitig 40 Rekruten von ihren Zeitverpflichtungen zurückgetreten. Die meisten davon hatten sich auf vier Jahre verpflichtet. Das berichtet ein Arbeiter von VFW gegenüber der Regionalbeilage Weser-Ems der KVZ Nr. 33:

„In der letzten Woche traf ich zwei Kollegen bei der Arbeit bei VFW wieder, mit denen ich zusammen gelernt habe. Sie waren vier Monate zuvor zur Bundeswehr eingezogen worden und hatten sich dort auf vier Jahre verpflichtet. Mit großen Versprechen über Aufstiegsmöglichkeiten hatte die Bundeswehr die Arbeiter dazu gebracht. Nach kurzer Zeit aber zeigte sich, daß das ein Lockmittel war und daß die Unterdrückung groß ist bei der Bundeswehr. Die beiden nutzten den letzten Termin, um die Verpflichtung zu kündigen. Von ihrer Kompanie, die in Holland stationiert ist und die aus 120 Mann besteht, taten das 40 Kameraden. Der eine, der vorher strikt gegen die Gewerkschaft war, ist sofort, als er wieder in den Betrieb kam, in die IGM eingetreten.

Mit „Fahnenflucht“ versuchte ein Unteroffizier aus dem Vertrag zu kommen

Nach Ablauf der Probezeit haben Zeitsoldaten keine Möglichkeit mehr zur Kündigung. Aus der Nachschubkompanie 320 in Bremen ist ein Unteroffizier zweimal „eigenmächtig von der Truppe“ weggeblieben, um aus dem Vertrag zu kommen. Das ist ihm dann zwar gelungen, aber wegen Fahnenflucht hat ihn nun ein Gericht zu 2400 DM Geldstrafe verurteilt. Gegenüber dem „Weser Kurier“ erklärte der Soldat: „Die Bundeswehr hat mir vor meiner Verpflichtung in Aussicht gestellt, während der Soldatenzeit die mittlere Reife nachzumachen.“ (Weser Kurier, 13.7.76) „Ein Semester lang habe er dann auch einen Fernkurs absolviert. Während des zweiten Semesters habe er die Ausbildung jedoch abbrechen müssen, weil ihm der Dienst bei der Bundeswehr keinerlei Zeit mehr gelassen habe. Nicht zuletzt deshalb wollte er ‚weg vom Militär‘.“ (Weser Kurier) Auf Fahnenflucht steht bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug. Bleibt noch hinzuzufügen, daß „nach Feststellung des Bundesministers für Verteidigung die Zahl der Fahnenflüchtigen oder eigenmächtig Abwesenden jährlich fast Divisionsstärke erreicht habe.“ (Weser Kurier, 2.12.75)

960 DM Geldstrafe gegen „Roten Pionier“

Hann. Münden. Am Donnerstag, dem 19.8.76, wurde das Terrorurteil von 960 DM Geldstrafe, ersatzweise 80 Tage Bau, gegen den presserechtlich Verantwortlichen des früheren „Roten Pioniers“ verhängt, wegen „übler Nachrede“. Begründet wurde dies von dem Richter, daß – abgesehen von der angeblichen Schwere der Beschuldigung von zwei Stabsärzten – der Angeklagte wohl auch während des Prozesses nicht von seiner Einstellung zur Bundeswehr abgewichen sei, sondern seine Meinung sogar noch begründet und bis zuletzt verteidigt habe. Deshalb, so der Richter, sei es möglich, daß der Angeklagte auch weiterhin zu ähnlichen Taten schreiten werde.

Im „Roten Pionier“ (der heutigen „Volksmiliz“) stand ein Artikel über einen Soldaten, der durch eine falsche Spritze im Sanitätsrevier in Lebensgefahr gekommen war. Die Offiziere lasen den Artikel in allen Kompanien vor und dann die Gegenerklärung der Kasernenleitung. In verschiedenen Kompanien fand der Artikel des „Roten Pioniers“ Zustimmung durch Zwischenrufe und Unruhe in den Kompaniesälen, erlebt doch fast jeder einfache Soldat ähnliche Dinge bei der Militärmedizinversorgung. – (Nach einem Flugblatt des Demokratischen Soldaten- und Reservistenkomitees Münden)

USA

Vier Monate Streik der Reifenarbeiter

Am 24. August nahm die Führung der Gewerkschaft „United Rubber Workers" (Vereinigte Kautschukarbeiter) nach viermonatigem Streik das Angebot der „Goodyear Tire and Rubber Company" für einen neuen Tarifvertrag an. (Wie die Gummiarbeiter in ihrer Abstimmung am 27. August darüber abgestimmt haben, ist uns noch nicht bekannt.)

Das Angebot lautet so: 1,85 Dollar die Stunde Lohnerhöhung, gestaffelt über drei Jahre in Raten von 80, 30 und 75 Cent. 1,85 Dollar, das sind 36 Prozent Lohnerhöhung über drei Jahre verteilt. Der Durchschnittswochenlohn liegt zur Zeit bei 5,50 Dollar (13,75 DM), was für Industriearbeiter insgesamt nicht überdurchschnittlich ist. Gefordert waren von der Gewerkschaft 1,65 Dollar Lohnerhöhung die Stunde allein im ersten Jahr.

Goodyear ist einer der vier größten Reifenkonzerne in den USA. Am 21. April sind die Arbeiter der anderen drei großen – Firestone, Uniroyal und Goodrich – ebenfalls in den Streik getreten, als ihr dreijähriger Vertrag auslief. Entschlossen und zum Teil militant streikten 70 000 der 120 000 Kautschukarbeiter in 47 Betrieben 127 Tage trotz vieler Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates und trotz der Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Mit Gerichtsbeschlüssen versuchten die Kapitalisten, die Zahl der Streikposten einzuschränken, damit sie Streikbrecher in ihre Werke hineinschleusen konnten. Ohne großen Erfolg. Die Arbeiter organisierten massenhaft Streikposten, auch nachdem die Polizei begonnen hatte, Streikposten zu verhaften.

Die Gewerkschaftsführung wollte den Streik nicht und hat alles getan, um ihn zu torpedieren. Sie weigerte sich, für die verhafteten Streikposten Kaution zu stellen, um sie aus der Haft freizubekommen. Für den Streik hatten sie so wenig vorgesorgt, daß nach drei Wochen die Streikkassen leer waren, trotz jahrelanger Beitragszahlungen. Die Streikenden mußten so während des Streiks 270 Millionen Dollar (675 Millionen DM) aufbringen und zusetzen. Statt den Streik zu organisieren, propagierten die Gewerkschaftsführer den Boykott von Firestone-Produkten. Der Präsident der United Rubber Workers

lionen DM) aufbringen und zusetzen. Statt den Streik zu organisieren, propagierten die Gewerkschaftsführer den Boykott von Firestone-Produkten. Der Präsident der United Rubber Workers

Bommarito erschien dafür im Fernsehen, gab der Presse Interviews und begab sich auf Weltreise, um den internationalen Boykott zu organisieren.

Einen nennenswerten Boykott der Reifenkäufer (zum Beispiel der großen Automobilkonzerne) gab es natürlich nicht. Aber Arbeiter verschiedener ausländischer Niederlassungen unterstützten den Streik durch Verweigerung von Überstunden. So in der BRD, in England, Frankreich, in der Schweiz, Japan, Schweden, Spanien und Kanada. In Peru beschlossen die Kautschukarbeiter einen 48-stündigen Solidaritätsstreik. Ein Schlag ins Gesicht für den „Pakt der Gegenseitigen Hilfe" der multinationalen „großen Vier"!

In den USA bekamen die Streikenden die Unterstützung der Bergarbeiter, der Stahlarbeiter und Teamsters (Transportarbeiter) sowie einer Branche („local" Nr. 1250) der Automobilarbeiter in Ohio, die Streikgelder vor den eigenen Werkstoren sammelten, und von den Landarbeitern (United Farm Workers), die vor Verkaufsstellen in Akron (Ohio) eigene Posten („picketts") aufstellten.

Außer den Lohnforderungen sind während des Streiks Forderungen nach mehr gewerkschaftlicher Demokratie und nach einem einheitlichen Manteltarifvertrag erhoben worden. Zum ersteren: Die Satzung der United Rubber Workers gewährt jedem Bezirk („local") Autonomie bei Streikaufruf und Verhandlungen. Zwei Werke des fünftgrößten Reifenkonzerns „General Tire" haben sich dem Streik nicht angeschlossen. Nicht weil die Arbeiter nicht streiken wollten, sondern weil die örtlichen Gewerkschaftsführer dies verhinderten.

Zum Manteltarifvertrag: Gegenwärtig werden die Arbeiter dieser Branche in Reifen- und Nichtreifenarbeiter aufgespalten: Sie werden unterschiedlich bezahlt nach Beruf und Region; mit dreijährigen Verträgen laufen ihre Tarifrunden zu verschiedenen Zeiten, manchmal in verschiedenen Jahren! Damit versprechen sich die Kapitalisten gespaltene, gefügige Arbeiter und festgeschraubte Löhne über einen längeren Zeitraum. Den Gefallen taten ihnen die Arbeiter nicht. Sie antworteten mit Streiks.

Der Streik der Kautschukarbeiter in dieser ersten Lohnrunde des Jahres in einer Hauptindustriebranche hat die Bourgeoisie getroffen. Nicht nur in bezug auf die Verzögerungen, die er den Autokapitalisten bei der Produktion der 1977-er Modelle bringt, nicht nur wegen der Senkung der Profite der Goodyear Company im zweiten Quartal des Jahres um 44 Prozent. Sondern vor allem ist sie besorgt über die große Kampfentschlossenheit der Arbeiter und über die große Sympathie, mit der die ganze Arbeiterklasse in den USA diesen Kampf verfolgt. – (h., zur Zeit San Francisco)



Streikende Gummiarbeiter auf einer Demonstration in Akron. Auf dem Schild: „Die Tage der Einschüchterung und Ausbeutung sind vorbei".



Streikende Gummiarbeiter auf einer Demonstration in Akron. Auf dem Schild: „Die Tage der Einschüchterung und Ausbeutung sind vorbei".

Dänemark

1250 Porzellanarbeiter seit Wochen im Streik

Über einen langdauernden Streik der Arbeiter der Königlichen Porzellanfabrik in Dänemark erreichte die Redaktion der KVZ ein Bericht, aus dem wir im folgenden Auszüge wiedergeben.

In Kopenhagen streiken 1 250 Arbeiter der „Königlichen Porzellanfabrik" seit neun Wochen. Ihr Kampf richtet sich gegen die Leichtlohngruppenpolitik der Kapitalisten und der Regierung. Ein Kampf, der ohne die offizielle Unterstützung der Gewerkschaft geführt wird, aber von einem großen Teil der Bevölkerung solidarisch getragen wird.

Nach Abschluß der Tarifrunde vom März 1975 verhängte die Regierung einen Lohnstopp, gültig für die nächsten zwei Jahre. Zu den Hauptbetroffenen hiervon gehörten die Porzellanmalerinnen, die in den Leichtlohngruppen arbeiteten, da die Lebenshaltungskosten im gleichen Zeitraum rapide anstiegen. Diese Facharbeiterinnen, von denen 125 zwischen 18 und 26 Kronen (7,50 bis 10,84 DM) verdienen, forderten von ihrer Firma eine Anpassung ihres Lohnes an die gestiegenen Kosten, wie sie zuvor bei der Konkurrenzfirma „Bing & Grondahl" erfolgt war. Die Kapitalisten lehnten ab. Die Arbeiter versuchten es daraufhin mit „legalen" Mitteln wie Demonstrationen außerhalb der Arbeitszeit und Verteilung von Flugblättern und Plakaten. Die Antwort der Kapitalisten darauf war eindeutig:

1. 600 000 Kronen für alle Arbeiter verteilt (kaum eine effektive Anhebung der Löhne).
2. Garantien für keine neuen Lohnforderungen innerhalb der nächsten zwei Jahre.
3. Verringerung der Anzahl der Vertrauensmänner.

Über allem aber die massive Drohung des Kapitalistenverbandes, der zusätzlich 600 Millionen Kronen (250 Millionen DM) zur Brechung eines Arbeitskampfes bereitgestellt hat. Die Arbeiter lehnten ab und beschlossen am 17. Juni 1976 den Streik mit Billigung der unteren Gewerkschaftsebene, gegen den Willen der Gewerkschaftsführung. Ihre einzige Forderung:

Gleichen Lohn für alle Porzellanmaler, den errechneten derzeitigen Akkorddurchschnitt von 31,51 Kronen (13,13 DM) pro Stunde!

Alle übrigen Arbeiter und Angestellten (Ausnahme: die Angestellten im Verkaufslokal) stellten sich hinter den Kampf ihrer 125 Kollegen und legten ebenfalls die Arbeit nieder. Seitdem treffen sich alle streikenden Arbeiter jeden Morgen um 7.30 Uhr und stimmen über den weiteren Verlauf des Streiks ab. (...) Die 1 250 Arbeiter malen tagsüber ihre berühmten Porzellanmotive auf Pappteller, versehen sie auf der Unterseite mit Informationen über den Streik und verkaufen sie zum Solidaritätspreis von mindestens 10 Kronen (4,17 DM). (...) Sie erarbeiten Informationsmaterial und dichten Lieder ihres Kampfes, die sie als Buch herausgeben wollen. Jeden Abend finden Veranstaltungen statt, wo an Ort und Stelle gemalt und verkauft wird. Bisher ist soviel Geld zusammengekommen, daß an jeden Arbeiter 300 Kronen (125 DM) pro Woche ausbezahlt werden konnten.

Im Zusammenspiel von Staatsmacht, Kapitalisten und Gewerkschaftsführung in Dänemark spiegelt sich deutlich die Lage der Arbeiter wider. Das Arbeitsgericht verurteilte die Arbeiter zu einer Strafe von 2 Millionen Kronen (833 333 DM), der Arbeitgeberverband stellte 600 Millionen Kronen (250 Millionen DM) zusätzlich zur Brechung des Streiks zur Verfügung, und die Gewerkschaftsführung stützt aus Angst vor einer Strafe den berechtigten Kampf der Arbeiter nicht offiziell, im Gegenteil: Jeden Morgen stellt sich ein Gewerkschaftsfunktionär vor die versammelte Arbeiterschaft und fordert sie auf, wieder an ihre Arbeit zu gehen.

Spanien

Die Lehrer bauen eine Gewerkschaft auf

Die Lehrer in Spanien sind nach unzähligen Kategorien aufgeteilt, in denen jeder Lehrer anders bezahlt wird. Die Lehrer der ob 3 Schulstufen oder Etappen haben eine verschiedene Ausbildung und verschiedene Bezahlung. Aber innerhalb jeder dieser Etappen existiert noch einmal eine Aufteilung in 2 bis 3 verschiedene Grade, je nachdem ob der Lehrer einen Vertrag von einem Jahr hat oder länger, ob er Beamter ist oder privat angestellt ist und ob er eine Zusatzprüfung gemacht hat, die ihm wieder mehr Geld einbringt. Durch diese Zersplitterung innerhalb des Lehrkörpers ist es dem spanischen Staat bis vor kurzem gut gelungen, einen gemeinsamen Kampf der Lehrer für die Besserung ihrer Lage zu verhindern. Die Lehrer sind auch nicht in einer Gewerkschaft zusammengeschlossen, die ihre Interessen gegenüber dem Staat verteidigen würde. Die existierende Lehrer„gewerkschaft" SEM ist von der faschistischen Falange eingerichtet und kann nicht als gewerkschaftliche Interessenvertretung betrachtet werden.

Im Frühjahr dieses Jahres ist es nun zum ersten großen Streik der Lehrer gekommen, an dem sich 30 000 Lehrer beteiligt haben. Es war hauptsächlich der Kampf für eine vom Staat unabhängige und demokratische (Vertreter werden von Kollegen gewählt und sind absetzbar) Einheitsgewerkschaft der Lehrer, der diese Einheit zustande brachte. Weitere Forderungen der Streikplattformen waren:

– 30 Wochenstunden, wovon 25 Stunden Unterricht in der Schule sind und 5 Vorbereitung;
– 35 000 pts für alle;
– Abschaffung der Kategorien.

Hinzu kamen noch auf der Ebene der verschiedenen Provinzen die Forderung nach zweisprachiger Erziehung (baskisch, katalanisch, gallizisch, valenzianisch).

Die Lehrer ergriffen folgende Maßnahmen, um ihre Forderungen durchzusetzen: aus dem Kollegium jeder Schule wurde ein Vertreter gewählt. Die Vertreter auf Provinzebene und auf der Ebene des ganzen Staates reisten nach Madrid zum Erziehungsminister, dem sie ihre Forderungen vortragen wollten. Der weigerte sich, sie als demokratisch gewählte Vertreter anzuerkennen und wollte nur als Einzelpersonen mit ihnen sprechen. Die Lehrer weigerten sich, mit ihm zu verhandeln, wenn er sie als gewählte Vertreter nicht anerkennen wollte. So zogen sie unverrichteter Dinge ab. Ein Monat später berief der Minister Wahlen für die Vertretung der Lehrer ein, was ein Sieg bedeutete, weil er damit das faschistische Lehrersyndikat SEM umging. Die Lehrer nutzen die Wahlen für einen Propagandafeldzug durch sämtliche abgelegenen Dörfer der einzelnen Provinzen. Das Ergebnis war, daß genau dieselben Lehrer als Vertreter gewählt wurden, die nun im kommenden September ihre Forderungen beim Erziehungsminister vortragen werden.

Aus den im Streik entstandenen Strukturen wollen die Lehrer eine Einheitsgewerkschaft der Lehrer aufbauen. Es ist ein klarer Fortschritt innerhalb des Lehrkörpers, daß die Lehrer ihre Zersplitterung überwunden haben und erkannt haben, daß sie nur durch eine gemeinsame gewerkschaftliche Organisierung gegenüber dem Staat ihre Interessen und die der Schüler und Eltern vertreten können.

(1 000 pts entsprechen 39 DM)

– (m., Valencia)

Irland: Folterungen durch die britischen Imperialisten. Angriff der IRA

Die britische Regierung mußte jetzt zugeben, daß sie zur Unterdrükkung der irischen Bevölkerung in dem von ihr besetzt gehaltenen Norden Irlands die Folter anwendet. Ein entsprechender Bericht der Europäischen Menschenrechtskommission wurde von der britischen Regierung bestätigt, mit dem Zusatz freilich, das Ganze liege schon fünf Jahre zurück. Bis heute unterhalten die britischen Imperialisten 20 000 Mann Besatzungstruppen in Irland. Und keine Regierung der Republik Irland ist vor ihren und den Erpressungen der übrigen europäischen Imperialisten sicher: Als jetzt die Regierung der Republik Irland den Notstand ausgerufen und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kämpfer der IRA angekündigt hat, begründete sie das mit dem Anschlag auf den britischen Botschafter, der in Dublin in die Luft geflogen war. – Am Tag der Verabschiedung der Unterdrückungsgesetze gegen die IRA griff ein Kommando der IRA „einen stark befestigten Militärstützpunkt (der britischen Armee) bei Crossmaglen nahe der Grenze zur Republik Irland an. Sechs Marineinfanteristen in dem Stützpunkt erlitten leichte Verwundungen." (Neue Zürcher Zeitung, 3. September)

Griff nach den Schätzen fremder Meere

Das Bundesforschungsministerium hat den Auftrag zur Konstruktion eines Bohrschiffes und einer halbtauchenden Bohrplattform für die Erdölexploration in Meerestiefen bis zu 2 000 Metern an eine westdeutsche Firmengruppe vergeben. Der Firmengruppe gehören AEG-Telefunken und Blohm & Voss an. In den Westdeutschland zugesprochenen Nordseegewässern beträgt die Meerestiefe nicht mehr als 50 Meter. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. September)

Fleischmangel in Polen

In Polen bricht die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch zusammen. Die Regierung hatte im Juni versucht,

Fleischmangel in Polen

In Polen bricht die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch zusammen. Die Regierung hatte im Juni versucht,

durch drastische Preiserhöhungen von 69 Prozent das Fleisch für die Arbeiterklasse unerreichbar zu machen und die Töpfe der neuen Bourgeoisklasse gefüllt zu halten. Die polnische Arbeiterklasse hat der Regierung im Juni durch ihre Streiks und Demonstrationen eine Niederlage beigebracht, von der diese sich bis heute nicht erholt hat. In die Debatte geworfene Pläne für niedrigere Preiserhöhungen oder für Fleischrationierungen wurden jeweils nach kurzer Zeit wieder dementiert. Gleichzeitig hält die Regierung daran fest, jährlich 14 Prozent der polnischen Fleischproduktion zu exportieren. Wie sie sagt, um für die Devisen notwendige Futtermittel für das Vieh im Ausland zu kaufen. Die Herrschaft der neuen Bourgeoisklasse und die von ihr betriebene kapitalistische Organisation von Landwirtschaft und Industrie verhindert die Produktion einer ausreichenden Menge Futtermittel im Lande. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12., 31. August, 6. September)

Regierung Soares: Tätig für die Grundbesitzer

Die portugiesische Regierung unter dem SPD-Zögling Soares hat den Villenbesitzern und Grundstücksspekulanten Portugals versprochen, Wohnungen, die von Wohnungslosen im letzten Jahr besetzt worden waren, gewaltsam räumen zu lassen. 80 000 sollen obdachlos gemacht werden, die jetzt in diesen Wohnungen leben. Die Ankündigung eines „harten Vorgehens" gegen „illegale Besetzung oder Übernahme von Gütern und Besitz" bezieht sich auch auf die Besetzung der Güter von Großgrundbesitzern durch landlose Bauern. Zwei Demonstrationen von Einwohnern der zur Räumung vorgesehenen Häuser, die von Stadtviertelkomitees organisiert waren, sind von der Polizei mit Schlagstöcken auseinandergetrieben worden. Die Demonstranten hatten für einige Stunden den Wohnungsbauminister im Ministerium eingesperrt. (Neue Zürcher Zeitung, 3. September / Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. September)

Interview und Stellungnahmen von Motor Iberica-Arbeitern zum Verlauf und Ende des Streiks

„Während des Streiks haben viele Arbeiter ein Klassenbewußtsein entwickelt"

Nach über fünf Monaten Dauer haben die Arbeiter und Angestellten von Motor Iberica Mitte August ihren Streik abgebrochen. Ziel des Streiks war, gegen die Massey-Ferguson-Kapitalisten eine Erhöhung der Löhne durchzusetzen sowie die Wiedereinstellung aller im Verlauf des Streiks entlassenen Arbeiter. Die Geschäftsleitung ging auf keine der Forderungen ein und versuchte mit Hilfe des spanischen faschistischen Staatsapparats, der mit äußerster Brutalität gegen die Arbeiter und ihre Familien vorging, den Streik zu zerschlagen. Die spanische Arbeiterklasse und die spanischen Volksmassen sowie das internationale Proletariat haben den Kampf der Belegschaft von Motor Iberica genau verfolgt und unterstützt. Die Revisionisten von der PCE haben das gerade Gegenteil getan, um dem Kampf eine Niederlage zu bereiten. Sie haben sich an keine Beschlüsse der Versammlungen der Motor-Iberica-Arbeiter gehalten und sind während des Streiks immer offener als Agenten der Bourgeoisie aufgetreten.

Im folgenden veröffentlichen wir ein Interview, durchgeführt von der „Revolutionären Arbeiterorganisation" (ORT), sowie den Bericht zweier Arbeiter von Motor Iberica über den Verlauf und die Erfahrungen aus dem Streik.

Interview von der „Revolutionären Arbeiterorganisation" (ORT)

Wie verhalten sich die Arbeiter gegenüber den Angriffen der Kapitalisten?

Das Vorgehen der Arbeiter ist äußerst bewußt, die Versammlung wird von allen als höchste Autorität angesehen. Die Arbeiter gehen davon aus, daß die dort gefaßten Beschlüsse demokratisch sind, daß sie von niemandem manipuliert sind, weil die Versammlungen Massenversammlungen sind, wo jeder sich in offener Form ausdrückt. (...)

Bezüglich der Entlassungen begann die Firma den Arbeitern vorzuschlagen, daß sie selbst kündigen sollten, und bot dafür bis eine Million Peseten für jeden. Die Arbeiter gingen nicht darauf ein, und so wuchs die Liste der Entlassenen auf 33. Bezüglich dieser Entlassungen holte sich die Firma auch noch eine Bestätigung der Faschisten im Gericht.

Wie war die Beteiligung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen?

Die Präsenz der Arbeiterkommission CC.OO (Comisiones Obreras) während des ganzen Kampfes ist hervorzuheben, andere gewerkschaftliche Organisationen wie UGT, CNT, USO und SOC (1) (die letzte tat nichts, außer daß sie Verantwortliche in der Fabrik hat) nahmen nicht als solche teil. Bei dem offenen Auftreten der CC.OO fragten viele Arbeiter nach den anderen Organisationen. In den Versammlungen mit bis zu 2000 Arbeitern sprachen sich alle mit erhobenen Händen für die CC.OO aus.

Die Haltung der Revisionisten von der PCE war, in keinem Augenblick die Entscheidungen der Versammlungen anzuerkennen Von den ersten Ta-
die Entscheidungen der Versammlungen anzuerkennen. Von den ersten Ta-
gen an begannen sie die Kampfmoral zu unterminieren und für die Wiederaufnahme der Arbeit Propaganda zu machen. Ihr Vorgehen geschah auf der Grundlage, mehr den Versprechungen der Firma als der Kampffähigkeit der Arbeiter von Motor Iberica zu vertrauen.

Unter den politischen Kräften, die herausragten, ist die PTE, deren Mitglieder vom Beginn an vorn standen. (2) (...)

Wie ist die gegenwärtige Kampfsituation?

Soeben fiel die Entscheidung der Versammlung, an die Arbeit zurückzukehren und die Bedingungen der Firma hinzunehmen. Das ist die Schuld der arbeiterfeindlichen Handlungen der Revisionisten, die Uneinigkeit gesät haben, mit allem, was das für einen so langen Streik bedeutet. Wie sagte ein Rechtsanwalt: „Es ist leichter, kaputt zu machen, als zu mobilisieren." Die bewußten Arbeiter bezeichnen die Revisionisten als die Ursache, weil sie die aufgestellten Forderungen nicht befolgt haben. (...)

Welche Bilanz kann man gegenwärtig ziehen?

Herauszustellen ist: Erstens das große Bewußtsein, das die Arbeiter entwickelt haben, zweitens, daß der Kampf für Arbeitsamnestie (Wiedereinstellung aller Entlassenen) der wesentliche Punkt gewesen ist, alle sind dafür eingetreten, drittens die Beteiligung der Arbeiter und Volksmassen in den Betrieben und Vierteln, viertens der Kampf für die Arbeitergewerkschaft, ein Hauptthema in allen Versammlungen. Als negative Punkte sind zu nennen die Nichtbeteiligung eines Teils der Belegschaft. Zu Beginn war die Beteiligung total, aber nach 15 Tagen verringerte sie sich auf die Hälfte. Sodann ist die Wirkung der Einschüchterungskampagne der Firma festzuhalten, die über alle Mittel der Kommunikation lief und den Einsatz der staatlichen Unterdrückungskräfte begleitete. Schließlich das Fehlen der Unterstützung durch die Versammlung von Katalonien, ebenso wie das der Versammlung der CC.OO unter dem Einfluß des Revisionismus. Es fehlte auch an Unterstützung durch die CONC (Nationale Arbeiterkommission von Katalonien), die keinen Aufruf erließ, um den Kampf zu stärken, und sich darauf beschränkte, zu sagen, daß sie sich solidarisierte mit den Arbeitern von Motor Iberica. Sie rührte aber keinen Finger zur Unterstützung. Die Arbeiter sind nicht der Ansicht, daß sie geschlagen seien, sondern sie halten ihre Kampfmoral aufrecht und sehen ihren Streik als einen Sieg an auf dem Weg des Kampfes gegen die monopolistische Oligarchie und die ausländischen Konzernherren, denen sie in dieser Firma gegenüberstehen.



Vom 6.7. an fanden zahlreiche Solidaritätsdemonstrationen mit den Arbeitern von Motor Iberica in den Vororten Barcelonas und im Stadtzentrum selber statt.

Stellungnahmen zur gegenwärtigen Lage

In den letzten zwei Wochen häuften sich die Berichte in Presse, Radio und Fernsehen vom Ende des Streiks der Arbeiter von Motor Iberica. Mir kam das äußerst unwahrscheinlich vor, da die Arbeiter von Motor Iberica am 6. Juli bei der Veranstaltung von Luis Llach entschlossen waren, trotz der Ferienzeit weiter zu streiken, bis alle entlassenen Arbeiter wieder eingestellt sind. Ich fuhr am 28. August nach Santa Coloma de Gramanet (Vorort von Barcelona), um die Sache genauer zu untersuchen.

Der Arbeiter, mit dem ich das Interview am 6. Juli gemacht hatte, gab mir folgenden Bericht:

„Wie gesagt, das Angebot der Unternehmensleitung vom 5. Juli war erstens die Entlassung von 33 und zweitens die freiwillige Akzeptierung der Kündigung von 3 Arbeitern sowie die Versetzung von 23 Arbeitern in andere Fabriken. Die Asamblea (Versammlung der Arbeiter, die während des Streiks jeden Tag stattfand, d. Verf.) hatte dies abgelehnt und war entschlossen weiterzustreiken. In den darauffolgenden Tagen fanden viele Solidaritätsdemonstrationen und Kundgebungen statt, wie z.B. Demonstrationen in 9 Vororten, die Demonstration der Arbeiter von Motor Iberica am 7. Juli in den Ramblas (Promenade) von Barcelona, woran 10000 teilnahmen, den Verkehr mit den Stühlen der Cafés blockierten und wo die Polizei scharf gegen die Demonstranten vorging. Am 9. Juli fand in Pueblo Nuevo (Vorort von Barcelona) eine Demonstration für Amnestie und Solidarität mit Motor Iberica statt (8000 Teilnehmer), ebenso in Mollet (2500). Am 11. Juli rief die Asamblea de Cataluna (Zusammenschluß fast aller antifaschistischen Kräfte in Katalonien, d. Verf.) zu einer Demonstration auf, die aber durch das unheimliche Polizeiaufgebot mehr oder weniger undurchführbar gemacht wurde. Am 11. Juli machten 30000 Arbeiter des Industrieorts Baix Llobregat bei Barcelona einen Solidaritätsstreik von zwei Stunden. Außerdem streikten in Rom die Arbeiter der „Bruder"-Fabrik (eine Fabrik, die ebenfalls wie Motor Iberica zum kanadischen Massey-Ferguson-Konzern gehört) eine Stunde aus Solidarität mit uns. Die finanzielle Hilfe, die wir im In- und Ausland erhielten, half uns, einigermaßen über die Runden zu kommen.

In der Asamblea am 13. Juli schlugen die Mitglieder der PSUC (revisionistisch entartete Kommunistische Partei Kataloniens, Bruderpartei der PCE, d. Verf.) vor, das Angebot der Unternehmensleitung in bezug auf die 33 Entlassenen anzunehmen, obwohl sie am Tag zuvor gegen die Entlassungen waren. Die Arbeiter waren empört und stimmten alle gegen die Entlassung der 33. Es ging das Gerücht um, daß Führer der PSUC mit Regierungsmitgliedern verhandelt hatten und deshalb von einem Tag auf den anderen ihre Position wechselten. Von da an begannen die Mitglieder der PSUC eine Antistreikpropaganda, die im Endeffekt zur Demoralisierung vieler Arbeiter führte. Da die Revisionisten die Arbeiter demoralisiert und die Streikfront gespalten hatten, traten wir erneut in Verhandlungen mit der Unternehmensleitung ein; gleichzeitig begann die Pressekampagne, der „Konflikt bei Motor Iberica" sei gelöst, wurde verbreitet. Die Unternehmensleitung hielt nun nicht einmal ihr Angebot (siehe oben) aufrecht, sondern sagte, wer
nun nicht einmal ihr Angebot (siehe
oben) aufrecht, sondern sagte, wer
wolle, solle arbeiten; sie selbst würde aber bestimmen, wen sie wieder einstellen würde. Einige Arbeiter ließen sich einschüchtern und nahmen die Arbeit wieder auf, so daß wir am 4. August in der Asamblea beschlossen, die Unternehmensleitung aufzufordern, uns alle wieder einzustellen. Die Unternehmensleitung, die in Ferien war, wollte die Arbeiter ab 16. August „langsam" wieder einstellen. Die Syndikatsvertreter, die am 16. August wegen der besonderen Gesetze, die für sie in bezug auf ihre Entlassung gelten, noch nicht entlassen waren, gingen zur Unternehmensleitung (wahrscheinlich um zu verhandeln, d. Verf.). Sie wurden daraufhin fristlos entlassen (11 in der Fabrik von Pueblo Nuevo, 11 in der von Moncada und 4 in der von Zona Franca, drei Stadtteile von Barcelona, d. Verf.). Ab 16. August wurden in jeder der drei Fabriken 40 Arbeiter wieder eingestellt. Die Bedingungen diktierte die Unternehmensleitung. Es ist eine Unverschämtheit, uns einen neuen Vertrag unterschreiben zu lassen, wo wir schon einen haben. Die größte Frechheit ist die Bedingung, daß wir uns drei Monate lang nicht politisch betätigen dürfen, was angesichts der Tarifverhandlungen im Oktober sehr nachteilig für uns ist. Außerdem hält die Unternehmensleitung alle Zuschläge in bezug auf die in der Fabrik abgeleisteten Jahre zurück und es ist nicht klar, ob wir sie jemals wieder bekommen.

Es sind also jetzt noch 500 Arbeiter auf der Straße. Unsere Situation ist sehr schlecht, weil man aufgrund der Pressehetze glaubt, wir hätten schon längst aufgehört, zu streiken, und „der Konflikt sei gelöst". Deshalb ist es auch schlecht mit der finanziellen Hilfe, die wir vorher bekommen haben. Trotz allem glauben wir, daß der Streik keine Niederlage war, obwohl wir unsere Forderungen nicht durchsetzen konnten. Während des Streiks haben viele Arbeiter ein Klassenbewußtsein entwickelt; viele haben gemerkt, daß uns weder der Arbeitsminister noch die Vertreter der Zwangsgewerkschaft noch der König helfen. Die drei Fabriken von Motor Iberica haben engeren Kontakt geschlossen, so daß Verbindungen für einen späteren Streik geschaffen worden sind. Wir haben viele Arbeitskameraden politisch besser kennengelernt.

Generell sind die Arbeiter sehr böse auf die PSUC, weil sie schuld ist am Zusammenbruch der Streikfront."

Auf die Frage, wer vor allem den Streik organisiert hat, antworteten die Arbeiter einstimmig, daß das die Comisiones Obreras (CC.OO) gewesen seien, und betonten, daß die meisten Arbeiter „parteiunabhängig" seien. Die Marxisten-Leninisten von der PT (Partido de Trabajo) hätten sich an die Abstimmungen der Asamblea gehalten. Die „Verräter" von PSUC dagegen hätten das Votum der Asamblea überhaupt nicht interessiert.

„Um als Partei legalisiert zu werden, müssen die Revisionisten der Regierung zeigen, daß sie stark sind und ei-
müssen die Revisionisten der Regie-
rung zeigen, daß sie stark sind und ei-
nen Streik genauso bremsen wie sie ihn in die Wege leiten können. Die PSUC ist eine bourgeoise Partei. Einige Mitglieder der PSUC sind aufgrund der Erfahrung, die sie im Streik gemacht haben, aus der Partei ausgetreten." (Ein anderer Arbeiter von Motor Iberica)

„Im Prozeß, der am 16. September stattfindet, wird entschieden, welche Arbeiter wieder eingestellt werden. Diejenigen, die den Prozeß gewinnen, werden aber vor dem 25. September nicht eingestellt und bekommen erst zwei Wochen später das erste Gehalt; das heißt unsere ökonomische Situation ist sehr bedenklich. Wir haben das Geld aus der Streikkasse nur zum Essen benutzt. Wir mußten während vier Monaten alle Ratenzahlungen zurückstellen; wir wissen nicht, wie wir die Bücher und das Schulgeld für unsere Kinder bezahlen sollen, die im September das neue Schuljahr beginnen usw. Deshalb sind wir über jede Peseta froh, die ihr uns aus Solidarität spendet. Wir danken euch für eure Solidarität." – (k., Valencia)

Spendenkonto:
Postscheckkonto Hamburg Nr. 26 21 55-200, Uwe Mäffert, Stichwort: Motor Iberica

Reaktionäres Fabrikgesetz

In Puerto Sagunto wurde am 6. August über das neue Arbeitsgesetz auf einer Arbeiterversammlung berichtet und beraten. Bis 1975 habe das „Gesetz über die Tarifverträge" gegolten. Besonders der Artikel 103 sei für die Kapitalisten die rechtliche Grundlage gewesen, um alle Arbeiter, die sich an einem Streik beteiligt hatten, zu entlassen.

Im neuen Gesetz ist der berüchtigte Artikel 103 weggefallen. Anstelle dieses Artikels tritt im neuen Gesetz der Artikels 35, nach dem das Arbeitsgericht entscheidet, ob der Arbeiter „schuldig" ist oder nicht. Entscheidet das Arbeitsgericht, daß der Arbeiter „schuldig" ist, kann ihn das Unternehmen entlassen, muß ihm aber eine bestimmte Summe Geld auszahlen. Entscheidet das Arbeitsgericht, daß der Arbeiter „unschuldig" ist, kann eine Klausel in Kraft treten, die besagt, daß der Arbeiter nicht wieder eingestellt werden muß, wenn die Unternehmensleitung Gründe dafür hat, daß er den „Arbeitsfrieden" stört.

Weiter beibehalten können die Kapitalisten die „eventuales". Das sind jene Arbeiter, die nur einen Vertrag für zwei Wochen bekommen und danach wieder entlassen werden. Es gibt Arbeiter, die seit Jahren „eventuales" sind, d.h. dauernd entlassen und wieder eingestellt werden. Die Kapitalisten halten sich damit eine Reservearmee, auf die sie jederzeit zurückgreifen können.

Ein weiterer auf der Veranstaltung vorgebrachter Kritikpunkt war, daß in dem Gesetz kein Verbot der „schwarzen Listen" enthalten ist. Über diese Listen sorgen die Kapitalisten dafür, daß ein entlassener Arbeiter nirgends in der Gegend mehr unterkommen kann. Einer der Arbeiter erklärte: „Uns hilft nur unsere Solidarität und keine Gesetze. Und die einzige Front, die wir gegenüber der Unternehmensleitung haben, ist die Versammlung aller Arbeiter. Alles in allem, das neue Arbeitsgesetz ist nur ein Schmuckwerk, um Demokratie vorzutäuschen." (k., zur Zeit Valencia)

Der westdeutsche Kapitalexport nach Spanien steigt

„Niedrige Steuern und Löhne locken ausländisches Kapital an." „Wachstumsgrenzen nicht in Sicht." Das schrieb ein Vertreter der „Deutschen Handelskammer für Spanien" in der Zeitung „Die Welt" am 9. Juli.

Betrug das nach Spanien exportierte Kapital im Jahr 1961 gerade 2,6 % des von der westdeutschen Bourgeoisie im Ausland investierten Kapitals, so beträgt es im Jahr 1974 über 7 %. Es hat sich in diesem Zeitraum nahezu *verdreißigfacht*, wie der folgenden Aufstellung zu entnehmen ist:

Jahr	Millionen DM	Prozent
1961	99,0	2,6 %
1962	124,8	2,6 %
1963	181,1	3,4 %
1964	230,6	3,1 %
1965	296,2	3,6 %
1966	387,1	3,9 %
1967	468,2	3,9 %
1968	549,9	3,8 %
1969	732,4	4,2 %
1970	884,7	4,2 %
1971	1107,3	4,7 %
1972	1596,3	6,0 %
1973	2344,1	7,3 %
1974	2637,0	7,2 %

(Quelle: H. Krägenau, Internationale Direktinvestitionen 1950 bis 1973, Hamburg 1975, S. 124)

In der Rangliste der ausländischen Kapitalanleger in Spanien nimmt der westdeutsche Imperialismus hinter dem US-Imperialismus den zweiten Platz ein. Das westdeutsche Finanzkapital investiert vor allem in der Chemie und der Elektroindustrie. Höchst, Bayer, BASF, Siemens, AEG und Grundig sind für die spanischen Arbeiter die bekanntesten Ausbeuter des westdeutschen Finanzkapitals geworden. 1975 war u.a. der Schwerpunkt der Investitionen die Automobilbranche. Der Warenexport, der die Grundlage für den Kapitalexport ist, steigt ständig weiter an. Wie aus der offiziellen deutsch-spanischen Handelsbilanz hervorgeht, ist der Warenexport der westdeutschen Konzerne nach Spanien von 3,35 Milliarden DM im Jahr 1973 auf 4,3 Milliarden DM im Jahr 1974 angestiegen. Die spanischen Lieferungen in die BRD stagnierten bei rund 2 Milliarden DM. 88 % der gelieferten westdeutschen Waren bestanden aus gewerblichen Fertiggütern.

---

(1) UGT, USD, SOC: Sozialdemokratische Gewerkschaften; CNT: Staatliche Syndikate

(2) Die Partei der Arbeit Spaniens (PTE) und die Revolutionäre Arbeiterorganisation Spaniens (ORT) sind dabei, im Bestreben, die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, wieder aufzubauen, sich in einer einheitlichen marxistisch-leninistischen revolutionären Organisation zu vereinigen.

Versammlung der CCOO: Es gibt betriebliche Arbeiterkommissionen, die den Streik führten und zentrale Versammlungen der CCOO auf regionaler und nationaler Ebene, die den Streik nicht unterstützten.

Imperialisten in Südafrika

Ernst-Otto Czempiel, „Professor für auswärtige Politik und internationale Politik an der Universität Frankfurt", Verfechter imperialistischer Interessen im südlichen Afrika, hat in der Beilage zum „Parlament" einen Artikel veröffentlicht: „Die Politik der USA im südlichen Afrika." Im folgenden einige Zitate. (Aus Politik und Zeitgeschichte 30/76)

Aufrüstung des Kolonialregimes. „Hinsichtlich der militärischen Zusammenarbeit konnten die Vereinigten Staaten ständig auf das von ihnen autonom und initiativ verhängte Waffenembargo (Verbot von Waffenausfuhr) von 1963 hinweisen ..." Dabei handelte es sich bloß um ein Täuschungsmanöver gegen die Völker der Welt. „Im Rahmen der Lieferungen, die vor der Verhängung des Embargos verabredet worden waren, verkauften die USA Munition und Ersatzteile bis 1973 im Werte von 23268,574 Millionen Dollar an die Republik," „... von 1967 bis 1972 Flugzeuge im Werte von 273 Millionen Dollar", Radioausrüstungen dazu im Wert von 22 Millionen Dollar, von „1969 bis 1972 ... Herbizide", wie sie für „Entlaubungsaktionen in Angola und Mocambique" eingesetzt wurden, „im Werte von 9,6 Millionen Dollar". „Von 1961 – 1971" wurden „Waffen im Werte von 40 Millionen Dollar geliefert", „sogar ... angereichertes, d.h. für Waffenzwecke verwendbares Uran." „... Berechnungen zufolge könnten mit den 97 Pfund, die bis Mitte Januar 1975 ausgeliefert waren, sieben Atombomben hergestellt werden." „Die Lieferung ist Teil des bilateralen Abkommens für die Zusammenarbeit in der friedlichen Nutzung von Atomenergie, das die Vereinigten Staaten 1957 mit der Republik abgeschlossen hatten und das noch bis 1977 in Kraft bleibt."

Imperialistische Stützpunkte. „Vier Luft- und Raumfahrtstationen unterhalten" die USA. Von weiterer besonderer Bedeutung zur Sicherung der Schiffahrtswege im Südatlantik und Indischen Ozean im Ringen um Hegemonie mit dem Sozialimperialismus ist der Stützpunkt Simonstown: „Der südafrikanische Verteidigungsminister Bota erklärte öffentlich, daß der Stützpunkt Simonstown allen westlichen Staaten offenstehe. Südafrika ließ sogar Ende 1974 west- allen westlichen Staaten offenstehe. Südafrika ließ sogar Ende 1974 westliche Journalisten einen Blick in die Observations-Einrichtungen der Marinebasis in Simonstown werfen; sie ist, den Berichten zufolge, vorzüglich ausgerichtet – im übrigen durchweg mit westdeutschen Instrumenten."

Investitionen und Kapitalexport. Nach US-amerikanischen Angaben „dürfte das Volumen der amerikanischen privaten Direktinvestitionen in der Republik Südafrika 1973 etwa 900 Millionen Dollar betragen haben, 1975 ca. 1,3 Milliarden". In den Jahren 1973 und 1974 hat „der Kapitalexport aus den Vereinigten Staaten wieder zugenommen (1973 120 Mio Dollar, 1974 380 Mio Dollar)".

Profite. „Während die durchschnittliche Rendite amerikanischer Auslandsinvestitionen bei rund 11 % lag, lag sie in Südafrika zwischen 17 und 20 %. In einzelnen Industriezweigen lag sie jedoch sogar erheblich höher. Im Bergbau wurde 1965 eine Rendite von 50 %, 1970 noch immer eine von 46 % erzielt. In der Ölindustrie waren es 1970 nur 12 %, 1968 hingegen 17 %. Die Rendite in der Industrie schwankte zwischen (1965) 20 % und (1970) 16 %. Das Hauptmotiv der amerikanischen Investitionen in der Republik ist damit eindeutig erkennbar."

Rohstoffe. „Schließlich müssen die amerikanisch-südafrikanischen Handelsbeziehungen auch unter dem Aspekt der Rohstoffversorgung der Vereinigten Staaten gesehen werden." „Unter diesem Aspekt waren die Handelsbeziehungen mit der Republik Südafrika immer schon interessant, denn die Republik produziert einen großen Teil der Weltförderung solcher Rohstoffe. Ein Viertel bis sogar ein Drittel der Weltförderung von Chrom, Vanadium, Antimon, Platin und Schiefersilikaten kommen aus der Republik. Ihr Anteil an der Goldproduktion lag 1969 knapp unter 70 %. Die Vereinigten Staaten bezogen 1969 fast drei Viertel ihres Uranimports aus der Republik Südafrika, 28,2 % des Antimons, 23,9 % der Schiefersilikate und 22,9 % des Chroms."

Vier Lastwagen für die ZANU bis zum 3. Oktober

Am 31. Mai hat der Ständige Ausschuß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) dazu aufgerufen, die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU gegen das rhodesische Siedlerregime und den Imperialismus zu verstärken und dazu eine Sammlung durchzuführen, um vier Lastwagen für die Lager der Befreiungskämpfer in Mozambique zur Verfügung zu stellen. Als Ziel gaben wir damals 215000 DM an, da die ZANU LKWs mit 8 Tonnen Gesamtgewicht gefordert hatte.

Die Gespräche mit der Delegation der ZANU aus Anlaß der Rundreise des Genossen E. Tekere, Mitglied des ZK der ZANU, in der BRD ergaben jedoch, daß größere LKWs notwendig sind, um den Erfordernissen in Mozambique zu entsprechen. Wir einigten uns deshalb auf die Bestellung von einem Dreiachser mit 26 Tonnen Gesamtgewicht und drei Zweiachsern mit je 16 Tonnen Gesamtgewicht, außerdem auf verschiedene Zusatzausrüstungen wie Seilwinden, mit denen sich ein LKW selbst aus Schlamm befreien kann, Sitzbänke, Wassertank und große Werkzeugausrüstung.

Ein Zweiachser kostet ohne Aufbauten 65900 DM, die Aufbauten kosten zirka 19000 DM je Fahrzeug, die Seilwinden zusammen etwa 23000 DM. Der Dreiachser kostet zum Beispiel fertig 136310 DM.

Insgesamt kosten die Fahrzeuge zirka 453000 DM, als Rabatt wird zusätzlich ein Landrover mitgeliefert. Dazu kommen voraussichtlich 80000 bis 100000 DM Frachtkosten, so daß insgesamt 550000 DM aufgebracht werden müssen.

Der Kampf des Volkes von Zimbabwe auf der Grundlage, daß nur im bewaffneten Befreiungskampf und auf die eigenen Kräfte vertrauend die Unabhängigkeit errungen und die Herrschaft des Imperialismus beseitigt werden kann, und die proletarische Linie in der Organisierung der Solidarität in Westdeutschland haben zu einer Masseninitiative geführt, die es uns ermöglichte, bisher **437529,25 DM** zu sammeln. (Stand 6.9.)

Gerade die Einleitung des zweiten Entspannungsmanövers durch die beiden Supermächte und die Rassistenregimes beweist, daß es notwendig ist, besondere Anstrengungen in der Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU zu machen. Wie das erste Entspannungsmanöver scheiterte, weil es den Imperialisten nicht gelang, die ZANU zu zerschlagen und den bewaffneten Kampf zu unterdrücken, so wird daran auch das zweite Entspannungsmanöver scheitern. Wir setzen uns zum Ziel, die noch fehlenden 110000 DM bis zu den Bundestagswahlen, bis zum 3. Oktober, aufzubringen und mit diesem Datum die Sammlung abzuschließen.

Der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe ist gerecht, er findet breite Sympathie und Unterstützung in den Massen, die Politiker des BRD-Imperialismus hassen und fürchten ihn. Der Wahlkampf ist eine ausgezeichnete Gelegenheit, um gegen sie die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland und Westberlin in der Unterstützung des Volkes von Zimbabwe zusammenzuschließen und das gesetzte Ziel zu erreichen.

Zentrales Komitee
Ständiger Ausschuß
gez. Hans-Gerhart Schmierer

4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe



Konstostand am 6.9.: DM 437 529,25

ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim 106 83 26

ZANU-Kleidersammlung

An vielen Orten wurde die Rundreise der ZANU-Delegation unter Leitung des Genossen Tekere und die Sammlung für vier LKWs für die ZANU verbunden mit der Fortführung der Kleider- und Gerätesammlung.

Der Erfolg zeigt die Unterstützung, die der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe in der Arbeiterklasse und im Volk in Westdeutschland und Westberlin findet.

Weitere Sendung am 30. August nach Mozambique eingeschifft:
1 050 Kleidersäcke mit 15 090 Kilo verschiedener Kleider / 1 Druckmaschine Marke Geha / 1 komplette Einrichtung einer Zahnarztpraxis / 8 Nähmaschinen (mechanischer und elektrischer Antrieb) / 5 Schreibmaschinen / 25 Radios / 11 Tonbandgeräte / 1 Megaphon / etwa 100 Uhren / 72 Wecker / außerdem Ferngläser, Fotoapparate, Mikrofone, Rasierapparate, Taschenlampen, Verbandkästen, Tonbänder, Kompasse.

Die Kleider- und Gerätesammlung wird kontinuierlich fortgesetzt. Kleider gewaschen, Geräte in einsetzbarem Zustand abzuliefern bei

Büro des KBW,
Gröpelinger Heerstraße 261,
2800 Bremen,
Telefon 0421 / 6 16 16 04

Neues Entspannungsmanöver im südlichen Afrika

„Keinen Zweifel kann es geben", erklärte U.A. Chidoda, Vertreter der ZANU in Kanada, in „Chimurenga" Nr. 7, „daß das Ergebnis des kürzlichen Treffens der beiden Erzfeinde der Befreiung Zimbabwes, Kissinger und Vorster, für Zimbabwe wenig Gutes bringen wird. Keinen Zweifel kann es auch daran geben, daß dort in Bayern ein Komplott geschmiedet wurde, um im südlichen Afrika nun das Entspannungsmanöver Nr. 2 einzuleiten, nachdem das Entspannungsmanöver Nr. 1 seine wesentlichen Ziele nicht erreicht hat: das Aufbrechen der afrikanischen Einheit, indem einige Länder zu wirtschaftlichen Sklaven gemacht werden und darüber zu Verbündeten Südafrikas (Sambia war dabei Südafrikas Hauptopfer); die Befreiungsstreitkräfte in Zimbabwe und Namibia zu vernichten; eine neokolonialistische schwarze Regierung in Zimbabwe so schnell wie möglich zu errichten."

Kissinger und Vorster haben sich am Wochenende in Zürich erneut getroffen, um diese Entspannungsmanöver weiter zu betreiben. In Namibia funktioniert ihr Verfassungsschwindel nicht: in Azania schaffen sie es nicht.tioniert ihr Verfassungsschwindel nicht; in Azania schaffen sie es nicht, den Aufschwung des Kampfes der schwarzen Massen zu unterdrücken, und in Zimbabwe gewinnt der Befreiungskampf des Volkes täglich mehr Kraft. Das ist das Hauptthema ihres Treffens. Kissingers Plan für Zimbabwe sieht eine „schwarze Mehrheitsregierung" vor, die binnen einer Übergangszeit von zwei Jahren gebildet werden soll. Zunächst handelt es sich bei seinen Plänen um Zeitgewinn für das Smith-Regime, um den bewaffneten Befreiungskampf zu zerschlagen. Dann handelt es sich um die Verwandlung Zimbabwes in eine Neokolonie des Imperialismus: Der koloniale Staatsapparat soll aufrechterhalten werden, bloß die Regierung mit afrikanischen Politikern besetzt werden. Die weißen Siedler, die weiterhin in Zimbabwe bleiben, sollen eine „Garantie für die Rechte der weißen Minderheit" erhalten. Weder haben diese irgendein Recht auf Herrschaft über Land und Volk von Zimbabwe noch haben sie irgendwelche Minderheitenrechte. Sie sind ein Pack von Siedlern, Kolonialisten, die Volk und Land Zimbabwes als Degen des Imperialismus beherrschen und unterdrücken. Diese Siedler sollen dafür, daß sie etwas von ihrem zusammengeraubten Besitz abgeben, eine „Entschädigung" von 1,5 bis 2 Milliarden US-Dollar erhalten. So wird gleich die Konterrevolution finanziert. Dabei sind sich Kissinger und Vorster darüber im klaren, daß das Volk von Zimbabwe nicht das Smith-Regime beseitigen will, um dann in neokoloniale Abhängigkeit zu geraten. Deshalb sollen in dieser Übergangszeit „internationale Garantien" errichtet, d.h. nichts anderes als die Intervention imperialistischer Truppen ermöglicht werden.

Gleichzeitig rivalisiert die sozialimperialistische Supermacht mit dem USA-Imperialismus um die Hegemonie über Zimbabwe. Dabei setzt sie auf Spaltung und Infiltration in die Befreiungsbewegung Zimbabwes über die Spaltung und Infiltration in die Befreiungsbewegung Zimbabwes über die ZAPU und Nkomos African National Council, unter welcher Bezeichnung die ZAPU neuerdings vor allem auftritt. Schon seit 1966 bildet die Sowjetunion Soldaten für die ZAPU aus, die jedoch den bewaffneten Volkskrieg gegen den Feind nicht aufgenommen haben. 1974 hat die Sowjetunion das erste Entspannungsmanöver unterstützt und bestärkt seither Nkomo darin, gegen die Fortführung des bewaffneten Befreiungskampfes aufzutreten und mit dem Smith-Regime eine Verfassungsreform auszuhandeln. Smith geben die Sozialimperialisten aus diesem Interessen heraus folgende Empfehlung:

„Offenkundig sind alle Versuche der rhodesischen Regierung, die Probleme des Landes durch Anwendung von Gewalt zu lösen, ohne Zukunftsaussichten. Es gibt nur einen Lösungsweg, der den weißen Rhodesiern offen steht: eine Übertragung der Macht an das ganze Volk, mit festen Garantien für die weiße Bevölkerung. Dies wurde vom Afrikanischen Nationalrat (ANC) von Zimbabwe vorgeschlagen. Der Rat strebt eine gerechte Lösung der rhodesischen Probleme an. Der Rat vertritt in seinem Programm mit Nachdruck das Verbot jeder Form von Diskriminierung und die Schaffung von Bedingungen für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen den weißen und den schwarzen Bürgern zum Wohle des Fortschritts des Landes. Dieser Plan dient den Interessen aller Rhodesier, den Europäern und den Afrikanern." (Radio Moskau in englischer Sprache für Afrika, 11. August)

Indem sie Nkomo, der kürzlich ein Büro in Luanda, der Hauptstadt Angolas, eröffnete, eine Armee aufzubauen versuchen, bereiten sich die Sozialimperialisten auf die Situation einer Übergangsregierung vor, um wie in Angola das Volk zu spalten und einen Bürgerkrieg anzetteln zu können.

Das erste Entspannungsmanöver der

Das erste Entspannungsmanöver der Imperialisten ist daran gescheitert, daß das Volk von Zimbabwe unter Führung der ZANU daran festgehalten hat, daß Zimbabwe von Kolonialismus und Imperialismus nur im bewaffneten Kampf und gestützt auf die eigene Kraft befreit werden kann. Jetzt leiten diese das zweite Entspannungsmanöver ein: „Der Kampf wird schwerer werden, wie es in der Revolution nie leichte Siege geben kann." „Aber die Politisierung der Massen und der ungeheure Mut, den unser Volk über viele Jahre des Kampfes gezeigt hat, bedeutet, daß das Volk von Zimbabwe nicht ruhen wird, bis es die vollständige Befreiung erlangt hat, was immer die Machenschaften der Imperialisten und ihrer schwarzen Handlanger sein mögen." (U.A. Chidoda, Chimurenga Nr. 7) – (hl)

Solidaritätsaktionen mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe

Volkes von Zimbabwe

Am **Limburger Flohmarkt** führte die Sympahisantengruppe Limburg des KBW eine Spendenaktion für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe durch. Es wurden alte Schallplatten und Bücher verkauft. Wir hatten bestimmte Preise für die einzelnen Sachen festgesetzt. So kamen rund 270 DM für die vier Lastwagen für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zusammen. Es wurden 24 KVZ verkauft und revolutionäre Literatur für über 40 DM, darunter: 9 Programme des KBW, 2 Manifest der Kommunistischen Partei, 3 Staat und Revolution, 4 Zimbabwe Chimurenga, 2 Freiheit für Zimbabwe. – (Sympathisantengruppe Limburg)

Der **Kommunistische Jugendbund Hamburg** führte am 28.8. eine Festveranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durch. Große Aufmerksamkeit bei den 150 Teilnehmern fand ein Dia-Vortrag, mit dem über die Geschichte und die aktuelle Lage im Befreiungskampf berichtet wurde. Insgesamt konnten an dem Abend knapp 500 DM für den Befreiungskampf gesammelt werden. Vor der Veranstaltung hatte die Zelle des KJB Eimsbüttel-Hoheluft über 120 DM unter der Jugend in Eimsbüttel gesammelt. Damit erhöht sich die Spende, die der KJB unter der Jugend gesammelt hat, auf über 800 DM. (nach Ortsbeilage Hamburg zur KVZ Nr. 35)

Das Zimbabwe-Solidaritätsfest des **Kommunistischen Jugendbundes Westberlin** erbrachte 160 DM. Am letzten Sonntag wurde im Rahmen des Sportfestes des KJB ein Volleyball- und Fußballturnier durchgeführt. Startgeld der teilnehmenden acht Mannschaften sowie die Versteigerung eines von Schülern der Lily-Braun-Oberschule gemalten Bildes führten zum Spendenergebnis.

Vietnamesische Arbeiter bauen Wärmekraftwerk auf

Im Norden Vietnams wurde eines der größten Wärme-Kraftwerke des Landes gebaut. Die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua berichtet am 12. August 1976 nach einer Meldung aus Hanoi über die Entwicklung und kürzliche Fertigstellung:

„Das Kraftwerk ist das Ergebnis der gemeinsamen harten Arbeit vietnamesischer und chinesischer Arbeiter und technischen Personals während mehrerer Jahre." „In den schwierigen Tagen des Krieges gegen die US-Aggression und für die nationale Rettung hat die vietnamesische Regierung im Oktober 1970 den Beschluß gefaßt, ein Kraftwerk am Fuße des Berges Can Dieu zu bauen. Damit sollte den dringenden Erfordernissen des Krieges und des Wiederaufbaus entsprochen werden. Zusammen mit den vietnamesischen Volksmassen hatte das chinesische technische Personal Mitte März 1971 die geologische Untersuchung erfolgreich beendet. Drei Wochen später wurde offiziell mit dem Bau des Kraftwerkes Ninh Binh begonnen. Maschinen, Ausrüstung und die wichtigsten Baumaterialien – von China kostenlos zur Verfügung gestellt – kamen in einem endlosen Strom zur Baustelle.

Die Bauarbeiten schritten gegen viele Schwierigkeiten, besonders wegen der Sümpfe und der komplizierten geologischen Struktur unter dem Berg Canh Dieu, voran. Nichts konnte die Erbauer der Anlage einschüchtern. Die Kampfgenossen aus beiden Ländern haben in sechs Monaten harter Arbeit die Fundamente der wichtigsten Gebäude der Anlage gelegt, wobei sie alle Schwierigkeiten überwanden.

Als die Bauarbeiten in vollem Gang waren, begann die US-Luftwaffe die Baustelle von Mai 1972 an zu bombardieren. Obwohl dadurch die Bauarbeiten zum Erliegen kamen, ergriffen die Kampfgenossen aus den beiden Ländern jede Gelegenheit, um die wichtigsten Ausrüstungsgegenstände und Materialien in Sicherheit zu bringen. Sie scheuten dabei kein Opfer und keine Schwierigkeit, um die spätere Wiederaufnahme der Arbeit zu erleichtern. Als sie Anfang März 1973 aufs neue begannen, wurden rasch Tausende Tonnen Ausrüstung und Materialien zur Baustelle zurückgebracht, die zuvor in Sicherheit gebracht worden waren. In sieben Monaten angestrengter Arbeit wurden Hunderte Bombenkrater von den Erbauern der Anlage aufgefüllt und viele Werkstätten wieder hergestellt. Am 19. Mai 1974, dem 84. Geburtstag des früheren Präsidenten Ho Chi Minh, vollendeten die Arbeiter und Techniker aus den beiden Ländern die Installation des ersten Generatoren-Satzes. Die Stromerzeugung konnte nach Überwindung der vielen Schwierigkeiten, die wegen heftigen Regens eintraten, noch vor dem geplanten Zeitpunkt begonnen werden. Im Dezember 1974, November 1975 und im vergangenen März wurde der zweite, dritte und vierte Generatorensatz in Betrieb gesetzt.

Viele vietnamesische technische Arbeiter wurden im Verlauf der Fertigstellung und Inbetriebnahme der Anlage herangebildet. Nunmehr sagten die chinesischen Arbeiter und Techniker ihren vietnamesischen Waffenbrüdern Lebewohl und reisten Gruppe auf Gruppe zurück in ihre Heimat. Bei der Abreise teilten sie die Freude des Sieges, den sie durch die gemeinsamen Anstrengungen in den vergangenen sieben Jahren errungen haben."

Die 1. Gemeinderatssitzung nach der Wahl

Am 20. April 1975 wurde Helga Rosenbaum in den Gemeinderat gewählt. Für den KBW waren 2183 Stimmen (3,6 %) abgegeben worden. Bereits auf der ersten Gemeinderatssitzung wurde Helga Rosenbaum, nachdem zuvor die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden war, aus der Sitzung ausgeschlossen und von Polizei abgeführt, weil sie zusammen mit der anwesenden Öffentlichkeit gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen aufgetreten war. CDU-Stadtrat Gehring dazu in einer Presseerklärung vom 26. Mai 1975: „In einer Demokratie gibt es neben dem Wählerwillen als Souverän im übrigen noch Verfassung und Gesetze.“ Oberbürgermeister Zundel hatte gleich nach der Wahl die 39 nach seiner Aussage allein „demokratisch gewählten Gemeinderäte“ zu einer großen Koalition gegen die kommunistische Stadträtin aufgefordert und Helga Rosenbaum das Recht abgesprochen, im Namen ihrer Wähler aufzutreten.

Im Auftrag des Finanzkapitals

Nach Angaben des Stadtkämmerers Fränkel standen im Jahr 1975 „überraschenderweise“ aus Gebührenerhöhungen 5,3 Millionen DM zusätzlich im Stadthaushalt zur Verfügung. Mit dem Einsatz von 3000 Polizisten wurden zusätzliche Millionen aus der Ausplünderung der Massen gesichert durch die Erhöhung der Fahrpreise. 24,3 Millionen Mark sieht der Stadthaushalt 1976 für Zahlungen an die Banken vor.

HSB-Prozesse

Gegen fünf Teilnehmer der Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen wurden bisher Gefängnisstrafen ausgesprochen. Die Absicht, der bisherigen Bilanz von 61 1/2 Monaten Gefängnis und fast 10000 DM Geldstrafen noch weitere hinzuzufügen, kann die Heidelberger Justiz zur Zeit nicht mehr so ohne weiteres verwirklichen: Die HSB-Prozesse stoßen inzwischen auf so breiten Widerstand, daß Stadtbürokratie und Justiz sich nur noch mit wilden Prügeleinsätzen im Gerichtsgebäude und an Informationsständen in der Stadt, mit Hausverboten und Ausweiskontrollen im Gericht zur Wehr setzen können. Oberbürgermeister Zundel jammert, „daß eine ordnungsgemäße Gerichtsverhandlung unter dem illegalen Druck der Menge auf gewaltsame Weise unterbrochen ... und der Anschein erweckt wird, daß offensichtlich die ‚Massen‘ selbst in der Lage und befugt sind, mit eigenen Aktionen rechtsstaatliche und in gerichtsförmiger Weise durchgeführte Prozesse zu stoppen ...“ – (Nach: Arbeiter-Zeitung, Regionalbeilage Nr. 35)

richtsgebäude und an Informationsständen in der Stadt, mit Hausverboten und Ausweiskontrollen im Gericht zur Wehr setzen können. Oberbürgermeister Zundel jammert, „daß eine ordnungsgemäße Gerichtsverhandlung unter dem illegalen Druck der Menge auf gewaltsame Weise unterbrochen ... und der Anschein erweckt wird, daß offensichtlich die ‚Massen‘ selbst in der Lage und befugt sind, mit eigenen Aktionen rechtsstaatliche und in gerichtsförmiger Weise durchgeführte Prozesse zu stoppen ...“ – (Nach: Arbeiter-Zeitung, Regionalbeilage Nr. 35)

Betriebsrat der Firma Teldix gegen HSB-Prozesse

Der Betriebsrat der Firma Teldix in Heidelberg Wieblingen hat den DGB aufgefordert, in der Öffentlichkeit darauf hinzuwirken, daß solche Urteile wie in den HSB-Prozessen nicht mehr gefällt werden. – Die ÖTV-Gewerkschaftsgruppe am Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ) hat die Einstellung aller HSB-Prozesse gefordert. Das forderten ebenfalls die Arbeiter und Angestellten der Universitätskliniken auf einer Veranstaltung im Schwesternhochhaus. – Bei einem der letzten JSB-Prozesse wurde an die Wand des Gerichtssaals in großen Lettern geschrieben: Weg mit allen HSB-Prozessen!

Gerichtsverfahren gegen Rechtsanwälte Härdle/Kempf

Gegen die Anwälte Härdle und Kempf, die in den meisten HSB-Prozessen die Verteidigung führten, geht Oberbürgermeister Zundel gerichtlich vor, wozu er zunächst Verleumdungen und falsche Behauptungen in die Presse brachte, um sie danach vor Gericht zu „beweisen“. In einem ellenlangen Schriftsatz an das Verwaltungsgericht klagt er darüber, daß die Rechtsanwälte versucht hätten, in den HSB-Prozessen ein „lediglich politischen Zwecken des KBW dienendes Tribunal“ gegen ihn zu veranstalten, als er als Zeuge geladen war. Das Gericht hatte bei seiner Zeugenvernehmung sämtliche Fragen der Verteidigung zurückgewiesen und schließlich die Vernehmung vorzeitig abgebrochen.

Kein Ausschluß von Helga Rosenbaum aus dem Gemeinderat!

Während im Rathaus am 2. September die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen Helga Rosenbaum beschlossen wird, findet auf dem Universitätsplatz eine Kundgebung statt. Während der Kundgebung wird aus verschiedenen Stadtteilen und Betrieben von Protesten gegen den geplanten Ausschluß berichtet. Die Genossin Rosenbaum, die von der Polizei aus dem Rathaussaal heraus „zu einer erkennungsdienstlichen Behandlung auf das Präsidium abgeführt worden war, spricht noch am Schluß der Versammlung und fordert auf, die von den Teilnehmern beschlossene Resolution sofort in die Tat umzusetzen und den Beschluß des Gemeinderats und seine Gründe in der Stadt zu verbreiten. Die Kundgebungsteilnehmer ziehen in mehreren Trupps in die Stadtteile.

Eine davon geht zum Bahnhof. Sofort bildet sich eine größere Menschenmenge. Die dazugekommene Bahnpolizei bleibt am Rande stehen. Der geplante Ausschluß stößt auf fast einhellige Ablehnung. Die später auch noch dazukommende Schutzpolizei wagt ebenfalls nicht einzugreifen.

Am Freitag und Samstag wird die Agitation gegen den Ausschluß fortgesetzt. Unterschriften unter die Resolution vom Donnerstag werden gesammelt. Sie sollen mit der Resolution als Plakat veröffentlicht werden.

Die Stadtteilzelle Bergheim berichtet: Bei der Agitation gehen die Genossen in die Häuser. In einer Wohnung liest einer von den fünf Anwesenden die Resolution vor. Vier unterschreiben sofort. Der Fünfte, eine Beschäftigte in der Orthopädischen Klinik, hatte schon tagsüber im Betrieb unterschrieben.

Bei Teroson im Werk II kommt es zu heftigen Debatten. Keiner seiner Kollegen, so berichtet ein Genosse, spricht sich für den Ausschluß aus. „Das können die doch gar nicht machen, sie ist doch gewählt, das kriegen die nie durch!“, heißt es zunächst. Insbesondere begrüßen die Arbeiter, daß durch die Tätigkeit der Genossin Rosenbaum im Gemeinderat „endlich mal rausgekommen ist, was die da drin treiben“. Der geplante Ausschluß wird nicht hingenommen: „Wir sind ja auch noch da.“

In Ziegelhausen unterschreibt ein Arbeiter, von Beruf Dreher, und sagt: „Jetzt reicht's wirlklich. Ich habe das schon die ganze Zeit mit angeschaut. Bei den Prozessen Urteile von einem Jahr und vier Monaten gegen Helga Rosenbaum und Jochen Noth und die anderen. Das ist einfach nicht mehr hinzunehmen. Das sind doch richtige Sachen, die die vertreten. Und im Gemeinderat, vollkommen richtig, daß Helga Rosenbaum da aufsteht und mal klar sagt, was wir wollen. Das tut sonst keiner da.“

In Neuenheim am Markt: „Das ist doch Diktatur, was die dort im Gemeinderat betreiben!“, empörte sich ein Mann. „Ich bin altes SPD-Mitglied und wohne seit einer Woche in Heidelberg. Was ist denn das hier für ein Oberbürgermeister?“ „Ja, und die Gemeinderäte, wie stimmen die denn?“ Als wir antworteten, daß alle Beschlüsse nahezu einstimmig gefaßt werden in diesem Gemeinderat, rief er: „Da sind 39 Gemeinderäte überflüssig! Sonst nehme ich ja kein Propagandamaterial. Ich überzeuge mich lieber an Ort und Stelle selber. Aber ich komme gleich wieder und hole mir eure Zeitung.“ Nach kurzer Zeit kam er wieder, kaufte die KVZ und erkundigte sich nach der Spendenkontonummer des KBW, da er sofort eine größere Spende überweisen wollte für den Bundestagswahlkampf. – (k., Heidelberg

Etwa 300 haben am Dienstag in Heidelberg an einer Versammlung auf dem Rathausplatz unter freiem Himmel teilgenommen, um die weiteren Schritte im Kampf gegen den Ausschluß von Helga Rosenbaum aus dem Gemeinderat zu beraten.

Die Genossin Rosenbaum hat in ihrer Rede Rechenschaft abgelegt über ihre bisher einjährige Tätigkeit in diesem Gremium.

Die Versammelten beschlossen bei nur wenigen Gegenstimmen in einer Resolution, zu einer Demonstration am 16. September, dem Tag der nächsten Gemeinderatssitzung, in der wahrscheinlich der Ausschluß endgültig beschlossen werden soll, aufzurufen:

Aus der Resolution auf der Kundgebung vom 7. September vor dem Rathaus

Vor uns Arbeitern, Angestellten, Studenten und Schülern, vor dem Volk hat die Stadträtin Helga Rosenbaum heute Rechenschaft abgeleht über ihre Arbeit im Gemeinderat. Wir billigen ihren Bericht. (...)

Wir stellen fest, daß der Gemeinderat kein Instrument ist, mit dem wir unseren Interessen Geltung verschaffen können. Was wir durch die Arbeit der Stadträtin Rosenbaum in diesem Gremium erreichen können, ist die Zerstörung des Anscheins, der Gemeinderat sei eine Volksvertretung, ist die Störung der Geschäfte des Finanzkapitals, dessen Herrschaft der Gemeinderat legitimieren und aufrechterhalten soll.

Die weitere Arbeit der Stadträtin Rosenbaum wird dazu beitragen, in der Arbeiterklasse und im Volk noch stärker die Erkenntnis zu verbreiten, daß das Vertrauen in die bürgerlichen Parlamente ein Knebel für unsere Kämpfe ist, daß wir unsere Interessen nur vertreten und durchsetzen können, wenn die Arbeiterklasse sich gegenüber der Bourgeoisie organisiert und das Volk im Kampf gegen den bürgerlichen Staat führt.

Deshalb muß Helga Rosenbaum in diesem Gemeinderat bleiben. Deshalb werden wir ihren Ausschluß nicht hinnehmen. Als nächster Schritt im Kampf gegen den Ausschluß von Helga Rosenbaum soll in Heidelberg eine Demonstration am Tag der Gemeinderatssitzung, dem 16. September, durchgeführt werden. Wir rufen auf, zu demonstrieren unter den Losungen

Für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Kein Ausschluß von Helga Rosenbaum aus dem Gemeinderat!



Helga Rosenbaum im Gemeinderat am 2.9.



Abstimmung über die Resolution am 7.9.

Erklärung von Helga Rosenbaum gegen den geplanten Ausschluß aus dem Gemeinderat
Oberbürgermeister Zundel will meinen Ausschluß aus dem Gemeinderat.
Die „Rhein-Neckar-Zeitung“, das Sprachrohr des Oberbürgermeisters von Heidelberg, machte am 3. August bekannt, daß er nach den Sommerferien als Vorsitzender des Heidelberger Gemeinderats den „39 demokratisch gewählten Stadträten“ die Frage vorlegen will, ob sie auf Dauer mit mir im
dels und der bürgerlichen Parteien zu entlarven, soll sie sich diese Eintrittskarte erwerben. Das wird uns und ihre Wähler nichts kosten. Den Preis, den der bürgerliche Staat verlangt, wird er nicht bekommen.“
Es ist in der Stadt bekannt, daß ich mich genau an diese Verpflichtung gehalten habe.
– Es ist von mir bekannt, daß ich aus
noch viele weitere vertrieben werden sollen, damit ein Eldorado für die Müßiggänger der besitzenden Klassen entstehen kann.
– Es ist von den 39 Stadträten bekannt, daß sie Schulzusammenlegungen zustimmen gegen den Willen der Eltern, weil die Ausbildung der Kinder der Arbeiterklasse und aller besitzlosen Klassen von den Fabrikherren dik-
Presseecho
Kommentar von Dieter Haas, dem Chefredakteur der „Rhein-Neckar-Zeitung“ unter der Überschrift:
„Warum kein KBW-Verbot?“
„... Diese Partei, die den bundesrepublikanischen bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen will, ist nach wie vor eine anerkannte Partei. Verbotsanträge werden nicht gestellt. Ob die Darlegungen einer respektierten Politikerin der liberalen Partei in Heidelberg über eine Repräsentation des KBW und ihre Frage ‚Wieviel Freiheit
Der geplante Ausschluß wird nicht
Gemeinderat am 2.9.
Resolution am 7.9.

Erklärung von Helga Rosenbaum gegen den geplanten Ausschluß aus dem Gemeinderat

Oberbürgermeister Zundel will meinen Ausschluß aus dem Gemeinderat.

Die „Rhein-Neckar-Zeitung“, das Sprachrohr des Oberbürgermeisters von Heidelberg, machte am 3. August bekannt, daß er nach den Sommerferien als Vorsitzender des Heidelberger Gemeinderats den „39 demokratisch gewählten Stadträten“ die Frage vorlegen will, ob sie auf Dauer mit mir im Gemeinderat zusammensitzen wollen. Oberbürgermeister Zundel vertrat am Montag, dem 2. August, in einer Pressekonferenz die Auffassung, daß der KBW-Stadträtin Helga Rosenbaum aufgrund ihres Verhaltens und ihrer gezielten Angriffe auf das Heidelberger Rathaus die Heidelberger Bürgerrechte aberkannt werden sollen. Er bezeichnete dies als die schärfste Waffe des Gemeinderats, einen Stadtrat, der die ihm übertragenen Geschäfte nicht „uneigennützig“ und „verantwortungsbewußt“ führt, aus dem Stadtrat zu entfernen. Er will meinen Ausschluß aus dem Gemeinderat.

Dazu erkläre ich:

– Es ist völlig unerheblich, ob die 39 Gemeinderäte und ihr Oberhaupt mit mir zusammensitzen *wollen*. Das ist nicht die Frage. Diese Frage haben die Heidelberger in den Kommunalwahlen im Frühjahr 1975 entschieden. Ich dagegen habe nie erklärt, daß ich mit den 39 Stadträten und ihrem Oberhaupt zusammenarbeiten werde. Das weiß jeder in dieser Stadt und hat es auch nicht anders erwartet, deswegen bin ich gewählt worden.

– Nach der Wahl haben mich meine Wähler auf einer Versammlung auf dem Rathausplatz in einer Resolution für ihre Interessen verpflichtet: „Die Versammelten verpflichten die Stadträtin Rosenbaum, gegen die Fahrpreiserhöhung bei der HSB im Stadtrat aufzutreten. Was den Eid betrifft, den der bürgerliche Staat von den gewählten Mitgliedern des Stadtrates verlangt, bevor sie die Interessen ihrer Wähler vertreten dürfen, so betrachten ihn die Versammelten nur als eine Eintrittskarte in das bürgerliche Parlament. Damit die Stadträtin Rosenbaum dieses Parlament nutzen kann, um die Interessen der Arbeiterklasse und der arbeitenden Bevölkerung zur Sprache zu bringen und die Machenschaften Zundels und der bürgerlichen Parteien zu entlarven, soll sie sich diese Eintrittskarte erwerben. Das wird uns und ihre Wähler nichts kosten. Den Preis, den der bürgerliche Staat verlangt, wird er nicht bekommen.“

Es ist in der Stadt bekannt, daß ich mich genau an diese Verpflichtung gehalten habe.

– Es ist von mir bekannt, daß ich aus dem Rathaus heraus zum Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhung bei der HSB aufgerufen habe, um den Widerstand auf der Straße gegen die immer frechere Plünderpolitik des bürgerlichen Staates zu unterstützen. Es ist stadtbekannt, daß ich gegen diese Fahrpreiserhöhung im Sommer 1975 zusammen mit Tausenden auf der Straße gekämpft habe.

– Es ist von mir bekannt, daß mich meine Verurteilung im HSB-Prozeß im Sommer 1976 zu dreizehn Monaten Gefängnis ohne Bewährung, weil ich für die Aufrufe des KBW zu den Straßenbahnblockaden verantwortlich zeichnete, nicht davon abhielt, gegen die HSB-Prozesse und -Urteile in gezielten Angriffen gegen das Heidelberger Rathaus vorzugehen.

– Es ist schließlich von mir bekannt, daß ich für die Zerschlagung der Kapitalistenherrschaft organisiert kämpfe.

– Es ist bundesweit bekannt, daß der KBW den Wiederaufbau der Partei der Arbeiterklasse vorbereitet, die die Arbeiterklasse und das Volk im Kampf für die soziale Revolution führen kann, um die Ausbeuterordnung zu beseitigen und die kommunistische Gesellschaft aufzubauen.

– Von den 39 Gemeinderäten und ihrem Oberhaupt Zundel ist bekannt, daß sie trotz des massenhaften Widerstandes der Fahrpreiserhöhung bei der HSB zugestimmt haben, und sie werden auch in Zukunft so weitermachen wollen. Das Finanzkapital, dem sie dienen, wünscht mehr Einnahmen aus den Taschen der Lohnabhängigen.

– Von den 39 Stadträten ist bekannt, daß sie dem Altstadtsanierungsprojekt der RWI-Kapitalisten den Weg bereitet haben, dem „Versuch“ Fußgängerzone zugestimmt haben. Wobei die Bewohner des Sanierungsgebietes gegen ihren Willen vertrieben worden sind und nach den Plänen des Stadtrats noch viele weitere vertrieben werden sollen, damit ein Eldorado für die Müßiggänger der besitzenden Klassen entstehen kann.

– Es ist von den 39 Stadträten bekannt, daß sie Schulzusammenlegungen zustimmen gegen den Willen der Eltern, weil die Ausbildung der Kinder der Arbeiterklasse und aller besitzlosen Klassen von den Fabrikherren diktiert wird. Sie verlangen billige und willige Lohnsklaven.

– Es ist von den 39 Stadträten bekannt, daß sie der Errichtung der Klinikmüllverbrennungsanlage zugestimmt haben gegen den Willen der Handschuhsheimer und Neuenheimer Bevölkerung, wie sie es auch in Wieblingen mit dem Wieblinger Müllstinkwerk so gemacht haben.

– Es ist von den 39 Stadträten bekannt, daß sie dem Projekt Emmertsgrund den Weg geebnet haben, wo die arbeitenden Menschen in Ghettos am Stadtrand zusammengepfercht sind, während sich die Bourgeoisie von dem Reichtum, der durch die Arbeit geschaffen wird, eine „Behaglichkeitszone“ in der Altstadt einrichten will.

– Es ist von den 39 Stadträten und ihrem Oberhaupt bekannt, daß sie das brutale Vorgehen der Polizei gegen die arbeitslosen Jugendlichen im Emmertsgrund – alles Kinder der Arbeiterklasse – voll abdecken. Die 39 Gemeinderäte billigen die fristlose Kündigung der Sozialarbeiterin vom Emmertsgrund, die von ihrem Oberbürgermeister betrieben wurde.

Dagegen hat sich der Widerstand in der Stadt entwickelt, weil die Tätigkeit der 39 Gemeinderäte entspricht nicht den Interessen der Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten, Schüler, Studenten und Rentner, die in dieser Stadt wohnen. Man sieht, daß man sich gegen die Maßnahmen der Stadt zusammenschließen muß, um sie zu bekämpfen, um ihre Durchsetzung zu verhindern.

Dazu ist es äußerst nützlich, einen Vertreter im Gemeinderat zu haben. Es wird nützlich sein für die kommenden Kämpfe, daß ich in diesem Gemeinderat drinbleibe. Dafür wird man auf der nächsten Gemeinderatssitzung sorgen müssen.

Helga Rosenbaum

Presseecho

Kommentar von Dieter Haas, dem Chefredakteur der „Rhein-Neckar-Zeitung“ unter der Überschrift:

„Warum kein KBW-Verbot?“

„... *Diese Partei, die den bundesrepublikanischen bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen will, ist nach wie vor eine anerkannte Partei. Verbotsanträge werden nicht gestellt. Ob die Darlegungen einer respektierten Politikerin der liberalen Partei in Heidelberg über eine Repräsentation des KBW und ihre Frage ‚Wieviel Freiheit den Feinden der Freiheit?‘ eine Änderung in der Einstellung von Politikern in Stuttgart und Bonn bewirken können? Man muß es bezweifeln. Vielleicht muß auch hier wieder einmal Schlimmeres passieren, um die Verantwortlichen aus einer sträflichen Lethargie zu reißen.*“ (Rhein-Neckar-Zeitung 4.9.76)

Die FDP-Stadträtin Hannah Walz hatte im Namen aller bürgerlichen Fraktionen im Heidelberger Gemeinderat den Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen die KBW-Stadträtin Helga Rosenbaum begründet. Die „Rhein-Neckar-Zeitung“ hielt diese „*Ausführungen*“ für „*so bemerkenswert*“, daß sie sie im Wortlaut abdruckte am 3.9.: „... *Die letzten Wochen haben aber eine solche Eskalation von Äußerungen, die eindeutig gegen unsere Verfassung und gegen unser Staatswesen gerichtet sind, in Wort und Schrift gebracht, daß nun Langmut nicht mehr am Platze sein kann. ...*

Ein Ehrenamt steht bei den Bürgern unseres Staates noch in hohem Ansehen. Wenn ein Mitglied eines ehrenamtlichen Gremiums durch ständige grobe Pflichtverletzung und Beleidigung dieses Ehrenamtes immer wieder in den Schmutz zieht, kann dies nicht ertragen werden, wenn nicht Rechtsstaat und Gesellschaft schweren Schaden leiden sollen.“ (Rhein-Neckar-Zeitung 3.9.76)

Oberbürgermeister Zundel in der Begründung des Verfahrens nach „Rhein-Neckar-Zeitung“ (3.9.):

„*Das aufgezeigte Verhalten der Stadträtin Rosenbaum bringt unzweideutig ihre offene Ablehnung unseres Staatswesens und der geltenden Rechtsordnung zum Ausdruck. Vor allem stellt es aber eine totale Verletzung der Pflichten eines Gemeinderatsmitgliedes dar.*“

Reisebericht aus der Sowjetunion:

Die sozialimperialistische Bourgeoisie preist die Kultur der alten Zaren

Ich habe vor einiger Zeit in der Sowjetunion in der Nähe von Leningrad einen Sprachkurs mitgemacht. Von den Erfahrungen, die ich dort gesammelt habe, kann ich die Berichte der beiden Montagearbeiter in der KVZ Nr. 18/76 nur bestätigen.

Bei den Stadtrundfahrten, Ausflügen nach Leningrad und im Unterricht wurde uns vor allem die russische Kunst vorgeführt. Hier hat es sich sehr deutlich gezeigt, daß in der Sowjetunion nicht mehr die Arbeiterklasse herrscht, sondern eine neue Bourgeoisie, die mit allen Mitteln versucht, den Gedanken an die Kraft und Macht der Volksmassen auszulöschen. Nicht mehr die Massen machen dort die Geschichte wie in und nach der Oktoberrevolution und gestalten damit auch ihre eigene Kultur, sondern einige auserwählte Künstler und Genies. So wurde es uns dargestellt.

Im Vordergrund der staatlich organisierten Besichtigungen standen Museen, Kirchen, Schlösser der Zaren usw. Sicher ist es richtig, die Kunstwerke, die in vergangenen Zeiten geschaffen wurden, nicht einfach über den Haufen zu werfen, dokumentieren sie doch wichtige Abschnitte in der Geschichte eines Volkes. Es kommt allerdings darauf an, welcher Zweck mit dem Vorzeigen solcher Kunstwerke verfolgt wird und von welchem Standpunkt aus man sie betrachtet.

Loblied auf die Kultur der Ausbeuterklassen

Man kann gleich mit der Peter-und-Paul-Festung anfangen, die unter dem Zaren Peter dem Großen auf dessen Befehl hin von den ausgebeuteten und unterdrückten Leibeigenen und Strafgefangenen gebaut werden mußte.

Nicht so die Führerin, die uns durch die Festung führte: Diese Festung wurde von Peter dem Großen gebaut. Als ob er selber Stein auf Stein gelegt hätte. Darüber, daß Tausende während dieses Baus am Sumpffieber umgekommen sind, verlor sie kein Wort.

Kein Wort auch über die Opfer, welche die Eroberungspläne des Zaren gekostet haben, der einen Hafen im Baltischen Meer für bessere Handels- und Expansionsbedingungen der Zarenherrschaft wollte.

Gerade noch, daß erklärt wurde, daß diese Festung ein politisches Gefängnis war, ansonsten aber eine Lobrede auf den Zaren.

Nicht viel anders war es mit den anderen großen Bauwerken. Die „großen Baumeister" wurden uns rauf und runter genannt, und man sollte ihre Namen im Unterricht hübsch behalten.

Schlimm war es auch im ehemaligen Winterpalast des Zaren, der heute als Gemäldegalerie und als Museum dient. Zunächst wurde betont, daß

last des Zaren, der heute als Gemäldegalerie und als Museum dient. Zunächst wurde betont, daß

das Museum über zwei Millionen Kunstgegenstände enthält und mehrere „Rembrandts" als der „Westen" hat. So heruntergekommen ist diese neue Bourgeoisie, daß sie schon über die Zahl der bürgerlichen Kunstgegenstände in ihrem Besitz mit den kapitalistischen Ländern konkurriert.

Im Zarenpalast sollten wir alles bewundern, das Schloß und was da aufbewahrt wurde. Die Führer verloren aber wiederum kein Wort darüber, welchen Schweiß dieses Schloß die Arbeiter gekostet hat, die es gebaut haben, und welche Klassenverhältnisse die Tatsache widerspiegelt, daß sich der Zar und sein Gefolge in Luxus und Pracht hüllten, während das Volk hungerte, ausgebeutet und unterdrückt wurde.

Nur komplette Bourgeois können sich derart genießerisch an „Kunstschätzen" ergötzen. Für die Arbeiterklasse, für welche diese Kunstschätze Monumente ihrer Ausbeutung und Unterdrückung sind, ist dies ein Schlag ins Gesicht.

Auffällig ist, mit welcher Macht sich die neuen Zaren an die bürgerlichen Künstler klammern. Kein Wort der Kritik fällt da, sie sind halt alle „groß". Bilder der revolutionären sowjetischen Kunst wurden denn auch geflissentlich überschlagen und übersehen, „aus Zeitgründen", wie es hieß. Sowohl Malerei als auch Literatur wurden nicht im Rahmen der jeweiligen Klassenverhältnisse erklärt und dementsprechend bewertet und kritisiert, sondern vorbehaltlos wurden diese Kunstgegenstände der Ausbeuterklasse bewundert.

So haben wir auch einen Vortrag über den sozialistischen Realismus in der Literatur gehört, der gut und gerne auch von einem bürgerlichen Professor an einer bundesdeutschen Universität hätte stammen können. Der Vortrag sollte den sozialistischen Realismus in der Literatur historisch entwickeln, was dann so aussah: Ein Schriftsteller wurde an den anderen gereiht, wobei die feudalen und bürgerlichen Schriftsteller ohne ein Wort der Kritik vorgestellt wurden. Solschenyzin wurde bei dieser Aufzählreihe peinlichst ausgelassen, was ja auch nicht verwunderlich ist, denn wie sollte die neue Bourgeoisie von ihrem Standpunkt aus einen stinkbürgerlichen Schreiberling kritisieren. Da schweigt man sich lieber drüber aus.

Daß die bürgerliche Klasse in der Sowjetunion sich bemüht, das Volk von jedem Gedanken an seine Kraft, daß es sein Schicksal selbst bestimmen kann, daß es dies in der sozialistischen Revolution getan hat, abzuhalten, zeigt sich auch bei den Kinofilmen. Auf dem Programm standen Filme, die gegen die Volksrepublik China hetzten, „Vorsicht Maoismus", und bürgerliche Kitsch- und Liebesfilme. Besonders schlimm war ein argentinischer Spielfilm: „Das Lächeln der Mama", der von der „Tragödie" einer reichen kranken Schauspielerin handelte. Der ganze dekadente Lebenswandel der Kapitalistenklasse und ihres Anhangs wurde da deutlich. Aber nicht dies sollte der Film zeigen, sondern er bezweckte, daß die Volksmassen Mitleidstränen über ein Bourgeoisweib vergießen und ihre eigene Lage vergessen, die durch die materielle Not gekennzeichnet ist.

Auch bei den Liedern zeigte sich der Einfluß der bürgerlichen Kultur und die Herrschaft der bürgerlichen Weltanschauung. Es wurde in unserem Kurs viel gesungen. Aber was für Lieder! Nicht etwa die Lieder der Revolution wurden uns

Führung einer Besuchergruppe durch ein Museum in Leningrad. Die Kultur der alten Ausbeuter- und Unterdrückerklassen wird verherrlicht, während die Kultur der revolutionären Sowjetunion verschwiegen wird.

beigebracht, sondern stattdessen Liebesschnul-

beigebracht, sondern stattdessen Liebesschnulzen. Keinen einzigen Versuch machte die Seminarleitung, uns, den „westlichen Touristen", die Kultur, welche die Massen auf der Grundlage der ersten sozialistischen Revolution der Welt in diesem Land geschaffen haben, nahezubringen. Das wurde alles übergangen, stattdessen wurden unverfängliche Themen gewählt. Dies ist allerdings auch kein Wunder, denn die neuen Zaren haben freilich kein Interesse daran, in Liedern die Revolution und die Kraft der Volksmassen zu besingen.

Ein Zensurensystem beherrscht das Studium

Erstaunlich war die Zusammensetzung unserer Lehrer, die alle Dozenten an der Universität waren. Das politische Bewußtsein ging von glühenden Verteidigern der neuen Bourgeoisherrschaft, die für jeden Mißstand eine „plausible" Erklärung fanden, über politisch Uninteressierte bis zu solchen, für welche die westlichen kapitalistischen Länder das Vorbild sind.

Ein Lehrer der letzten Sorte antwortete zum Beispiel im Unterricht auf die Frage, weshalb in Leningrad die Verkäufer in den Buchgeschäften so unfreundlich seien, damit, sie hätten wahrscheinlich kein Interesse an der Arbeit. Das mag bei ihm schon stimmen. Diese Verkäufer aber sind Lohnabhängige und unterdrückt. Der Lehrer zog die Konsequenz, daß das wahrscheinlich ganz anders wäre, wenn die Wirtschaft privat betrieben würde, was wohl heißt, daß dann die Verkäufer durch den Spielraum der Konkurrenz und die Drohung mit der Entlassung dazu gezwungen werden könnten, freundlich zu sein.

Derselbe Lehrer äußerte auch nach einer Diskussion über die politischen Zustände an den westdeutschen Hochschulen, wo es um das reaktionäre Hochschulgesetz, die politischen Prozesse, Sprengungen von Lehrveranstaltungen reaktionärer Professoren und Relegationen ging: Er könnte gar nicht verstehen, warum ich die Relegationen so verurteile, er würde auch störende

Studenten aus seiner Vorlesung rauswerfen

Studenten aus seiner Vorlesung rauswerfen, schließlich sei er der Professor und die anderen bloß Studenten.

Diese arrogante bürgerliche Haltung gibt einigen Aufschluß über die Stellung der Intellektuellen in der Sowjetunion. Sie bekommen teilweise zwar weniger Lohn als ein Facharbeiter, sind aber völlig getrennt von der Produktion und den arbeitenden Massen. Auf die Frage, ob in der Sowjetunion auch die Intellektuellen regelmäßig in der Produktion oder auf dem Lande mitarbeiten müßten, damit sie sich nicht von der Arbeiterklasse entfernen, meinte derselbe: Das wäre ja ein guter Scherz, nein, soweit wäre man in der Sowjetunion noch nicht, das gäbe es vielleicht in China, aber Gott sei Dank nicht in der Sowjetunion.

Insgesamt ist es so, daß die Intellektuellen wie bei uns vom Volk abgehoben leben und arbeiten, was schon durch die Auslese an den Univesitäten, die noch strenger ist als bei uns, gefördert wird.

Die Studenten kommen direkt von der Schule an die Universität, sind also keine Arbeiter-Intellektuellen wie in China, die von der ganzen Belegschaft ihres Betriebes ausgesucht und auf die Universität geschickt werden. Die Studenten, die keine reichen Eltern haben, die also nicht aus der Klasse der neuen Bourgeoisie und ihres Anhanges kommen, sondern aus den besitzlosen Massen, bekommen staatliche Stipendien, die ihnen gestrichen werden, wenn sie keine guten Noten bringen.

Bewertet wird einfach nach den Zensuren, die die Anpassung an bürgerliche Anschauungen messen, und nicht danach, ob einer seine Kenntnisse in den Dienst der Volksmassen stellt, worin sich der bürgerliche Charakter dieser Universitäten ausdrückt.

Markenartikel für Ausländer und Reiche – schlechte Waren für die Volksmassen

Was ziemlich übel ist, ist das ganze System von Vergünstigungen, das für ausländische Besucher existiert. So gibt es über die ganze Stadt verstreut Geschäfte, in denen nur Ausländer kaufen dürfen bzw. nur mit westlicher Währung bezahlt werden kann. Markenprodukte für ausländische Touristen – schlechte Waren für das Volk, das ist die Devise, nach der die Geschäfte aufgebaut werden.

Das Gleiche gibt es bei den Hotels und bei den Kneipen. Bei uns im Ort gab es am Strand eine Bar, die nur Touristen betreten durften. Russen, die am Strand lagen, und das hörten, waren sehr empört darüber: Das ist ja wie Apartheid in Südafrika, Rechte für die Weißen und Unterdrückung für die Schwarzen, wurde gesagt.

Es ist kein Zufall, daß das Volk in diese Geschäfte und Hotels nicht reindarf. Denn das würde die Empörung über die Verhältnisse schüren, weil allzu deutlich wird, daß nicht die arbeitenden Massen über den gesellschaftlichen Reichtum verfügen, den sie schaffen. Und empörend sind die Verhältnisse, was bei der Versorgung der Volksmassen besonders auffällt. Bestimmte Produkte wie Wurst, Obst, Gemüse gibt es in Leningrad lange Zeit überhaupt nicht. Und für alles muß man stundenlang anstehen. Es ist schon eine ungeheure Zumutung, wenn man nach acht bis neun Stunden Arbeit auch noch zwei bis drei Stunden beim Einkaufen in der Schlange stehen und warten muß – und zwar nicht für den ganzen Einkauf, sondern Stück für Stück. Erst bei der Butter, dann bei der Milch, beim Brot, beim Gemüse und den Konservendosen.

Vor den Speisegaststätten, die sehr verbreitet sind, stehen draußen schon Schlangen von Leuten, die warten, bis ein Platz für sie frei wird.

Dabei wäre die ganze Versorgung ein Leichtes, wenn die Arbeiterklasse die Macht in den Händen hätte. Denn diese Versorgungsschwierigkeiten rühren ausschließlich daher, daß die Produktion und Versorgung von der neuen Bourgeoisie beherrscht wird, für die nur der Profit zählt, die die Landwirtschaft ruiniert und für deren Profite die Massen den Gürtel enger schnallen müssen.

Diese neue Bourgeoisie selbst ist von diesen Verhältnissen nicht betroffen, denn für ihr Lu-

Diese neue Bourgeoisie selbst ist von diesen

Verhältnissen nicht betroffen, denn für ihr Luxusleben hat sie eigene Luxusläden, in denen sie alles erhält und nicht anstehen muß.

Unzufriedenheit über die herrschenden Verhältnisse existiert. So reagieren viele unzufriedene Intellektuelle mit Desinteresse und Abkehr von der Politik, was darauf hinausläuft, daß sie sich nur noch für ihr Privatleben interessieren.

Bei den Arbeitern äußert sich die Unzufriedenheit spontan, z.B. in Produktionssabotage. So mußten laut einer sowjetischen Zeitung vor einigen Monaten von einer Millionen produzierter Schuhe 250000 wegen Fehler vernichtet oder billiger verkauft werden. Das ist eine Form des spontanen Protests der Arbeiter dagegen, daß die Fabriken und die Produktion nicht mehr in den Händen der Arbeiterklasse sind.

Nicht gelungen ist es der neuen Bourgeoisie, den durch die Revolution freigesetzten Drang der Massen, sich zu schulen und zu bilden, zu vernichten. Die Buchläden in Leningrad waren überfüllt, und nicht allein von Intellektuellen. Sondern viele stehen in den Buchläden herum, blättern in Büchern und lesen.

Lebendig sind in den Massen die Kenntnisse des Marxismus-Leninismus, woran auch die neue Bourgeoisie mit all ihren Verfälschungen des wissenschaftlichen Sozialismus nichts ändern kann. Notwendig werden auch die Massen in der Sowjetunion den Kampf gegen die sozialimperialistischen neuen Zaren immer bewußter aufnehmen. Die Verhältnisse zwingen sie dazu. – (b., Hamburg)